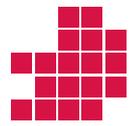




Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur



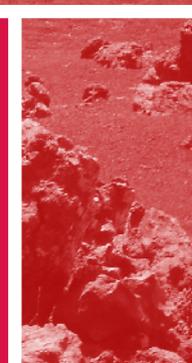
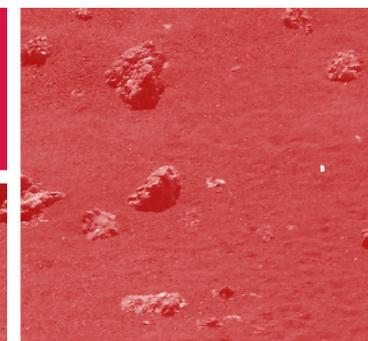
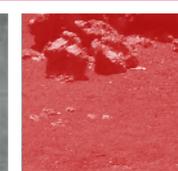
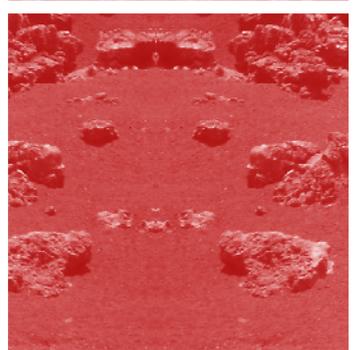
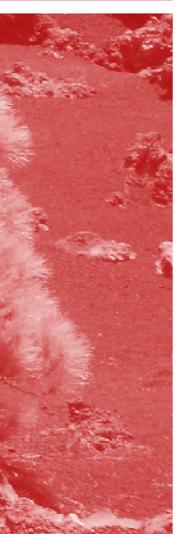
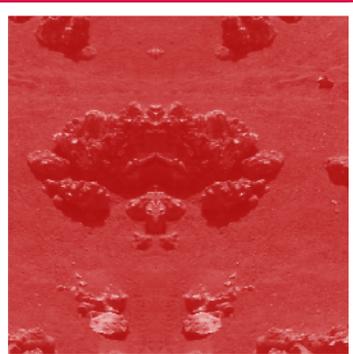
MORO

MORO Praxis

Raumbeobachtung Deutschland und angrenzende Regionen

Räumliche Strukturen und Verflechtungen

Exemplarische Auszüge



11.1

2017

MORO Praxis Heft 11.1

Raumbeobachtung Deutschland und angrenzende Regionen

Räumliche Strukturen und Verflechtungen

Exemplarische Auszüge

Die Grenze

Weit liegt die Landschaft. Berge, Täler und Seen. Die Bäume rauschen, die Quellen springen, die Gräser neigen sich im Wind.

Quer durch eine Waldlichtung, durch den Wald, über die Chaussee hinüber läuft ein Stacheldraht: die Grenze. Hüben und drüben stehen Männer, aber die drüben haben blaue Uniformen mit gelben Knöpfen und die hüben rote Uniformen mit schwarzen Knöpfen. Sie stehen mit ihren Gewehren da, manche rauchen, alle machen ein ernstes Gesicht.

Ja, das ist also nun die Grenze. Hier stoßen die Reiche zusammen – und jedes Reich paßt sehr auf, daß die Bewohner des andern nicht die Grenze überschreiten. Hier diesen Halm darfst du noch fauchen, diesen Bach noch überspringen, diesen Weg noch überqueren. Aber dann – halt! Nicht weiter! Da ist die Grenze. Einen Schritt weiter – und du bist in einer anderen Welt. Einen Schritt weiter – und du wirst vielleicht für etwas bestraft, was du hier noch ungestraft tun könntest. Einen Schritt weiter – und du darfst den Papst lästern. Einen Schritt weiter – und aus dir ist ein ziemlich vogelfreies Individuum, ein ›Fremder‹ geworden.

Pfui, Fremder –! Du bist das elendeste Wesen unter der Sonne Europas. Fremder –! Die alten Griechen nannten die Fremden Barbaren – aber sie übten Gastfreundschaft an ihnen. Du aber wirst von Ort zu Ort gejagt, du Fremder unserer Zeit, du bekommst hier keine Einreiseerlaubnis und dort keine Wohnungsgenehmigung, und dort darfst du keinen Speck essen, und da von da keinen mitnehmen – Fremder!

Und das Ding, das sie Europa nennen, ist ein Lappen von bunten Flickern geworden, und jeder ist fremd, wenn er nur die Nase aus seinem Dorf heraussteckt. Es gibt mehr Fremde als Einwohner in diesem gottgesegneten Erdteil ...

Nach diesem Krieg, nach solchen Verschiebungen, gegen die die kleinen Tagereisen der Völkerwanderung ein Kinderspiel waren, nach blutigen Märschen der Völker durch halb Europa, sind die Kirchturmangelegenheiten jedes Sprengels zu höllischen Wichtigkeiten geworden. Greiz-Schleiz-Reuß ältere Linie und der Volksstaat Bayern und das autonome Oberschlesien und Frankreich und Kongreßpolen – es ist immer dasselbe. Jeder hält seinen Laden für den allerwichtigsten und ist nicht gesonnen, auch nur den kleinsten Deut nachzugeben. Zunächst einmal und zum Anfang ziehen wir eine Demarkationslinie. Wir trennen uns ab. Wir brauchen eine Grenze. Denn wir sind eine Sache für sich.

Eine Erde aber wölbt sich unter den törichtten Menschen, ein Boden unter ihnen und ein Himmel über ihnen. Die Grenzen laufen kreuz und quer wirr durch Europa. Niemand aber vermag die Menschen auf die Dauer zu scheiden – Grenzen nicht und nicht Soldaten –, wenn die nur nicht wollen.

Wie lachten wir heute über einen, der mit schwärmerischem Pathos anfeuerte, die Grenzen zwischen Berlin und Magdeburg einzureißen! So, genau so wird man einmal über einen internationalen Pazifisten des Jahres 1920 lachen, wenn die Zeit gekommen ist. Sie rascher heraufzuführen, sei unser aller Aufgabe.

Kurt Tucholsky alias Peter Panter, Berliner Volkszeitung, 27.06.1920.

Inhalt

1	Einleitung.....	6
2	Grenzen als Barrieren und Gelegenheiten.....	8
3	Auf dem Weg zur deutsch-dänischen Raubeobachtung	10
4	Urbanisierungsgrad und Bevölkerungspotenzial	12
5	Naturschutz in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein.....	14
6	Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden.....	16
7	Räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung	18
8	Unterschiede regionaler Wirtschaftskraft	20
9	Regionale Beschäftigtenstruktur	22
10	Arbeitsmarkt und Erwerbslosigkeit	24
11	Grenzüberschreitende Arbeitsplatzpendler	26
12	Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt im deutsch-niederländischen Grenzraum	28
13	Pendlerverflechtungen in der Großregion	30
14	Pendlerverflechtungen in der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA	32
15	Nationale und internationale Erreichbarkeit.....	34
16	Tourismus in der Vierländerregion Bodensee.....	36
17	Wohnverhältnisse in den Regionen	38
18	Wohnungsmarkt in der Charlemagne Grenzregion.....	40
19	Fazit	42
	Abbildungsverzeichnis	44

1 Einleitung

Mit der Schaffung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes (ab 1993), dem Wegfall der Grenzkontrollen (ab 1995) und der Umsetzung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (ab 1999) schien sich die Wahrnehmung der Grenzregionen zu verändern: Grenzregionen befinden sich nicht mehr in nationaler Randlage, sondern liegen in der Mitte transnationaler Großregionen. Über bilaterale und multilaterale Abkommen leisten sie in grenzüberschreitenden und auch transnationalen Kooperationen einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Überwindung der Grenzen und zur Zusammenführung grenznaher Regionen.

Doch unterschiedliche Sprachen und Kulturen und insbesondere unterschiedliche Rechts-, Sozial- und Verwaltungssysteme jenseits der Staatsgrenzen erweisen sich oftmals immer noch als nahezu unüberwindbare Barrieren, beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Infrastrukturen und Dienstleistungen. Auch ein grenzübergreifender Arbeitsmarkt scheint, trotz umfangreicher Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, noch in weiter Ferne zu liegen. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, ist eine grenzüberschreitende Versorgung bisher noch die Ausnahme. Nur im Verkehrs-, Einkaufs- und Freizeitbereich stellen Grenzen heute kaum noch Hindernisse dar.

Die räumlichen Strukturen und deren Veränderungen in grenznahen, aber teilweise auch in grenzfernen Gebieten werden gleichzeitig geprägt durch die zurückgehende Bedeutung von Staatsgrenzen einerseits und den Fortbestand unterschiedlicher Barrieren andererseits. Für ein gemeinsames grenzüberschreitendes Handeln, das alle räumlichen Ebenen einschließt, sind fundierte Informationen über räumliche Strukturen und Entwicklungen von großer Bedeutung, genauso wie in den nationalen Berichtssystemen der Länder und Regionen. Nur ein Gesamtblick auf die jeweiligen Teilräume beiderseits nationaler Grenzen kann regionale Gegensätze, gemeinsame Strukturen und Entwicklungen aufzeigen, funktionale Unterschiede aufdecken oder auch miteinander bestehende Möglichkeiten für funktionale Ergänzungen über Staatsgrenzen hinweg erkennen.

Die Berichterstattung über die räumliche Entwicklung im Bundesgebiet und in Europa gehört zu den originären Aufgaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und ist als solche im Raumordnungsgesetz

(ROG) festgehalten. Mit dessen Novellierung im Jahre 2008 wurde durch die explizite Nennung der angrenzenden Gebiete Deutschlands (§ 25 ROG) die grenzübergreifende Perspektive der Raumbearbeitung formal unterstrichen.

Mit der Integration der an Deutschland angrenzenden Gebiete in die Raumbearbeitung ergibt sich allerdings ein regionalstatistischer Perspektivwechsel weg von der deutschen und hin zur europäischen Statistik. Hinzu kommt, dass sich an den Grenzen und in den benachbarten Regionen durchaus spezielle räumliche Fragestellungen ergeben, die sich nur unter Berücksichtigung und Nutzung unterschiedlicher nationaler und auch regionaler statistischer Quellen analysieren lassen. Hierfür ist die Einbindung und Nutzbarmachung vor Ort vorhandener Expertise und regionalen Wissens – unter Einbeziehung regionaler Partner – von mitentscheidender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund soll das Raumbearbeitungssystem des BBSR für Deutschland mittelfristig um eine laufende Berichterstattung zu den benachbarten Regionen im Ausland ergänzt werden. Dazu wurde das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Raumbearbeitung Deutschland und angrenzende Regionen“ initiiert, das unter Nutzung regionaler Kenntnisse und Expertisen hierfür Grundlagen schafft.

Mit der expliziten Einbeziehung der regionalen Ebene folgt dieses MORO der Hypothese, dass eine grenzübergreifende Raumbearbeitung Deutschlands mindestens zweier räumlicher Betrachtungsebenen bedarf: der bundesweiten und der regionalen Perspektive. Mit der bundesweiten grenzübergreifenden Raumbearbeitung wird die Raumentwicklung Deutschlands und seiner angrenzenden Regionen als Gesamtbild analysiert. Grenzübergreifende Zusammenhänge und Verflechtungen werden mittels national relevanter Kernindikatoren abgebildet. Mit der regionalen Betrachtung werden bi- oder multilaterale Aspekte der grenzübergreifenden Raumbearbeitung vertieft analysiert. Die regionale Ebene lässt sich dabei nicht eindeutig definieren, weil die räumliche Auflösung und Abgrenzung der regionalen Ebene sehr stark von der jeweils untersuchten Fragestellung abhängt.

Am Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Raumbearbeitung Deutschland und angrenzende Regionen“ haben sieben Modellregionen teilgenommen, die 2015/16

aus einem offenen Bewerbungs- und Auswahlverfahren hervorgegangen sind (Abbildung 1.1):

- Schleswig-Holstein/Syddanmark/Sjaelland
- Euroregion Pro Europa Viadrina
- Internationale Bodenseeregion
- Trinationale Metropolregion Oberrhein
- Großregion
- Charlemagne Grenzregion
- Deutsch-Niederländische Euregios

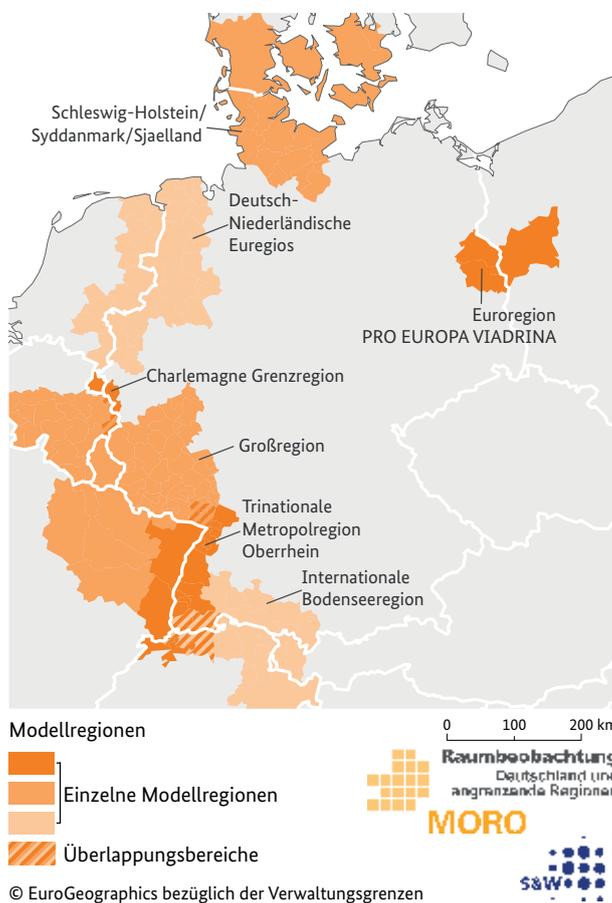
Durch die sieben Modellregionen sind Regionen aller Nachbarstaaten Deutschlands (mit Ausnahme solcher in der Tschechischen Republik) im Modellvorhaben vertreten.

Die Modellregionen sind nicht nur von ihrer Größe und Organisationsform sehr verschieden. Sie sind auch mit sehr unterschiedlichen Erfahrungstiefen hinsichtlich grenzübergreifender Raumbearbeitung in dieses MORO gestartet. In drei Modellregionen (Großregion, Trinationale Metropolregion Oberrhein und Internationale Bodenseeregion) bestanden bereits langjährig etablierte Kooperationen und fortgeschrittene Informationssysteme für die grenzübergreifende Raumbearbeitung. Sie sind (teilweise) öffentlich und basieren auf Geodaten und statistischen Daten. Diese Systeme gehen ursprünglich auf INTERREG-Projekte zurück. Bei den weiteren Modellregionen wurde grenzübergreifende Raumbearbeitung zuvor eher projektbezogen und (notgedrungen) nur schrittweise betrieben. Sie haben dieses MORO unter Hinzuziehung relevanter Akteure (Landes- und Regionalplanung, Statistische Ämter usw.) genutzt, um Aufwand und Nutzen einer systematisierten grenzüberschreitenden Raumbearbeitung zu ermitteln und hierbei auch die spezifische Frage einer dauerhaften Etablierung abzuwägen und ggf. voranzutreiben.

Dieser Bericht mit „exemplarischen Auszügen“ aus einem längeren, nur in deutscher Sprache verfügbaren Bericht ist eine spezifische Form der Kurzfassung. Er stellt daraus ausgewählte Themen und Ergebnisse des MORO „Raumbearbeitung Deutschland und angrenzende Regionen“ vor. Auf Literaturverweise und methodische Erläuterungen wird in dieser Kurzfassung verzichtet, diese sind der Langfassung des Berichts zu entnehmen.

Mit dieser Kurzfassung soll beispielhaft demonstriert werden, wie eine grenzübergreifende Raumbearbeitung für Deutschland aussehen könnte und welche analytischen Erkenntnisse dabei gewonnen werden können. Damit hat

Abbildung 1.1: Modellregionen



diese Publikation einen vorwiegend prototypischen Charakter für eine noch zu etablierende dauerhafte Berichterstattung.

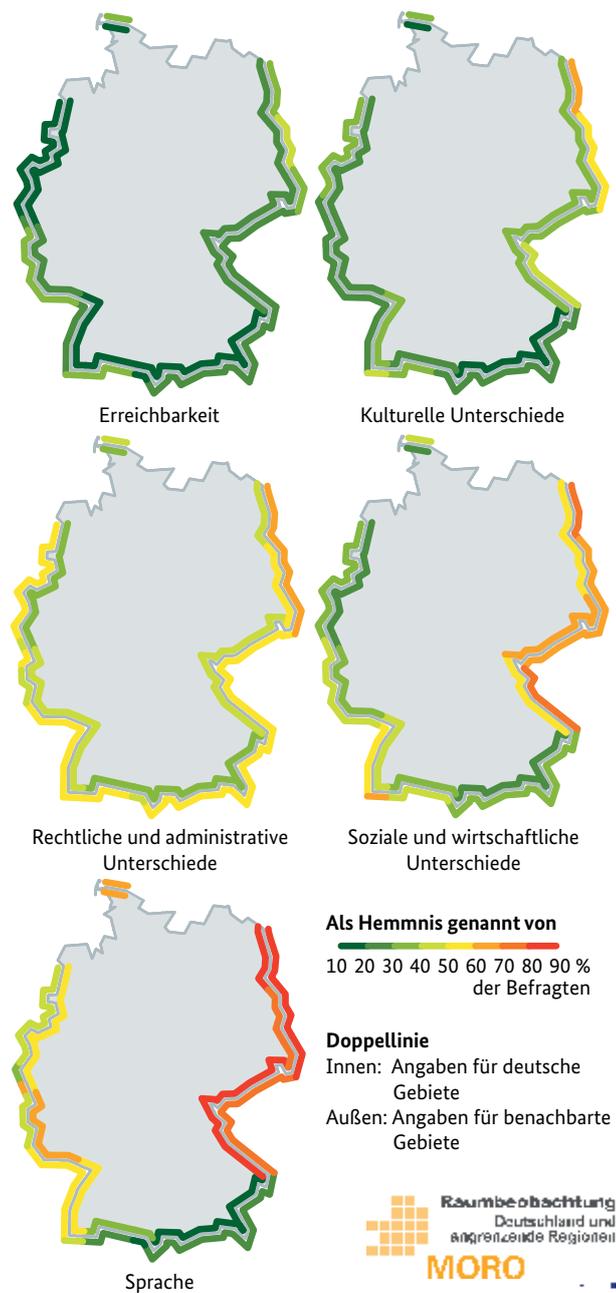
Analyse und Darstellung der thematischen Kapitel sind als räumlicher Mehrebenenansatz angelegt. Überwiegend wird die Bundesperspektive eingenommen – mit Deutschland und seinen angrenzenden Regionen im Gesamten oder mit einer räumlichen Fokussierung auf die Situation in beiderseits grenznahen Bereichen. Sie wird ergänzt durch regionale Vertiefungen, die von den Modellregionen beige-steuert wurden und spezifische Fragestellungen oder Problemlagen erörtern, welche eine räumlich detailliertere Betrachtung erfordern.

2 Grenzen als Barrieren und Gelegenheiten

Der deutsche Begriff *Grenze* ist im Mittelalter aus dem alt-polnischen Wort *graniza/graenizen/greniz* entlehnt worden. Er hat im deutschen Sprachgebrauch den vorher verwendeten Begriff *Mark* ersetzt, wobei er sich nach und nach von Ost nach West ausbreitete und durchsetzte. Noch heute wird

dieses Wort in den meisten slawischen Sprachen verwandt, so auch im Polnischen (*granica*) und Tschechischen (*hranice*) und damit in beiden östlichen Nachbarländern Deutschlands. Das Wort und sein Begriff haben auch in weitere germanische Sprachen Eingang gefunden, etwa ins Niederländische (*grens*) und Dänische (*grænse*). Nur im Französischen basiert der für *Grenze* stehende Begriff (*frontière*) auf einer anderen, der romanischen Sprachfamilie.

Abbildung 2.1: Grenzen als Barrieren



Datenbasis: European Commission Eurobarometer 422
 © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Die Staatsgrenze gehört zu den konstituierenden Merkmalen eines Staates, welche die räumliche Ausdehnung seiner Souveränität markiert und Grundlage der gesellschaftlichen (grenzübergreifenden) Beziehungen ist. Die Rolle von Staatsgrenzen ist für Grenzregionen ambivalent. Einerseits bilden Grenzen klare Barrieren, andererseits bieten sie spezifische Potenziale und Optionen, die in anderen Regionen nicht vorhanden sind.

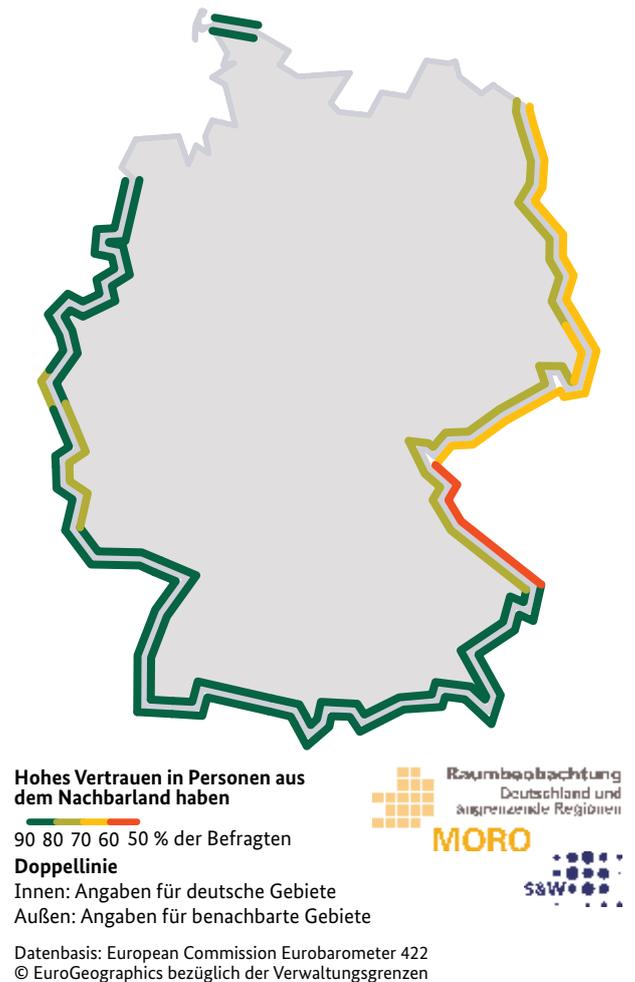
In einer Befragung der Europäischen Kommission von etwa 40.000 Bewohnern von Grenzregionen in Europa wurden die grenzüberschreitende Mobilität, das Ausmaß des gegenseitigen Vertrauens und die Bedeutung von Barrieren für die grenzüberschreitende Kooperation ermittelt (EC 2015). Eine Filterung der Ergebnisse für die deutschen und angrenzenden Grenzregionen zeigt, wo welche Arten von Barrieren in welchem Ausmaß als Hindernisse wahrgenommen werden (Abbildung 2.1). Dabei stellen grenzüberschreitende Erreichbarkeit und kulturelle Unterschiede kaum noch Barrieren dar. Rechtliche und administrative Unterschiede zwischen den Ländern werden deutlich stärker als Barriere für die grenzübergreifende Zusammenarbeit thematisiert. Noch differenzierter zeigen sich die Grenzregionen in der Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede als Barrieren. Die Sprachunterschiede bilden die größte Barriere, insbesondere in den deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzräumen. Bei allen Typen von Barrieren ist die Wahrnehmung aus den Nachbarländern fast überall etwas kritischer als die deutsche.

Über alle Faktoren hinweg werden die geringsten Barrieren in den Grenzgebieten mit der Schweiz und Österreich gesehen, dicht gefolgt von denen mit den Niederlanden und Dänemark und dahinter von denen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich. Dagegen scheinen an den deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzen noch deutliche rechtliche und administrative sowie wirtschaftliche und soziale und insbesondere sprachliche Hindernisse zu bestehen.

Abbildung 2.2: Grenzübergreifende Mobilität



Abbildung 2.3: Grenzübergreifendes Vertrauen



Die grenzübergreifende Mobilität ist in der Vergangenheit stetig gestiegen. Mit dem Abbau der stationären Grenzkontrollen im Zuge der Implementierung des Schengenraums sind die letzten sichtbaren Barrieren grenzüberschreitender Mobilität abgeschafft. Der Anteil der in den Grenzregionen lebenden Menschen, der schon einmal im Nachbarland gewesen ist, variiert aber deutlich zwischen den Regionen (Abbildung 2.2). In das jeweilige Nachbarland wird vor allem aus Freizeit- und touristischen Gründen gereist, gefolgt von Einkaufen und Nutzung privater Dienstleistungen.

Mit dem gegenseitigen Vertrauen haben Grenzregionen spezifische Eigenschaften und Potenziale, die sie zu besonderen Möglichkeitsräumen werden lassen. Diese liegen in der spezifischen Integration der Märkte, insbesondere der Arbeitsmärkte, in der auf industrieller und kultureller Attraktivität basierenden regionalen Wettbewerbsfähigkeit, im besonderen Human- und Sozialkapital, in der Schaffung integrierter öffentlicher Dienstleistungen sowie in der gemeinsamen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen.

Der europäische Integrationsprozess im Allgemeinen und grenzübergreifende Kooperation im Besonderen bedürfen des gegenseitigen Vertrauens der Bevölkerung und der handelnden Akteure. Europaweit werden hierfür – gemessen mit einem diese Kategorie indirekt beschreibenden Indikator – sehr hohe Werte erreicht. So können sich 82 Prozent der Bewohner von Grenzregionen gut vorstellen, eine Person aus dem jeweiligen Nachbarland als Vorgesetzten, Kollegen, Nachbarn oder auch als Familienmitglied zu haben (EC 2015). Dieses hohe gegenseitige Vertrauen gilt auch für die Grenzregionen Deutschlands und seiner Nachbarländer, allerdings mit einigen räumlichen Differenzierungen (Abbildung 2.3).

3 Auf dem Weg zur deutsch-dänischen Raumbeobachtung

Das Land Schleswig-Holstein und die dänischen Regionen Syddanmark und Sjælland bilden die natürlichen geographischen Bindeglieder zwischen Nord- und Mitteleuropa. Ihre Lage ist geprägt durch die Nähe zu Hamburg und Kopenhagen – zwei der attraktivsten und wirtschaftlich stärksten Metropolen Europas. Die feste Fehmarnbelt-Querung wird zukünftig beide Metropolräume noch enger verknüpfen, womit sich für die deutsch-dänische Zusammenarbeit die große Chance eröffnet, von der Dynamik beider Metropolen zu profitieren. Zugleich stellen sich auch für die Raumbeobachtung relevante Herausforderungen.

Denn ob Verkehr, Wirtschaftsentwicklung, Forschung und Entwicklung, Fachkräftebedarf, Kultur, Flächenentwicklung oder Lebensqualität: Es gibt keinen Bereich der Landesentwicklung, der nur noch in den Grenzen Schleswig-Holsteins gedacht werden kann. Im globalen Wettbewerb der Regionen wächst der Bedarf für den Aufbau großräumiger Wirtschafts- und grenzüberschreitender Verflechtungsräume sowie für die Förderung ihrer Sichtbarkeit.

An einer systematischen Raumbeobachtung ist bislang nur der südliche Teil Schleswig-Holsteins im Rahmen der Metropolregion Hamburg beteiligt. Mit den beiden dänischen Nachbarregionen Sjælland und Syddanmark fand Raumbeobachtung in der Vergangenheit lediglich projekt- und anlassbezogen statt; eine systematische Beobachtung gibt es für diesen Grenzraum bislang nicht. Allerdings bestehen seit Längerem Überlegungen und Vorarbeiten für den Aufbau einer gemeinsamen Datenbank nach dem Vorbild der dänisch-schwedischen Øresund-Statistikdatenbank (www.orestat.se). Eine Umsetzung scheiterte an unterschiedlichen Anforderungen der Akteure und fehlenden Finanzmitteln. Mit der Beteiligung an diesem Modellvorhaben der Raumordnung wird nun ein neuer Anlauf hierfür unternommen.

Schleswig-Holstein, Syddanmark und Sjælland bilden den historisch gewachsenen Kernraum der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, die anlass- und themenbezogen um weitere Akteure und Regionen aus Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen ergänzt wird. Die unterschiedlich weit abgegrenzten Kooperationsräume sind eine Herausforderung für ein Raumbeobachtungssystem. Um sowohl klein- als auch großräumige Verflechtungen abbilden zu können, soll daher anstelle eines fest abgegrenzten Bezugsraums ein engerer Kernraum definiert werden (Schleswig-Holstein, Syddanmark, Sjælland), der um flexibel abgrenz-

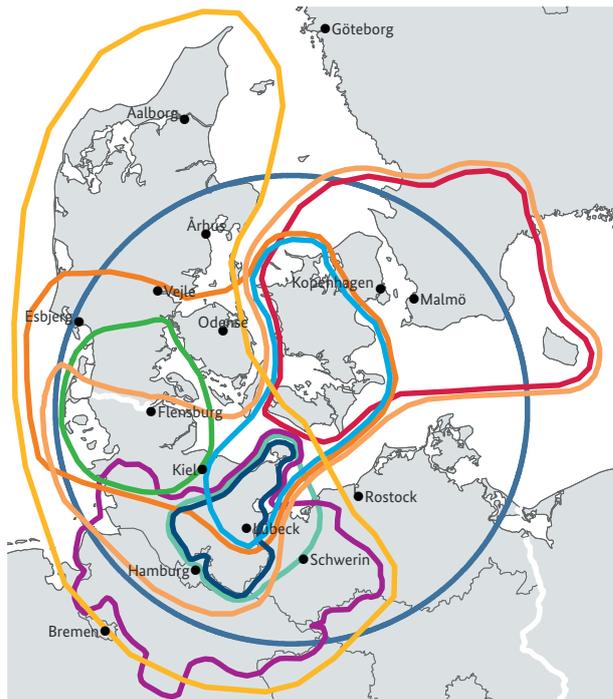
bare Erkundungsräume ergänzt wird, welche je nach Kontext und Themenbezug ganz Dänemark umfassen oder sogar bis nach Oslo reichen können.

Die unterschiedlichen „Raumkulissen“ der Zusammenarbeit spiegeln sich in einer Vielzahl von Kooperationen wider (Abbildung 3.1), deren Partner und Akteure potenzielle Nutzer eines gemeinsamen Raumbeobachtungssystems sind. Im unmittelbaren Grenzraum liegt der Fokus auf Themen wie Grenzpendeln, Tourismus, Grenzhandel und Kulturaustausch, mit denen sich insbesondere die beiden Organisationen „Region Sønderjylland-Schleswig“ und das „Fehmarnbelt-Komitee“ befassen. Auf Ebene der Regionen orientiert sich die Zusammenarbeit am Zuschnitt des INTERREG 5A-Programms „Deutschland-Dänemark“. Auf großräumiger Ebene erfolgt sie entlang transnationaler Entwicklungskorridore wie der Jütland-Route (und ihren Verlängerungen Richtung Oslo und Göteborg) oder der STRING-Kooperation entlang der Fehmarnbelt-Achse (Abbildung 3.2) und konzentriert sich auf verkehrs- und wirtschaftspolitische Themen. Diese unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkte zeigen die Vielzahl von Themen auf, zu denen eine systematische deutsch-dänische Raumbeobachtung wertvolle Informationen beisteuern kann und sollte. Dadurch könnte ein deutlicher Mehrwert für die bestehenden Kooperationen erzielt werden.

Anfang 2017 fand ein Workshop mit potenziellen Nutzern und Datenanbietern eines deutsch-dänischen Raumbeobachtungssystems statt. Im Austausch mit Vertretern bestehender Raumbeobachtungssysteme (wie der Metropolregion Hamburg oder der Öresundregion) sowie in Kleingruppendiskussionen zeigte sich, dass Raum- und Fachplaner, Tourismus-, Verkehrs- und Wirtschaftsvertreter sowie Projektakteure an einer systematischen Raumbeobachtung sehr interessiert sind und darin ein Potenzial zur Unterstützung ihrer täglichen Arbeit wie auch zur Vertiefung und Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kooperationen sehen. Zentrale Akteure bei der Bereitstellung des Angebots sind die statistischen und kartografischen Einrichtungen und Ämter beiderseits der Grenze. Deren zugesagte Unterstützung ist zentral für die Einrichtung und Pflege eines gemeinsamen Raumbeobachtungssystems.

Um die je nach geografischer und fachlicher Herkunft stark variierenden Nutzererwartungen zu erfüllen, muss ein deutsch-dänisches Raumbeobachtungssystem ein breites

Abbildung 3.1: Bestehende Kooperationen im deutsch-dänischen Grenzraum



Bestehende Kooperationen (Frühjahr 2017)

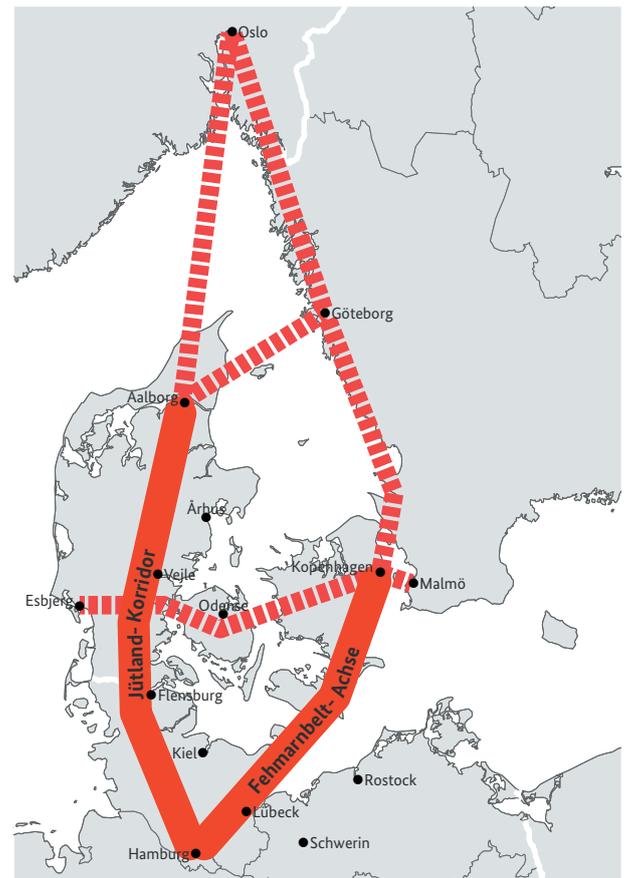
- INTERREG 5 A-Programm
- STRING
- Fehmarnbelt Business Council
- Fehmarnbelt-Komitee
- Regionalmanagement Fehmarnbelt
- Region Sønderjylland-Schleswig
- HanseBelt e.V.
- Metropolregion Greater Copenhagen
- Metropolregion Hamburg
- Jütlandkorridor

Raumbelobachtung
Deutschland und
angrenzende Regionen
MORO



Datenbasis: Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein © RRG GIS Datenbasis, RRG 2017 © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Abbildung 3.2: Entwicklungskorridore und bestehende Kooperationen im deutsch-dänischen Grenzraum



Entwicklungs- und Kooperationskorridore

- Hauptachse
- Sekundärachse

Raumbelobachtung
Deutschland und
angrenzende Regionen
MORO



Datenbasis: Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein © RRG GIS Datenbasis, RRG 2017 © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Themenspektrum abdecken. Dieses reicht von Arbeit, Bildung, Einkauf und Daseinsvorsorge über Tourismus- und Verkehrsströme bis zu wirtschaftlichen Verflechtungen sowie Forschung und Entwicklung. Idealerweise sollte das System Rohdaten, (harmonisierte) Basis- und Kontextindikatoren, aber auch weitergehende Informationen und Analysen bereitstellen. Neben dem jeweils aktuellen Stand sollen Zeitreihen grenzüberschreitende Dynamiken aufzeigen. Einige Nutzer wünschen sich eine Statistikdatenbank, aus der sie Rohdaten und Indikatoren auf kleinräumiger Ebene (Raster und Gemeinden) zur eigenen Weiterverarbeitung herunterladen können; andere Nutzer bevorzugen fertige Karten zum Download sowie interaktive GIS-Anwendungen, um eigene Karten und Analysen erstellen zu können.

Der Mehrwert einer grenzüberschreitenden Raumbelobachtung liegt nicht nur in der Bereitstellung von Daten, sondern vor allem auch in der damit einhergehenden größeren Sichtbarkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit sieht daher die Raumbelobachtung auch als ein Marketinginstrument, um die Potenziale des Raums zwischen den beiden Metropolen Hamburg und Kopenhagen besonders herauszustellen. Dafür soll eine gemeinsame Internetseite in Form eines „Raumentwicklungsportals“ eingerichtet werden, auf der neben den Daten, Indikatoren, Karten und Analysen auch allgemein auf Deutsch, Dänisch und ggf. Englisch über die deutsch-dänische Region informiert und auf Akteure und Einrichtungen der Zusammenarbeit verlinkt wird.

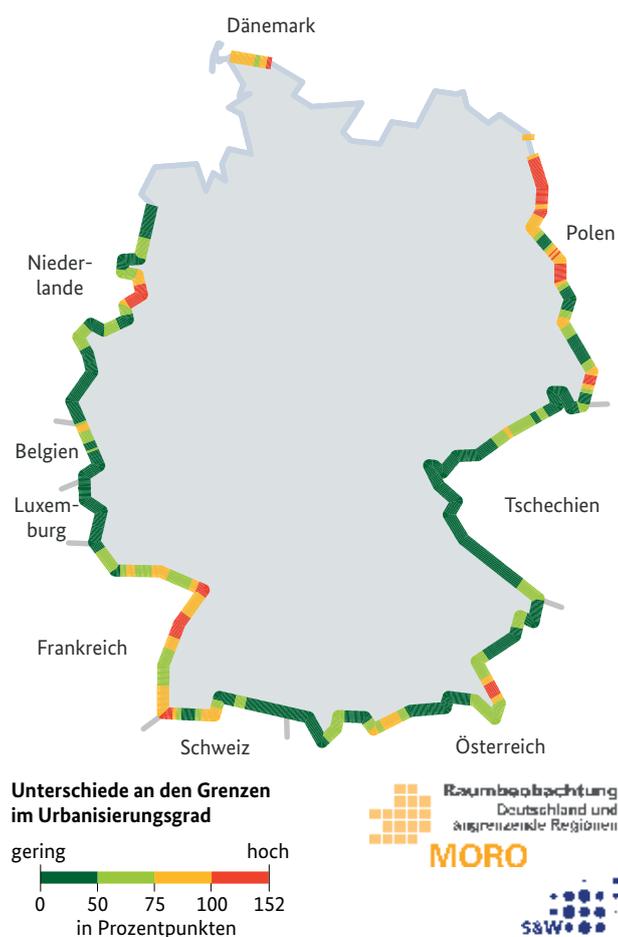
Unterstützt durch die positiven Rückmeldungen des Workshops haben die Projektpartner aus Schleswig-Holstein, Syddanmark und Sjælland im Frühsommer 2017 ein umfassendes Konzept für ein Raumbelobachtungssystem mit den oben genannten Inhalten, Funktionen, Daten und Indikatoren erstellt. Im Herbst 2017 werden Optionen zur technischen Umsetzung (inkl. Kostenschätzung) eruiert. Ziel ist es, Anfang 2018 mit der Implementierung zu beginnen.

4 Urbanisierungsgrad und Bevölkerungspotenzial

Ein großer Anteil der in Grenznähe wohnenden Bevölkerung lebt in Kleinstädten, Vororten und Landgemeinden. Die meisten Grenzkorridore sind weniger stark urbanisiert als im jeweiligen Landesdurchschnitt. Sehr ländlich geprägt sind die Grenzräume Deutschlands mit Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich und Luxemburg. Ausgesprochen kleinstädtisch besiedelt sind die Grenzräume zwischen Deutschland und der Schweiz sowie Deutschland und Belgien. Ein vergleichsweise hoher städtischer Bevölkerungsanteil ist im deutsch-niederländischen, deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzraum anzutreffen.

Stellenweise unterscheiden sich die Urbanisierungsgrade entlang der Grenzen deutlich (Abbildung 4.1). Ausgeprägt

Abbildung 4.1: Unterschiede an den Grenzen im Urbanisierungsgrad im Jahr 2015



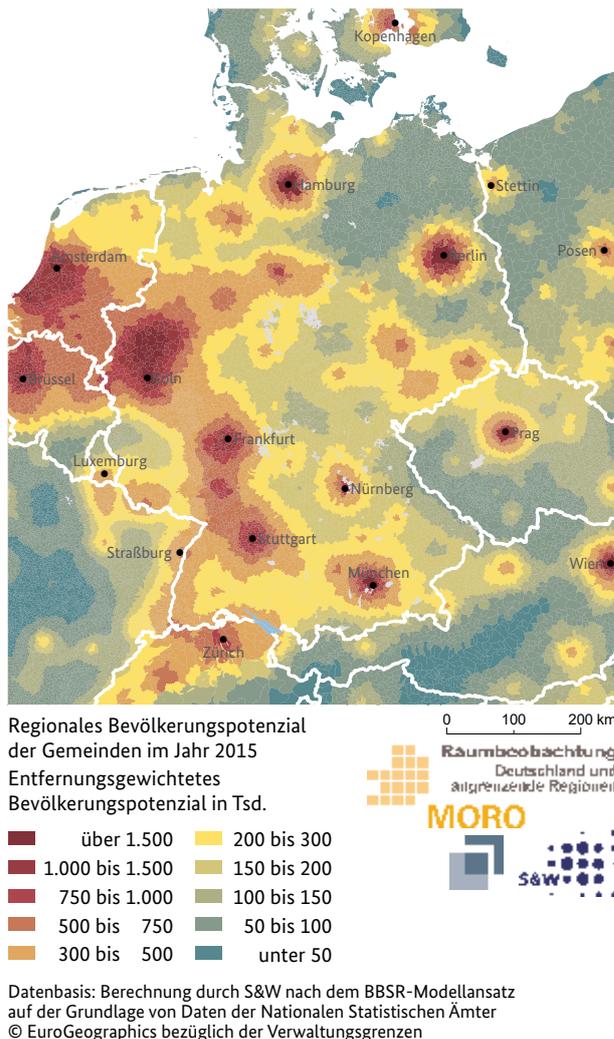
Darstellung: Gesamtdifferenz zwischen den prozentualen Bevölkerungsanteilen gemäß DEGURBA-Klassifizierung.
Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage von Eurostat und Nationale Statistische Ämter (LAU2)

sind die Unterschiede an der deutsch-dänischen, deutsch-polnischen und deutsch-französischen Grenze, aber auch in der Nähe von Salzburg und Basel sowie in Bereichen der deutsch-niederländischen Grenze. Derartige Unterschiede weisen nicht unbedingt auf eine Unausgewogenheit im grenznahen Städtesystem hin. Vielmehr geben sie Hinweise auf eine grenzüberschreitende funktionalräumliche Organisation, bei der zentralörtliche Funktionen durch größere Städte auf benachbarter Grenzseite angeboten werden. Für den Handel, den Verkehr oder auf dem Arbeitsmarkt ergeben sich daraus regional bedeutsame grenzüberschreitende Verflechtungen. Derartige Strukturen bestehen beispielsweise in den Räumen um die grenznahen Städte Stettin, Frankfurt (Oder), Salzburg, Basel, Straßburg, Karlsruhe und Enschede.

Größere grenzüberschreitende Metropolräume von europäischer Bedeutung und mit deutschen Anteilen finden sich entlang der westlichen und südlichen Grenze: die Euregio Maas-Rhein mit dem Städtedreieck Aachen-Lüttich-Maastricht, die Großregion mit Luxemburg, die Trinationale Metropolregion Oberrhein mit Straßburg und Basel, die Bodenseeregion mit Zürich und die Metropolregion Salzburg. In ihnen konzentrieren sich Bevölkerung, Wirtschaft, Kapital, Infrastruktur, Wissen und Kultur. Sie werden als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in Europa und als zentrale Komponenten einer grenzüberschreitenden Raumentwicklung und des europäischen Integrationsprozesses betrachtet.

Das regionale Bevölkerungspotenzial bildet die Lagebeziehungen der Gemeinden zueinander und die Austauschmöglichkeiten der dort lebenden Bevölkerung ab (Abbildung 4.2). Die größten Werte erreichen die Metropolregion Rhein-Ruhr und die monozentrisch strukturierte Hauptstadtregion Berlin. Im Westen und Südwesten Deutschlands zeichnen sich zwischen den Ballungsräumen und den dortigen Nachbarstaaten große, zusammenhängende Siedlungs- und Verkehrskorridore ab, in denen mit hoher Wahrscheinlichkeit räumliche Interaktionen stattfinden. Auch entlang der sächsisch-tschechischen Grenze zwischen Dresden und Prag fällt das regionale Bevölkerungspotenzial relativ hoch aus. Abseits der Metropolräume sind eher ländlich strukturierte Räume mit niedrigem Bevölkerungspotenzial erkennbar. Ein vergleichsweise niedriges regionales Bevölkerungspotenzial liegt im deutsch-dänischen Grenzraum vor, ferner in weiten Teilen des deutsch-polnischen Grenzkorridors,

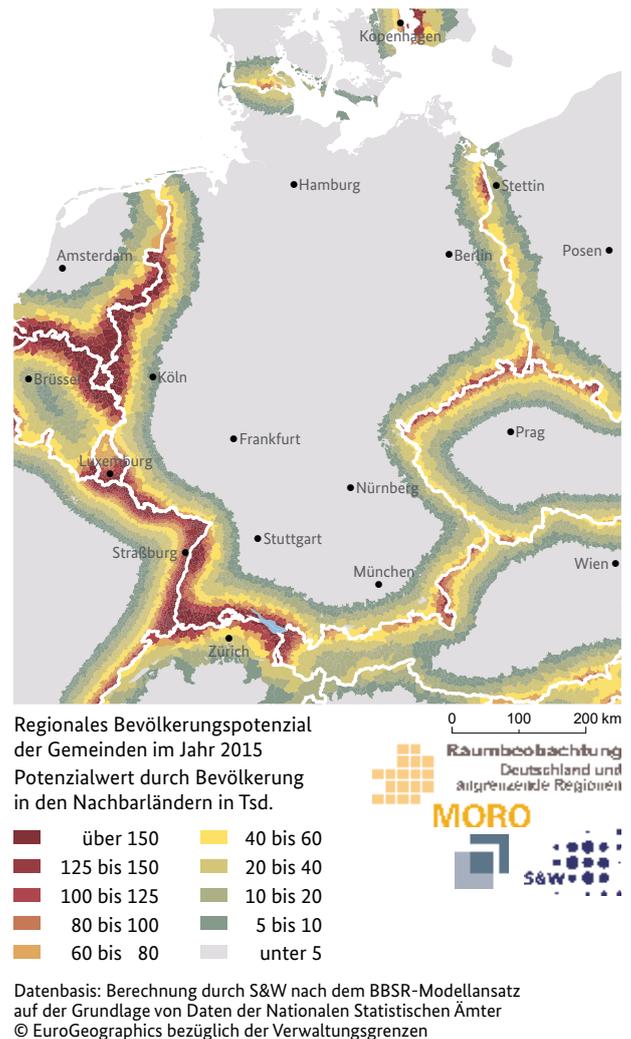
Abbildung 4.2: Regionales Bevölkerungspotenzial der Gemeinden im Jahr 2015



entlang der bayerisch-böhmischen sowie bayerisch-tiroler Grenze und im Bereich der Eifel. Mit Ausnahme der Region um Stettin ist das regionale Bevölkerungspotenzial im deutsch-polnischen Grenzkorridor auf polnischer Seite – ebenso wie im bayerisch-böhmischen Grenzkorridor auf tschechischer Seite und im bayerisch-tiroler Grenzkorridor auf österreichischer Seite – geringer als auf der jeweils gegenüberliegenden deutschen Seite.

Die Wirkung offener Grenzen zeigt sich sehr deutlich bei einem Vergleich des regionalen Bevölkerungspotenzials mit und ohne die in den Nachbarländern vorhandenen Bevölkerungspotenziale (Abbildung 4.3). Im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum steigt das regionale Bevölkerungspotenzial teils um mehr als 150.000 Einwohner, wenn die Bevölkerung aus den Nachbarländern hinzugerechnet wird. Auch am Oberrhein, in der Großregion, um den Bodensee und in vielen weiteren Grenzregionen trägt das Bevölkerungspotenzial aus dem benachbarten Ausland zu einer deutlichen Erhöhung des regionalen Bevölkerungspotenzials bei. Diese Effekte sind nicht auf urbane oder me-

Abbildung 4.3: Potenzial der Bevölkerung aus den Nachbarländern am regionalen Bevölkerungspotenzial der Gemeinden im Jahr 2015



tropolitane Grenzräume beschränkt. Auch in eher ländlich geprägten Bereichen hat die jenseits der Grenze wohnende Bevölkerung eine – relativ betrachtet – sehr hohe Bedeutung für das regionale Bevölkerungspotenzial. Gerade in Grenzgemeinden ist der relative Anteil besonders hoch und beträgt vielfach sogar mehr als 50 Prozent.

5 Naturschutz in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein bedeutendes Ziel der internationalen Zusammenarbeit in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein. Bei grenzüberschreitenden (Infrastruktur-)Projekten sollen gesetzlich oder vertraglich streng geschützte Gebiete – wie Naturschutzgebiete von internationaler, nationaler und regionaler Bedeutung – bereits im Prozess der Korridorfindung oder Standortsuche berücksichtigt werden. Sie dienen auch als Planungsgrundlage, etwa zur grenzüberschreitend abgestimmten Biotopverbundplanung. Im Auftrag der Oberrheinkonferenz führt das Geoportal GeoRhena in deren Mandatsgebiet die grenzübergreifende Raumbearbeitung der Naturschutzflächen durch.

Eines der ältesten Vertragswerke zum Naturschutz auf internationaler Ebene ist die *Ramsar-Konvention* von 1971. Sie ist ein auf Freiwilligkeit beruhendes Übereinkommen über schützenswerte Feuchtgebiete, insbesondere hinsichtlich ihrer Bedeutung als wichtige Biotope für Wasser- und Watvögel. Das deutsch-französische Ramsar-Gebiet am Oberrhein erstreckt sich auf 190 Kilometer Länge und erfasst die Auenflächen des Rheins und teilweise auch die seiner Zuflüsse.

Ebenfalls von internationaler Bedeutung sind die auf EU-Gesetzgebung beruhenden *Natura 2000-Gebiete*. Sie sind in Fauna-Flora-Habitate und Vogelschutzgebiete unterteilt. Am Oberrhein befinden sich große Teile der Natura 2000-Schutzgebiete innerhalb des Oberrheingrabens und in den angrenzenden Gebirgs- und Mittelgebirgsregionen. Auf französischer Seite sind die Natura 2000-Flächen, verglichen mit denen auf deutscher Seite, besonders groß und zusammenhängend. Die Natura 2000-Flächen haben auf deutscher Seite allerdings einen größeren Anteil an der Gesamtfläche. Eine Sonderrolle nimmt die Schweiz ein: In dem Nicht-EU-Land sind die Natura 2000-Verordnungen zwar nicht wirksam, doch hat sich die Schweiz in der 1989 europaweit beschlossenen Berner Konvention dazu verpflichtet, die europäisch besonders wertvollen Arten und Lebensräume zu erhalten (sogenannte Smaragd-Gebiete). Die gesetzlich geschützten Teilbereiche sind in der Schweiz zumeist als Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Auch die von der UNESCO ausgewiesenen *Biosphärenreservate* sind in Grenzregionen wie am Oberrhein von internationaler Bedeutung. Zu ihnen zählen der Pfälzer Wald und die Nord-Vogesen im Nordwesten der Metropolregion sowie

eine etwa 630 km² große zusammenhängende Fläche im Südschwarzwald.

Die Ramsar-Gebiete und Biosphärenreservate umfassen in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein eine Fläche von 2.492 km² (12,4 % der Gesamtfläche der Region), die Natura 2000-Gebiete schließen sogar 3.681 km² (18,3 % der Gesamtfläche der Region) ein.

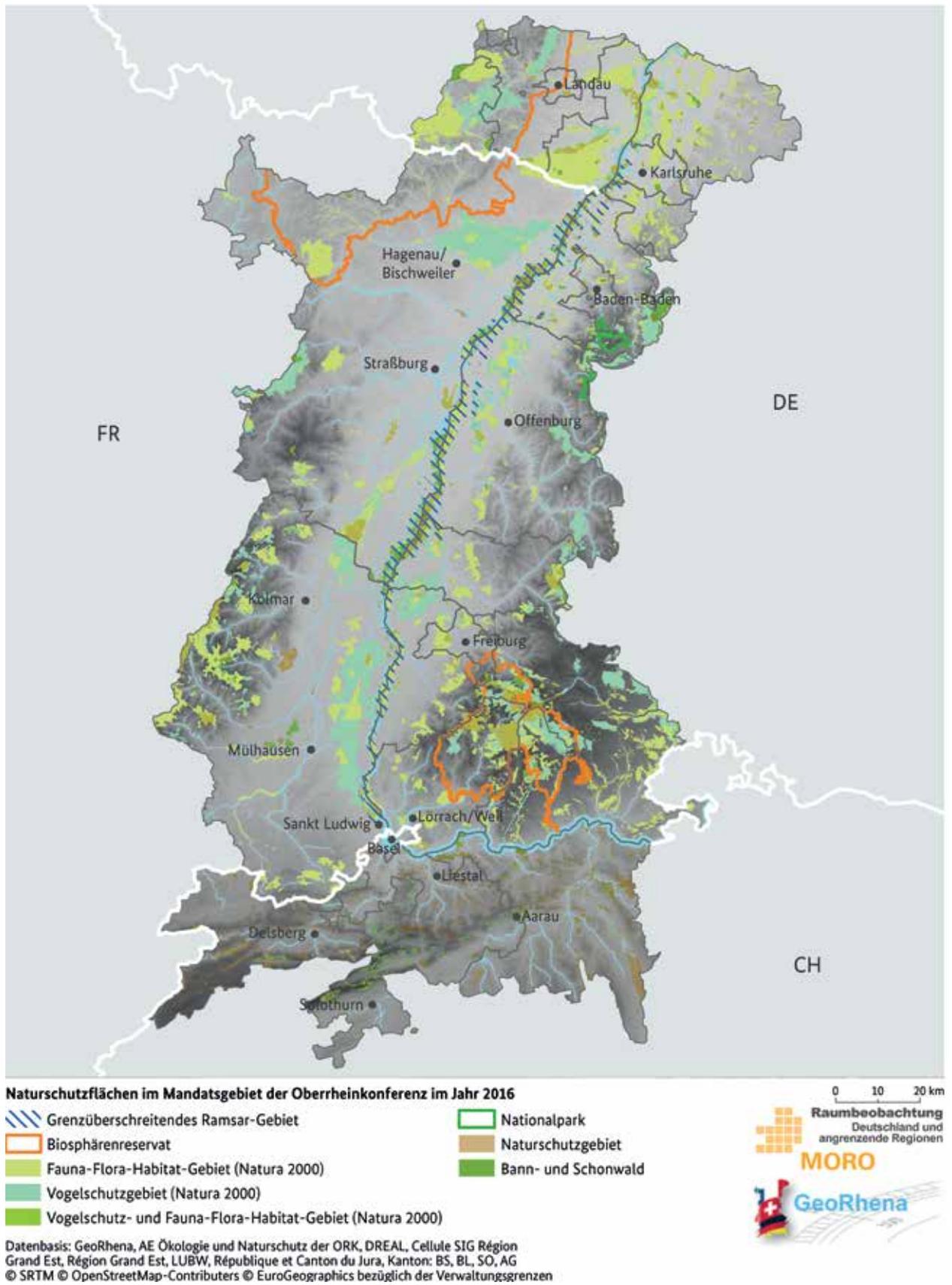
Naturschutzrechtlich in gesetzlich oder vertraglich gesicherter Form von der jeweiligen staatlichen oder kommunalen Ebene festgelegt wurden die *Naturschutzflächen von nationaler oder regionaler Bedeutung*. Eine Besonderheit in der Schweiz ist, dass jeder Kanton ein eigenes System zum Schutz naturschutzwürdiger Flächen hat. Im Unterschied zu Frankreich und der Schweiz gibt es in Deutschland keine regionalen Naturschutzgebiete. Der Fokus der nationalen Naturschutzgebiete liegt auf dem Schutz naturschutzfachlicher oder landeskundlich bedeutender Landschaftsausschnitte sowie von Lebensräumen und Arten. Abgebildet sind die Naturschutzflächen mit unbegrenztem regulatorischen Mandat sowie die Flächen mit vertraglichem Naturschutz.

National oder regional reguliert sind die auf der Karte dargestellten *Nationalparks*, deren Ziel und Zweck die Gewährleistung einer natürlichen Dynamik, möglichst ungestörte Naturvorgänge sowie die wissenschaftliche Umweltbeobachtung, naturkundliche Bildung und das Naturerleben sind. Seit 2014 existiert der Nationalpark Schwarzwald, unterteilt in einen Nord- und Südteil.

Die *Bann- und Schonwälder* sind in einer Kategorie zusammengefasst. Auf deutscher Seite sind diese Wälder – abgesehen von einem größeren Gebiet im Biosphärenreservat Pfälzer Wald – in kleinen Flächen dispers verteilt und werden funktionell voneinander unterschieden. In Frankreich werden in den „réserves biologiques forestières“ Gebiete von außerordentlicher Seltenheit, mit besonders reicher Naturlandschaft oder einer besonderen Schutzbedürftigkeit unter Schutz gestellt. In der Schweiz befinden sich geschützte Wälder in den Gebirgsregionen der Alpen.

Die nationalen und regionalen Naturschutzflächen, die Nationalparks und die Bann- und Schonwälder in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein umfassen eine Fläche von 1.064 km² (5,3 % der Gesamtfläche der Region).

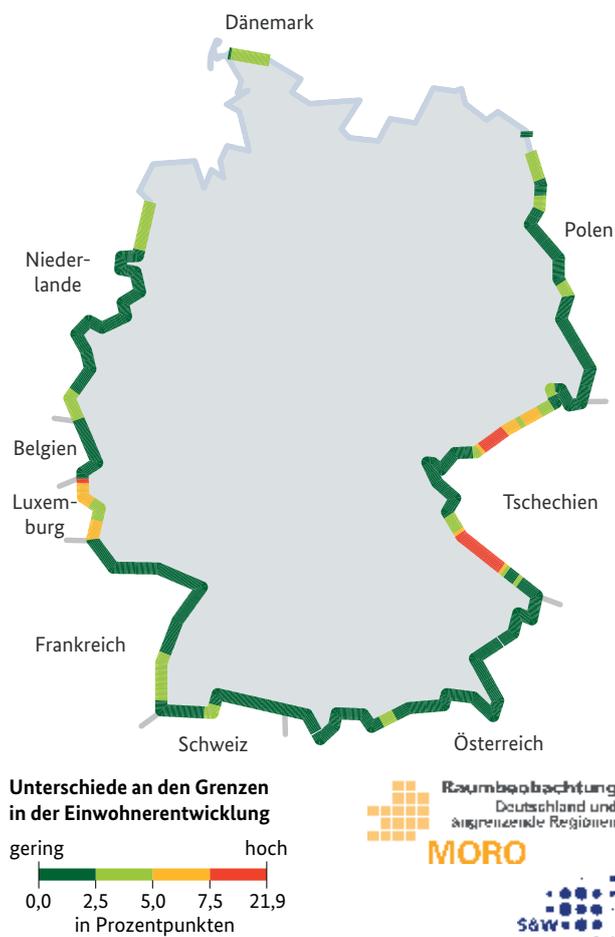
Abbildung 5.1: Naturschutzflächen im Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz im Jahr 2016



6 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden

Der langanhaltende demografische Trend mit wachsenden Bevölkerungszahlen in metropolitanen Räumen und schrumpfenden Bevölkerungszahlen in ländlichen Räumen setzte sich auch in jüngerer Zeit fort. Im Zeitraum zwischen 2011 und 2015 verzeichneten vor allem die Kernstädte und Gemeinden im Umland von Metropolen und Oberzentren Einwohnerzuwächse, während peripher gelegene, kleinere Gemeinden weitere Einwohnerrückgänge zu verkräften hatten (Abbildung 6.2). Unabhängig von der Ausrichtung der Bevölkerungsentwicklung waren dabei nahezu alle Gemeinden von einer demografischen Alterung betroffen – wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Im Mittel ist Deutschlands Bevölkerung älter als die der Nachbarländer. In Ostdeutschland fällt das Durchschnittsalter am höchsten aus.

Abbildung 6.1: Unterschiede an den Grenzen in der Einwohnerentwicklung zwischen 2011 und 2015



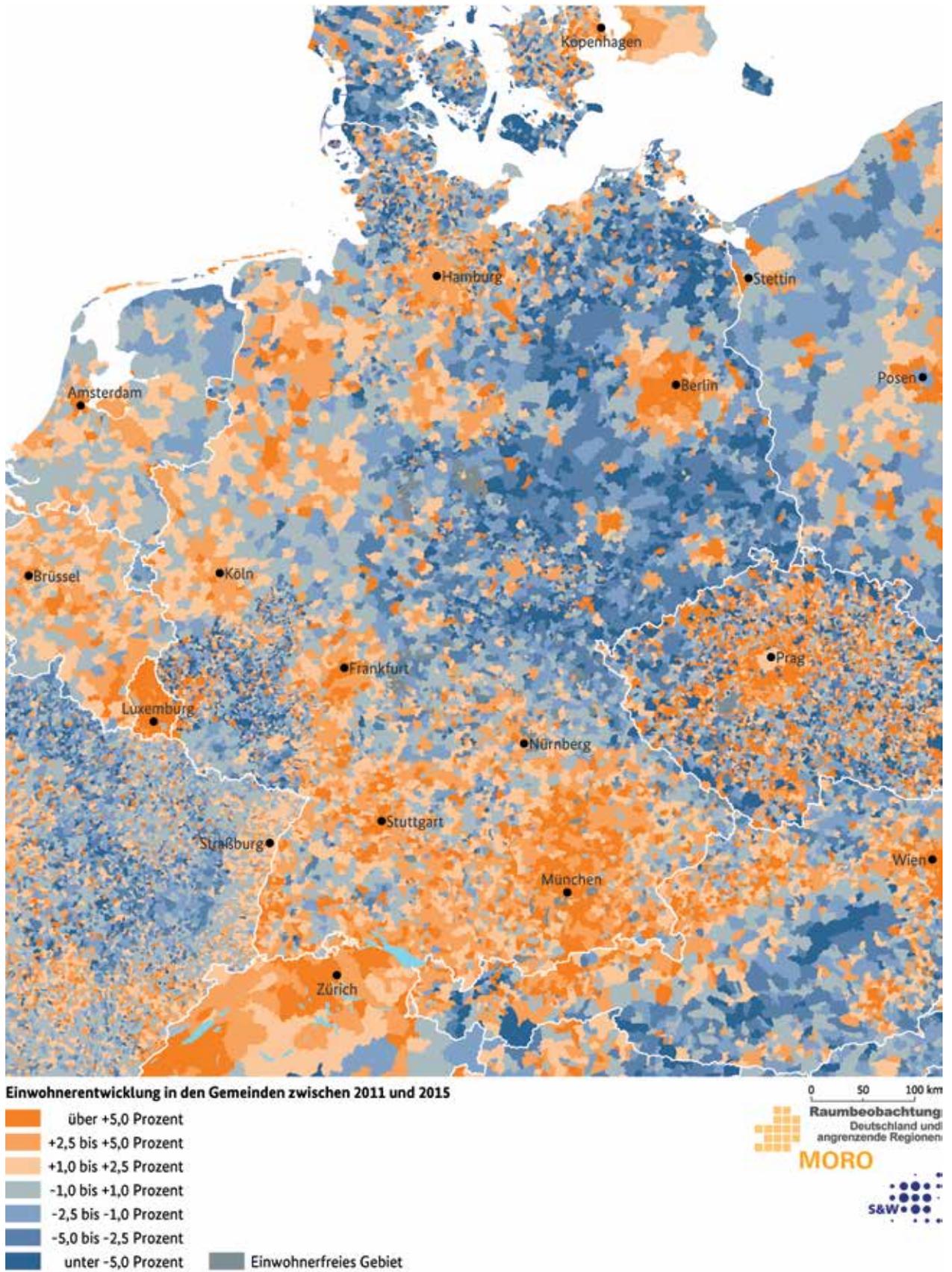
Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage der Nationalen Statistischen Ämter (LAU2)

Entlang der deutschen Außengrenze lag die jüngste Bevölkerungsentwicklung in den Grenzräumen auf ausländischer Seite zumeist unterhalb des jeweiligen Landesdurchschnitts. Auf deutscher Seite ist dies nicht so eindeutig bestimmbar. Einerseits verzeichneten in Deutschland die Grenzräume an der Grenze zu Polen und Tschechien Einwohnerrückgänge. Andererseits konnten die Grenzräume in Deutschland an der Grenze zur Schweiz, zu Österreich, Frankreich und Belgien Einwohnergewinne erzielen, die über dem Bundesdurchschnitt lagen.

Insgesamt verlief die Bevölkerungsentwicklung beidseits der jeweiligen Grenze relativ gleichgerichtet (Abbildung 6.1). Hierzu trug auch eine Trendumkehr bei: Viele grenznahe polnische und niederländische Gemeinden, die über viele Jahre Bevölkerungswachstum verzeichnet hatten, schrumpften in jüngerer Zeit wieder. Auch auf dänischer Seite war die deutsch-dänische Grenzregion von einem Rückgang der Bevölkerungszahl betroffen.

Eine größere entgegengesetzte Bevölkerungsdynamik erfolgte im deutsch-luxemburgischen Grenzraum. In Luxemburg nahm die Bevölkerung zuwanderungsbedingt sehr stark zu. Auf deutscher Seite partizipierten jedoch nur vereinzelt Gemeinden an diesem Wachstum. Die meisten deutschen Gemeinden im deutsch-luxemburgischen Grenzraum schrumpften leicht. Die größten Divergenzen in der jüngeren Entwicklung der Bevölkerungszahlen bestehen derzeit entlang der deutsch-tschechischen Grenze, wobei dort Folgendes zu unterscheiden ist: Während die Bevölkerungszahl an der sächsisch-nordböhmischen Grenze auf deutscher Seite schrumpfte und auf tschechischer Seite leicht wuchs, waren die Einwohnerzahlen an der bayerisch-tschechischen Grenze auf deutscher Seite vergleichsweise stabil und auf tschechischer Seite deutlich schrumpfend.

Abbildung 6.2: Einwohnerentwicklung in den Gemeinden zwischen 2011 und 2015



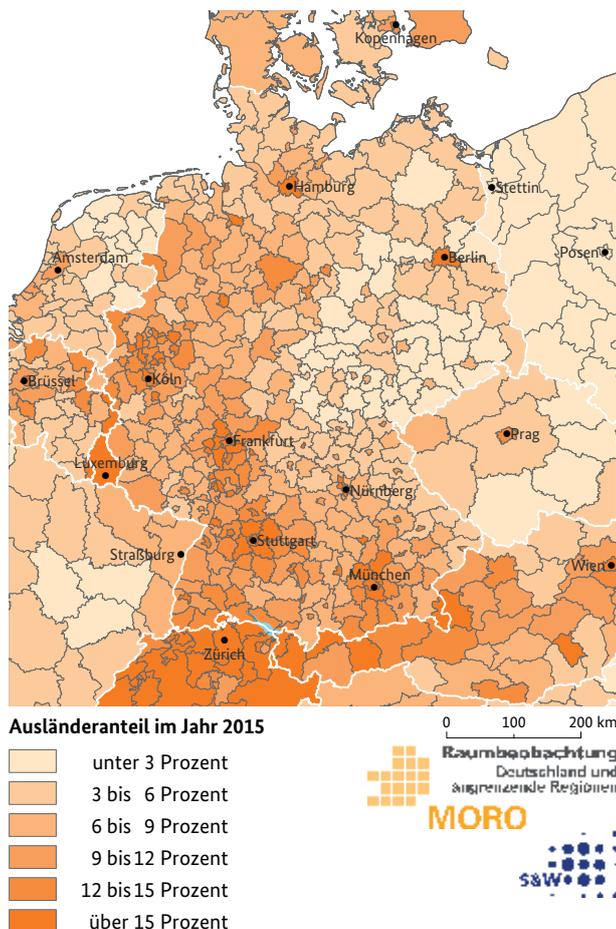
Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage von Daten der Nationalen Statistischen Ämter (LAU2, CH=LAU1)
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

7 Räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung

In städtischen Räumen ist der Ausländeranteil tendenziell höher als in ländlichen Räumen (Abbildung 7.1). Gleichzeitig ist zwischen den einzelnen Ländern ein erheblicher Niveauunterschied festzustellen. Beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den polnischen Regionen durchgängig weniger als ein Prozent, so liegt er in Luxemburg bei mehr als 45 Prozent. In Wien, großen Teilen der Schweiz, Brüssel, Ostbelgien sowie in München, Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt (Main), Köln und Düsseldorf hat mehr als jeder Fünfte eine ausländische Staatsbürgerschaft. Deutlich niedriger mit unter 3 Prozent ist der Ausländeranteil im Süden und Osten Böhmens, im Nordosten der Niederlande sowie in Teilen Ostfrankreichs und Ostdeutschlands.

Die Entscheidung zur Auswanderung hat in der Regel ökonomische oder politische Gründe. Innerhalb der EU sind

Abbildung 7.1: Ausländeranteil in den Regionen im Jahr 2015



Datenbasis: Nationale Statistische Ämter (PL,HU,HR=2011, FR=2014)
Ausländer sind definiert als Personen ohne Staatsbürgerschaft des Meldelands
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

in erster Linie Regionen mit besseren Beschäftigungsmöglichkeiten und höheren Löhnen Ziel von Arbeitskräftewanderungen. Die meisten Auswandernden sind im erwerbsfähigen Alter. Danach folgen Wohnsitzveränderungen in zumeist grenznahe Orte im benachbarten Ausland, vor allem dann, wenn Immobilienpreise und Lebenshaltungskosten deutlich niedriger als im Inland sind.

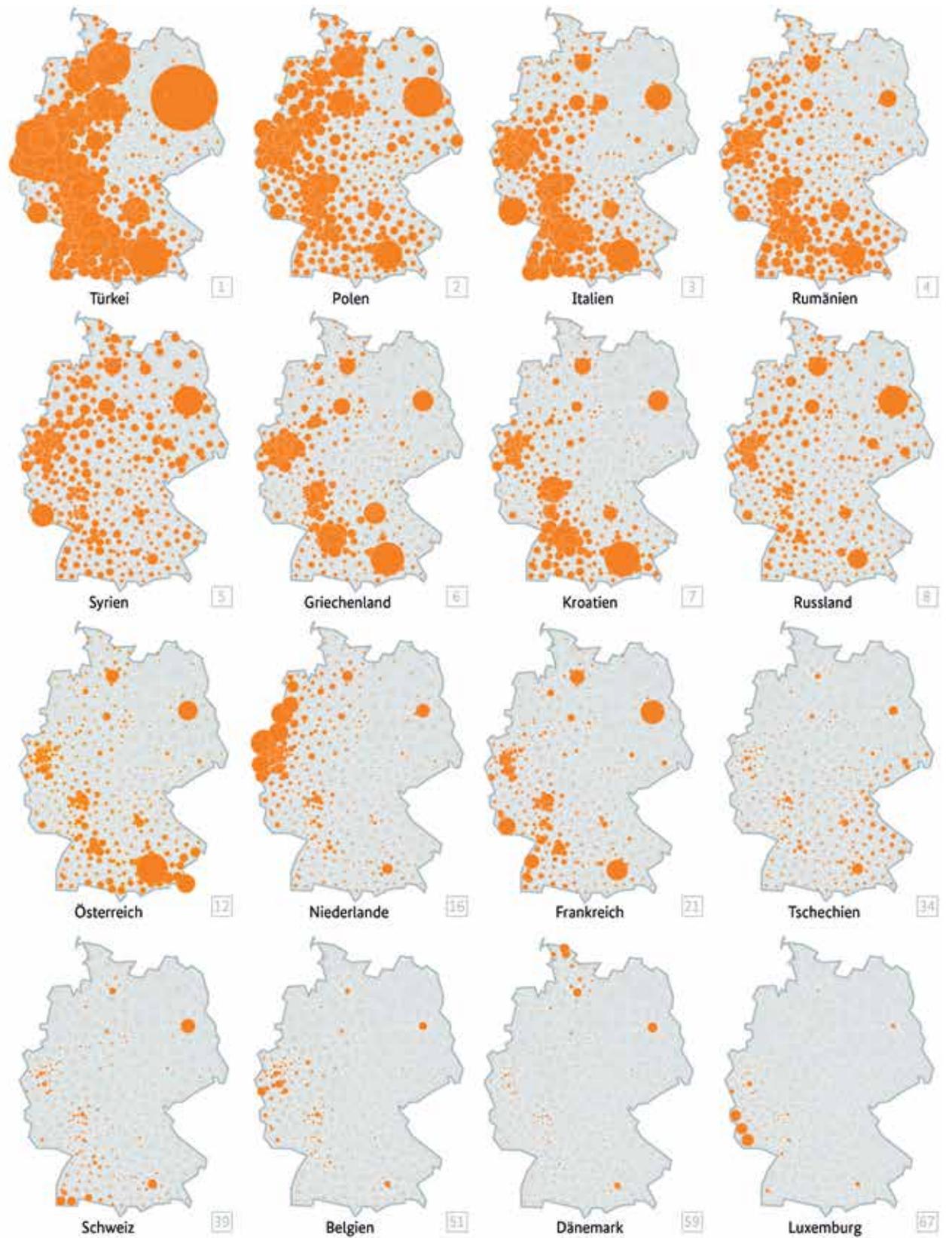
Zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern sind die Wanderungssalden vergleichsweise ausgeglichen. Sehr große Ungleichgewichte bestehen einzig mit Polen und der Schweiz: Während mehr als 700.000 polnische Staatsangehörige in Deutschland leben, sind es umgekehrt nur gut 5.300 Deutsche in Polen; den ca. 300.000 Deutschen in der Schweiz stehen wiederum nur rund 40.000 Schweizer in Deutschland gegenüber.

In Deutschland stellen Türken mit rund 1,5 Millionen Menschen die größte Zuwanderergruppe. Sie haben sich überwiegend in Westdeutschland und Berlin angesiedelt. Dieses Verteilungsmuster ist für viele weitere Einwanderergruppen typisch, auch für die rund 700.000 zugewanderten Polen, die die zweitgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe in Deutschland darstellen. Abgesehen von Berlin wohnen verhältnismäßig wenige zugewanderte Polen nahe der deutsch-polnischen Grenze (Abbildung 7.2).

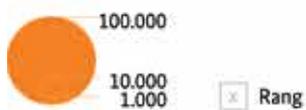
Die Staatsbürger der übrigen Nachbarländer haben ihren deutschen Wohnsitz hingegen mehrheitlich in jeweiliger Grenznähe. Besonders deutlich gilt dies für Niederländer und Luxemburger, die sich stark im jeweiligen Grenzraum ansiedeln.

Vergleichsweise ausgeglichen zeigt sich dagegen die Bevölkerungsverteilung von Syrern, die innerhalb kürzester Zeit zur fünftgrößten ausländischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland wurden. Dies ist das Resultat der Anwendung des Königsteiner Verteilungsschlüssels, mit dem in Deutschland ankommende Flüchtlinge auf die Bundesländer verteilt werden.

Abbildung 7.2: Ausländer nach Staatsangehörigkeit in den Kreisen in Deutschland im Jahr 2015



Ausländer nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2015



Datenbasis: Bundesamt für Statistik (Destatis), 2017. © GeoBasis-DE/BKG 2017 bezüglich der Verwaltungsgrenzen



8 Unterschiede regionaler Wirtschaftskraft

Wirtschaftskraft ist räumlich ungleich verteilt. Es bestehen national und regional deutliche Unterschiede zwischen reichen und armen Regionen. In Deutschland konzentrieren sich ökonomisch bedeutende Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit einem hohen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in den wirtschaftsstarken Ballungsräumen im Süden und im Westen. Strukturschwächere Regionen befinden sich meist abseits der Wirtschaftszentren, sind dünn besiedelt und liegen oft grenznah.

In Grensräumen fällt das Pro-Kopf-BIP in der Regel niedriger aus als im jeweiligen Landesdurchschnitt. Einzig in der Schweiz und Österreich liegt das regionale Pro-Kopf-BIP in Grenznähe zu Deutschland oberhalb des jeweiligen Landesdurchschnitts. Dort werden mögliche Beeinträchtigungen durch eine Grenzlage durch die wirtschaftliche Leistungs-

fähigkeit der grenznah liegenden Agglomerationsräume wie Basel, Zürich, Innsbruck und Salzburg kompensiert.

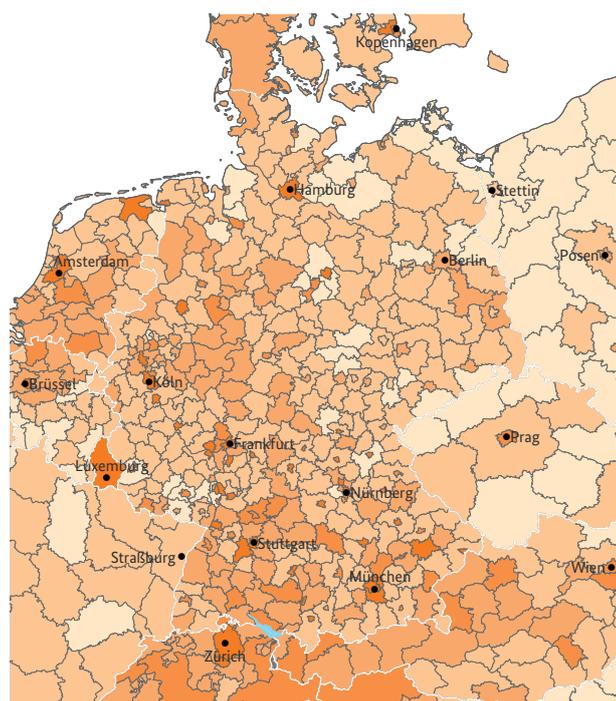
Nach einem Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 entwickelten sich schon ab dem Folgejahr alle Volkswirtschaften wieder positiv. Die deutschen Regionen erzielten mit wenigen Ausnahmen ein Wirtschaftswachstum, welches oberhalb des durchschnittlichen Wachstums in der EU lag. Das höchste relative Wachstum verzeichneten Regionen in Süddeutschland. Positiv verlief auch die Entwicklung in der überwiegenden Mehrzahl der polnischen, österreichischen und schweizerischen Regionen sowie in Luxemburg, das besonders hohe jährliche Wachstumsraten erzielte.

Demgegenüber fielen die Niederlande und Frankreich sowie zahlreiche Regionen Belgiens und Tschechiens ökonomisch relativ zurück. In diesen Ländern erfuhren insbesondere die Grensräume eine im Vergleich zum EU-Durchschnitt langsamere wirtschaftliche Entwicklung. Da gleichzeitig die deutschen Grenzregionen dort ein überdurchschnittlich hohes Wachstum verzeichneten, stieg in den dortigen Grensräumen die ökonomische Divergenz an.

Grundsätzlich bestehen zwischen den deutschen und den angrenzenden ausländischen Grenzregionen zum Teil große wirtschaftliche Unterschiede (Abbildung 8.2). Am deutlichsten sind die ökonomischen Divergenzen in den deutsch-luxemburgischen und deutsch-schweizerischen Grensräumen. Das nominale Pro-Kopf-BIP fällt in Luxemburg und im Nordwesten der Schweiz um mehrere zehntausend Euro höher aus als auf der deutschen Gegenseite. Es ist hierbei allerdings zu berücksichtigen, dass in diesen beiden Regionen der Anteil der einpendelnden Arbeitnehmer im Verhältnis zur Einwohnerzahl relativ hoch ist und sich das Pro-Kopf-BIP auf die Wohnbevölkerung bezieht. Die sehr hohe Wirtschaftskraft im Nachbarland ist trotzdem unbestritten.

Auch im deutsch-dänischen Grenzraum übersteigt das Pro-Kopf-BIP auf dänischer Seite dasjenige auf deutscher Seite um mehr als zehntausend Euro. Genau umgekehrt verhält es sich an der östlichen Grenze Deutschlands zu Polen und Tschechien: Das Pro-Kopf-BIP auf deutscher Seite liegt in Grenznähe um mehr als zehntausend Euro über dem auf polnischer oder tschechischer Seite. Zu den übrigen Regionen ist das Verhältnis vergleichsweise ausgeglichen.

Abbildung 8.1: Pro-Kopf-BIP nach KKS in den Regionen im Jahr 2014



BIP pro Kopf nach KKS im Jahr 2014

- über 50.000 KKS pro Ew.
- 40.000 bis 50.000 KKS pro Ew.
- 30.000 bis 40.000 KKS pro Ew.
- 20.000 bis 30.000 KKS pro Ew.
- unter 20.000 KKS pro Ew.
- keine Daten



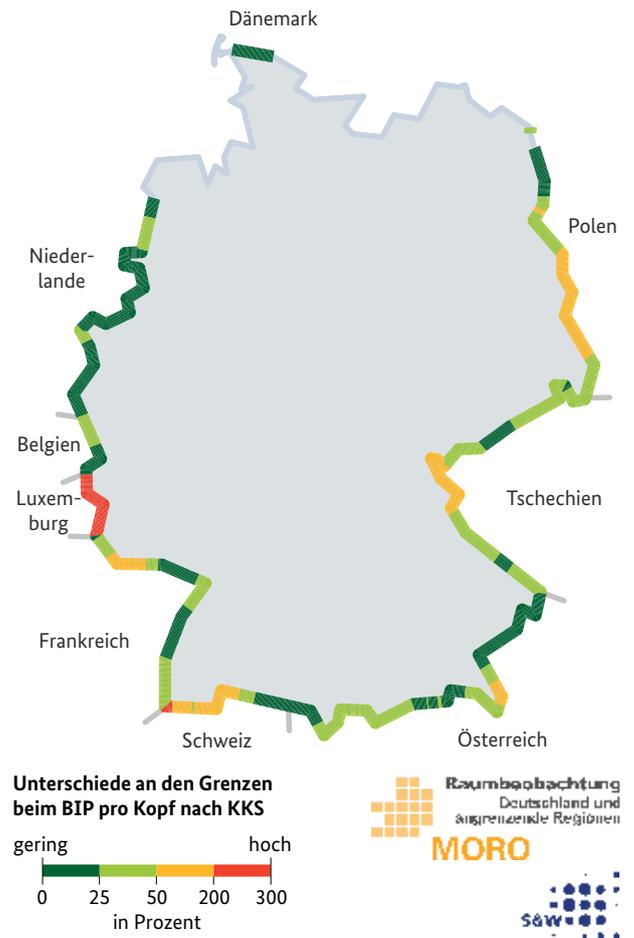
Datenbasis: Eurostat, Bundesamt für Statistik (BFS)
 Ein KKS entspricht dem EU-Durchschnitt der Kaufkraft eines Euros.
 © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Abbildung 8.2: Pro-Kopf-BIP an den Grenzen im Jahr 2014



Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage von Eurostat, BFS und Nationale Statistische Ämter (LAU2)

Abbildung 8.3: Pro-Kopf-BIP nach KKS an den Grenzen im Jahr 2014



Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage von Eurostat, BFS und Nationale Statistische Ämter (LAU2)

Wenn das Preisgefüge und die Kaufkraft mitberücksichtigt werden, so verringert sich zwar das wahrgenommene Wirtschaftsgefälle zwischen den Ländern etwas, doch bleiben die bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede erkennbar. In Deutschland ist das Pro-Kopf-BIP nach Kaufkraftstandards (KKS) um 54 Prozent niedriger als in Luxemburg und um 79 Prozent höher als in Polen. Die Koexistenz reicher Wirtschafts- und Arbeitszentren einerseits und ärmerer Teilräume andererseits bleibt auch nach Berücksichtigung unterschiedlicher Kaufkraftstandards erhalten (Abbildung 8.1). In den Grenzräumen sind die regionalen ökonomischen Divergenzen mehr oder weniger deutlich wahrnehmbar.

Die deutlichsten Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP nach KKS finden sich an der deutsch-luxemburgischen Grenze, wo das Pro-Kopf-BIP in Luxemburg trotz Kaufkraftbereinigung mehr als doppelt so hoch ausfällt wie auf deutscher Seite (Abbildung 8.3). An der deutsch-dänischen Grenze hingegen gleichen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bei Berücksichtigung der Kaufkraft an. Gleiches gilt für Teilbereiche des deutsch-polnischen und des deutsch-tschechischen Grenzgebietes. So sind die Unterschiede im nörd-

lichen Grenzraum zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern beim Pro-Kopf-BIP nach KKS relativ gering. Gleichzeitig ist entlang der Grenzen eine stärkere regionale Ausdifferenzierung erkennbar. Zwischen Brandenburg und der Woiwodschaft Lubuskie oder zwischen Sachsen sowie Bayern und der Karlsbader Region sind auch kaufkraftbereinigt noch spürbare Unterschiede erkennbar.

9 Regionale Beschäftigtenstruktur

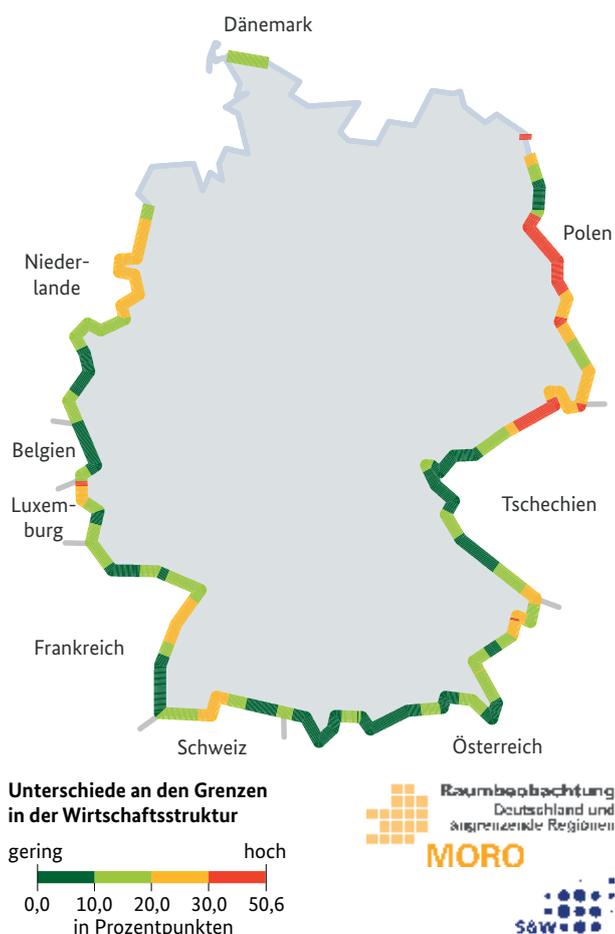
Die Arbeitsmärkte in Deutschland und seinen Nachbarländern sind sehr unterschiedlich ausgeprägt. Räumlich konzentrieren sich die Arbeitsplätze vor allem im Westen und Süden Deutschlands, in den Beneluxstaaten, der Schweiz sowie in einzelnen metropolitanen Wirtschaftszentren wie Kopenhagen, Hamburg, Berlin, Prag und Wien.

Zwar ist überall und tendenziell weiter zunehmend der überwiegende Teil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig, die Anteile der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftssektoren variieren jedoch (Abbildung 9.2). Insbesondere in Polen und Tschechien weichen die Beschäftigungsstrukturen von denen westeuropäischer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaften ab. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind die industrielle Verarbeitung und die

Dienstleistungsbranche von zentraler Bedeutung. Im Jahr 2014 waren gut 74 Prozent der Beschäftigten in Deutschland im Tertiärsektor, gut 24 Prozent im Sekundärsektor und lediglich 1,5 Prozent im Primärsektor tätig. Mit Ausnahme Österreichs haben alle anderen westeuropäischen Nachbarländer einen höheren Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor.

Die höchsten Beschäftigtenquoten in der Landwirtschaft von bis zu 20 Prozent finden sich in Polen und Österreich. In ländlich strukturierten Regionen im Norden und Süden Deutschlands, im südöstlichen Böhmen, in der Schweiz, in der Champagne, in der belgischen Provinz Luxemburg und in Teilen der Niederlande (z.B. Nordlimburg) liegt die Beschäftigtenquote im Primärsektor noch oberhalb von fünf Prozent.

Abbildung 9.1: Beschäftigtenstrukturen an den Grenzen im Jahr 2014

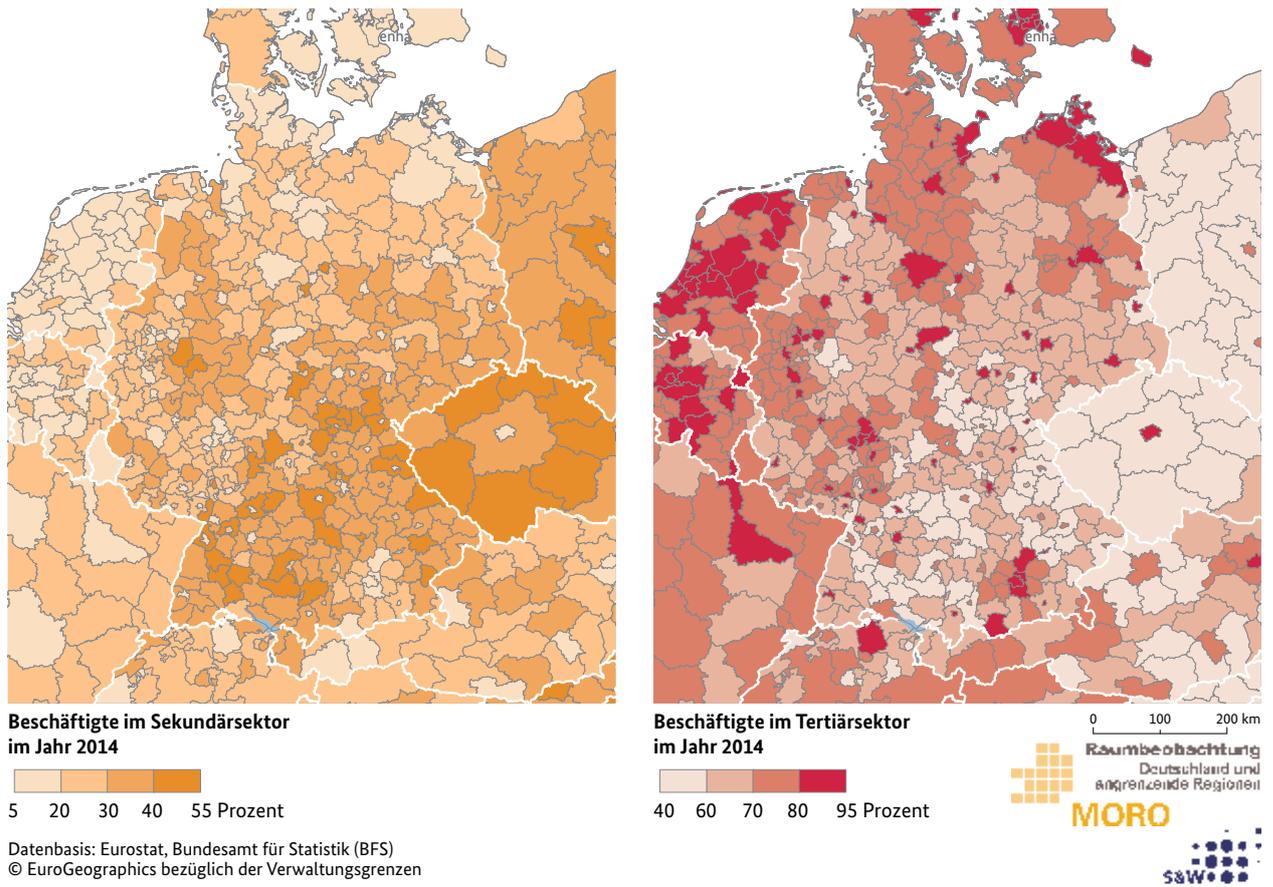


Darstellung: Aufsummierte Gesamtdifferenz der prozentualen Unterschiede der Beschäftigtenanteile in den Wirtschaftssektoren.
Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage von Eurostat, BFS und Nationale Statistische Ämter (LAU2)

Stark industriell und gewerblich geprägt sind der tschechische und der polnische Arbeitsmarkt. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten in Tschechien arbeitet im verarbeitenden Sektor, in Grenznähe ist der Anteil besonders hoch. In Polen ist die Beschäftigtenquote im Sekundärsektor in den Woiwodschaften Wielkopolskie (Großpolen) und Dolnośląskie (Niederschlesien) besonders hoch. In Deutschland sind fast ein Viertel der Beschäftigten dem produzierenden Gewerbe zuzuordnen. Vor allem im Westen und Süden Deutschlands ist der Arbeitsmarkt stark industriell und gewerblich geprägt, einhergehend mit einer hohen Innovationskraft mittelständischer Unternehmen. In Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern liegt die Beschäftigtenquote im Sekundärsektor in einer Vielzahl von Regionen bei mehr als 40 Prozent. Damit unterscheidet sich der deutsche Arbeitsmarkt erkennbar von dem in angrenzenden westlichen Regionen. In den westeuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands liegt der Anteil der Industriebeschäftigung deutlich niedriger als in Deutschland. Hieraus resultieren für fast alle Grenzregionen Deutschlands gegenüber dem benachbarten Ausland erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Beschäftigtenanteils im Sekundärsektor.

Im Dienstleistungssektor erreichten die Niederlande (83 %), Dänemark (81 %), Belgien (81 %), Luxemburg (80 %) und Frankreich (79 %) im Jahr 2014 eine höhere Beschäftigtenquote als Deutschland, während sie in Tschechien (60 %) und Polen (58 %) deutlich niedriger war. Noch höher als im jeweiligen Landesdurchschnitt lag die Beschäftigtenquote im Dienstleistungssektor in den Regionen, die verhältnis-

Abbildung 9.2: Anteil der Beschäftigten nach Wirtschaftssectoren in den Regionen im Jahr 2014



mäßig wenig produzierendes Gewerbe haben und zugleich bedeutende dienstleistungsintensive Wirtschafts- und Finanzzentren mit Verwaltungsfunktionen sind. Am Beispiel Prags wird sichtbar, dass Hauptstadtregionen gleichzeitig Dienstleistungsregionen sind. Die Divergenzen im Dienstleistungsanteil an der Gesamtbeschäftigung entlang der Grenzen spiegeln die nationalen Unterschiede wider. Dementsprechend haben die deutschen Grenzregionen zu Polen und zu weiten Teilen Tschechiens einen höheren Anteil an Dienstleistungsarbeitsplätzen als deren Grenzregionen. In nahezu allen anderen Grenzregionen ist dies umgekehrt, das heißt, dort verfügen die ausländischen Nachbarregionen über einen höheren Dienstleistungsanteil an allen Beschäftigten.

An den Grenzen unterscheiden sich die sektoralen Beschäftigtenstrukturen zum Teil deutlich, zum Teil ähneln sie sich aber auch (Abbildung 9.1). Dabei können sich zwei Effekte überlagern: Zum einen wird die regionale Beschäftigtenstruktur durch den nationalen Arbeitsmarkt beeinflusst, zum anderen wird die Wirtschaftsstruktur durch ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle bestimmt. Dies hat zur Folge, dass grenznah gelegene Städte mittlerer oder größerer Größe in der sektoralen Wirtschaftsstruktur eines Grenzraums zu einer Verstärkung der Unterschiede an den Grenzen beitragen können. Dies trifft beispielsweise mit Dresden für die deutsch-tschechische Grenze zu, während in den übr-

gen ländlich strukturierten Teilräumen zu beiden Seiten dieser Grenze – z.B. zwischen Tschechien und Bayern – trotz national unterschiedlicher Arbeitsmärkte kaum bis gar keine Unterschiede in der sektoralen Beschäftigtenstruktur bestehen. Grenznah gelegene Wirtschaftszentren können aber auch eine Angleichung der Beschäftigtenstrukturen bewirken, wie dies bei Stettin der Fall ist: Bezüglich der Wirtschaftsstruktur sind die Divergenzen an der deutschen Außengrenze im deutsch-polnischen Grenzkorridor am größten. Nur in der Region um Stettin mit ihrem überproportional hohen Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor ist die sektorale Beschäftigtenstruktur dies- und jenseits der Grenze ohne weitere Einschränkung vergleichbar.

10 Arbeitsmarkt und Erwerbslosigkeit

Die Arbeitsmärkte der einzelnen Länder entwickelten sich in den letzten Jahren sehr unterschiedlich. In Deutschland erreichte die Erwerbslosenquote ihren höchsten Stand im Jahr 2005 mit etwa zwölf Prozent. Seitdem ist sie nach einem nur kurzfristigen Anstieg im Jahr 2009 rückläufig. Aktuell befindet sich die Erwerbslosigkeit in Deutschland bei rund vier Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau. Nur in Tschechien war die Erwerbslosigkeit im Jahr 2016 ähnlich niedrig wie in Deutschland.

In den anderen Nachbarstaaten fiel die Quote höher aus. Mit Ausnahme Deutschlands, Tschechiens und Polens verschlechterte sie sich im Vergleich zum Jahr 2008 überall. In Frankreich betrug die Erwerbslosenquote 10,4 Prozent, sie war damit die höchste unter allen deutschen Nachbarstaaten. Mit einigem Abstand folgten Belgien (7,8 %), Luxemburg

(6,3 %), Polen und Dänemark (jeweils 6,2 %), die Niederlande und Österreich (jeweils 6,0 %) sowie die Schweiz (5,0 %).

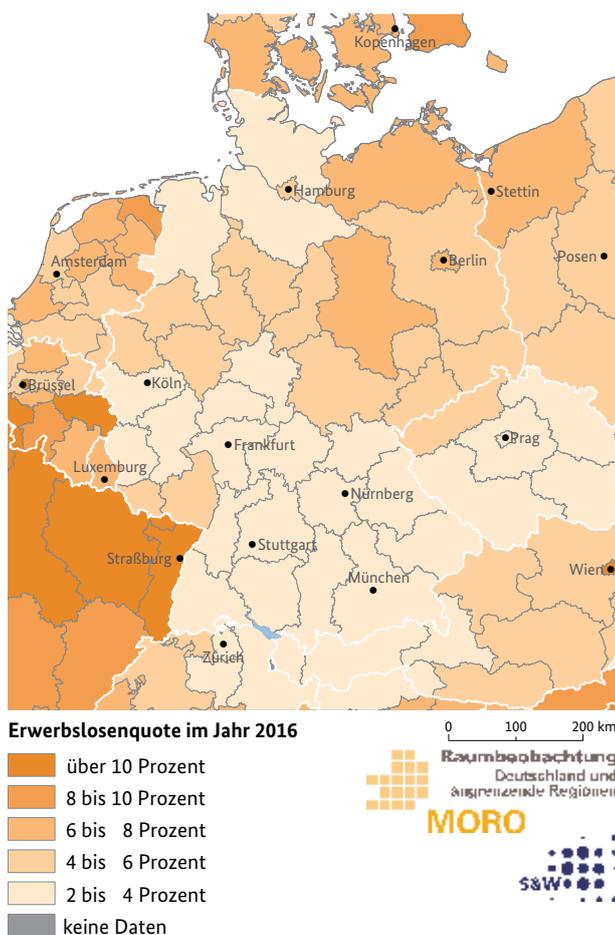
Polen erfuhr über die letzten Jahre die größten Schwankungen der Erwerbslosenquote. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union lag die Erwerbslosigkeit bei etwa 20 Prozent. Nach dem drastischen Rückgang in der Periode zwischen 2005 und 2008 und einem leichten Anstieg in den Jahren danach ging die Erwerbslosigkeit in Polen in den vergangenen drei Jahren stark zurück und liegt jetzt unter dem Niveau vieler Nachbarstaaten Deutschlands.

Zwischen Deutschland und den angrenzenden Regionen unterscheidet sich die Erwerbslosigkeit deutlich. Dabei wird das Niveau der regionalen Erwerbslosigkeit stark durch das allgemeine Niveau der jeweiligen Länder bestimmt, es differenziert sich innerhalb der Nationalstaaten aber weiter aus (Abbildung 10.1). In Süddeutschland sowie in Teilen von West- und Norddeutschland lag die Erwerbslosenquote im Jahr 2016 am niedrigsten – genauso wie im Osten der Schweiz, im Westen Österreichs und in weiten Teilen Tschechiens. Schon deutlich höher fiel sie in Ostdeutschland aus – und hier insbesondere in den Bundesländern Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

An der östlichen Grenze Deutschlands zu Polen und Tschechien sowie an der südlichen Grenze zu Österreich und zur Schweiz bewegt sich die Erwerbslosigkeit auf einem verhältnismäßig ähnlichen Niveau (Abbildung 10.2). Sehr deutlich sind dagegen die Unterschiede an der westlichen Außengrenze Deutschlands. Die Erwerbslosigkeit betrug im Nordosten Frankreichs und in der belgischen Provinz Lüttich über 10 Prozent, während sie sich in den benachbarten deutschen Grenzregionen nur zwischen 2,7 Prozent (Region Trier) und 4,9 Prozent (Saarland) bewegte. Die in den letzten Jahren konträre Entwicklung der Erwerbslosigkeit führte hier zu einem deutlichen Anstieg der Unterschiede beiderseits der Grenze. Etwas geringere, aber dennoch wahrnehmbare Unterschiede bei der Erwerbslosigkeit in den Grenzübereichen bestehen an den deutschen Grenzen zu Luxemburg, zum Nordosten der Niederlande und zu Dänemark (Abbildung 10.3).

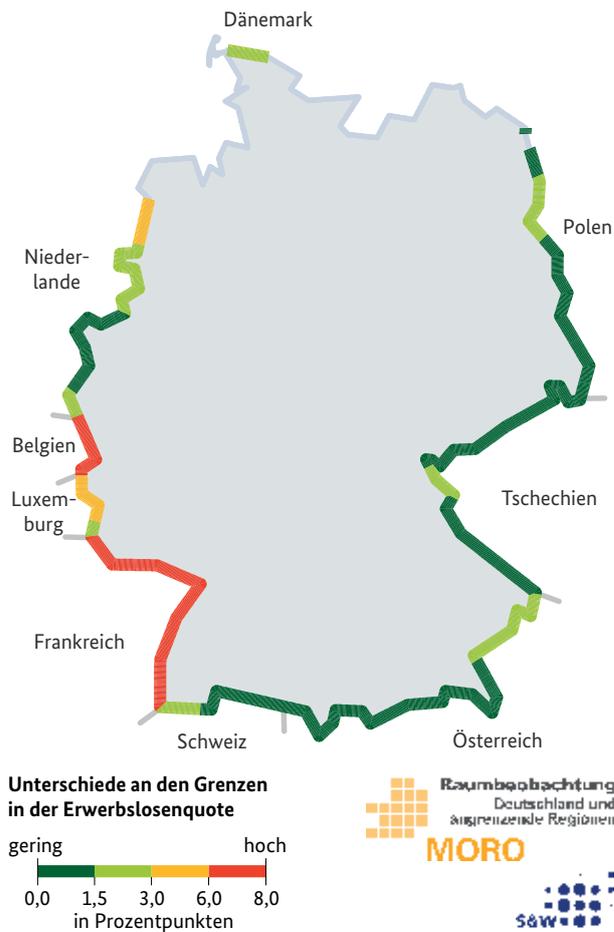
Grundsätzlich verlief die Entwicklung der Erwerbslosigkeit an der westlichen und südlichen Grenze Deutschlands in den letzten Jahren sehr gegensätzlich. Mit Ausnahme der Großregion Zürich stieg dort die Erwerbslosigkeit in allen

Abbildung 10.1: Erwerbslosigkeit in den Regionen im Jahr 2016



Datenbasis: Eurostat
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Abbildung 10.2: Unterschiede in der Erwerbslosigkeit an den Grenzen im Jahr 2016

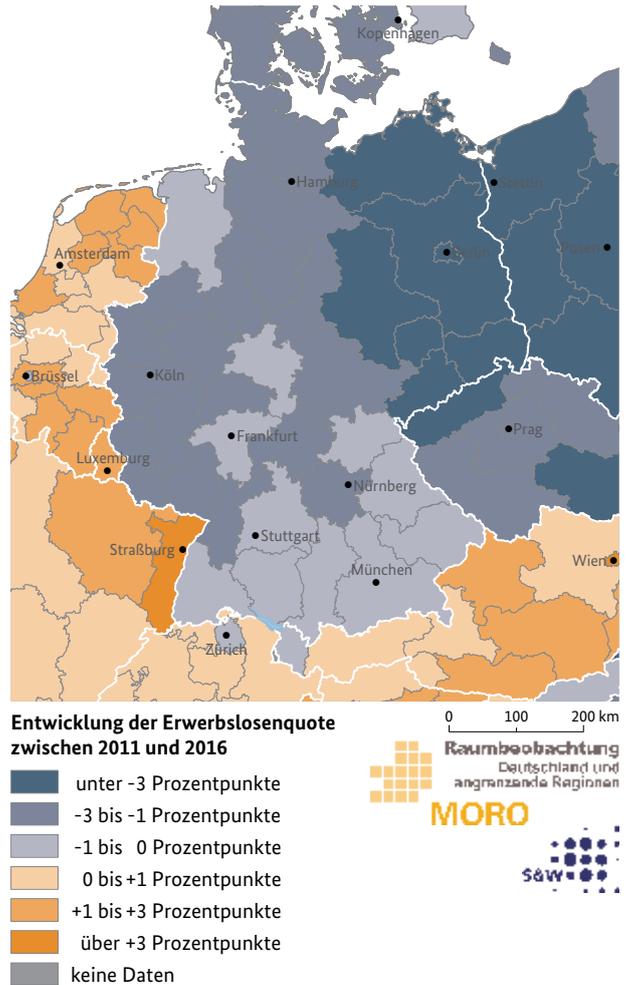


Datenbasis: Berechnung durch S&W auf der Grundlage von Eurostat und Nationale Statistische Ämter (LAU2)

Grenzregionen auf ausländischer Seite an – bei gleichzeitigem Rückgang auf deutscher Seite. An der nördlichen und östlichen Grenze Deutschlands ging die Erwerbslosigkeit in den Grenzräumen hingegen auf beiden Seiten zurück. Besonders stark fiel der Rückgang der Erwerbslosenquoten im Osten Deutschlands, im Westen Polens und im Nordwesten Tschechiens aus.

Der Nordwesten Polens bleibt dennoch, ebenso wie der französische Norden und die belgische Region Wallonie, von einer hohen Jugenderwerbslosigkeit betroffen; sie betrug im Jahr 2016 teils mehr als 20 Prozent. Im Vergleich zu seinen Nachbarländern weist Deutschland eine niedrige Jugenderwerbslosenquote auf. In Süddeutschland betrug sie im Jahr 2016 stellenweise sogar weniger als fünf Prozent.

Abbildung 10.3: Entwicklung der Erwerbslosigkeit in den Regionen zwischen 2011 und 2016



Datenbasis: Eurostat (NUTS 2), SI=NUTS 1
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

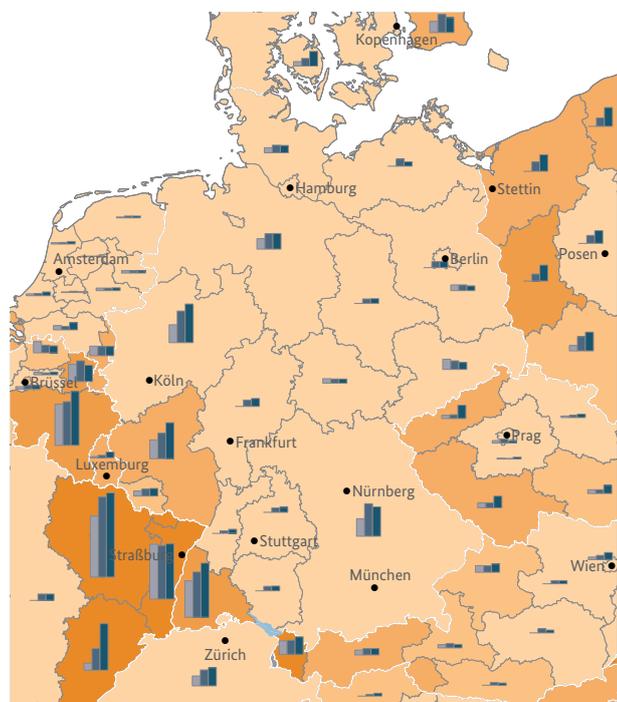
i
Erwerbslosigkeit

Daten zur Erwerbslosigkeit werden einheitlich nach dem Konzept der International Labour Organisation (ILO) der Vereinten Nationen erhoben. Damit ist die Erwerbslosigkeit international vergleichbar, weshalb dieses Konzept hier verwendet wird. Nach dem ILO-Konzept werden Arbeitssuchende – unabhängig von ihrer Registrierung bei den Arbeitsämtern – als erwerbslos gezählt; allerdings werden Personen schon ab einer Wochenstunde bezahlter Arbeit als erwerbstätig eingestuft. Die Arbeitslosigkeit nach der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt hingegen nur dort registrierte Arbeitslose und zählt Arbeitslose mit nur geringfügiger Tätigkeit nicht als Erwerbstätige. Die Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit fällt in der Regel höher als nach dem ILO-Konzept aus.

11 Grenzüberschreitende Arbeitsplatzpendler

Als Grenzgänger werden Personen bezeichnet, die zwischen dem Land, in dem sie ihren Wohnsitz haben, und dem Land, in dem sie arbeiten oder ihre Ausbildung machen, pendeln. Das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes und der freie Zugang zu einer Beschäftigung werden von der EU unterstützt. Seit dem 1. Mai 2011 können Arbeitnehmer aus Polen und Tschechien ohne Einschränkungen in Deutschland arbeiten. Staatsangehörige der Schweiz genießen innerhalb der EU ebenfalls zwischenstaatliche Freizügigkeit.

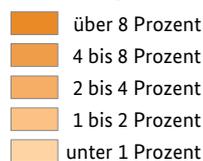
Abbildung 11.1: Grenzgänger in den Jahren 2006, 2011 sowie 2016 und Anteil an den Erwerbstätigen in den Regionen im Jahr 2016



Anzahl der Grenzgänger zwischen 2006 und 2016



Anteil der Grenzgänger an den Erwerbstätigen im Jahr 2016



Datenbasis: Eurostat, eigene Berechnung: Sachsen-Anhalt=2015, Mecklenburg-Vorpommern=2013, Thüringen=2011, Bremen/Hamburg keine absoluten Werte © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Wesentliche Faktoren für grenzüberschreitendes Pendeln sind die regional unterschiedlichen Arbeitsmöglichkeiten sowie die unterschiedlichen Gehälter und Lebenshaltungskosten. In Deutschland wohnt die Mehrheit der Grenzgänger in Grenznähe zur Schweiz, zu Luxemburg, Frankreich, den Niederlanden und Österreich. Die Gesamtzahl der im Jahr 2016 aus Deutschland auspendelnden Grenzgänger betrug 284.400 gemäß Eurostat (LFS). Das höchste Aufkommen an Grenzgängern zählte Frankreich mit 454.000 Personen, etwa ein Zehntel davon pendelte nach Deutschland. Danach folgten Polen (180.000), Belgien (109.000), Österreich (62.000), Tschechien (56.000) und die Niederlande (44.000). Vergleichsweise wenig Grenzgänger pendelten aus der Schweiz (22.000), Dänemark (18.000) und Luxemburg (7.000) aus.

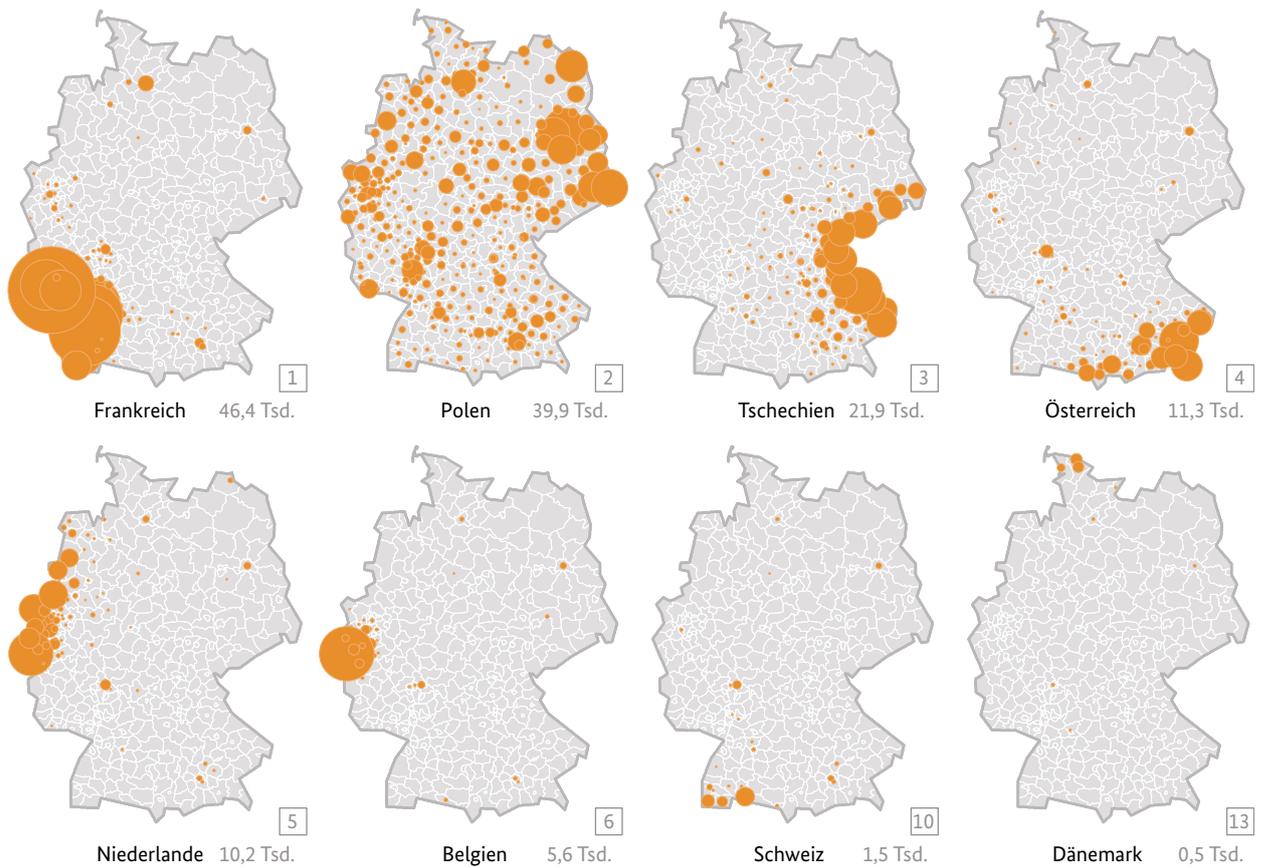
Ihre räumlichen Schwerpunkte hat die Grenzgängerbeschäftigung in der Großregion, entlang des Oberrheins und in der Schweiz (Abbildung 11.1). Hohe Anteile von Grenzgängern an den Erwerbstätigen am Wohnort zeigten sich im Jahr 2016 in den französischen Regionen Franche-Comté (11,2 %), Lothringen (11,1 %), Elsass (8,2 %) sowie in der österreichischen Region Vorarlberg (10,3 %). In Deutschland wurden ähnlich hohe Grenzgängeranteile kleinräumig in der Region Trier und am Oberrhein erreicht, nur etwas niedrigere Werte ansonsten noch im Saarland.

Wenn auch mit regionalen Unterschieden nahm die Gesamtzahl der Grenzgänger in den vergangenen fünf Jahren in allen Ländern zu. Das höchste relative Wachstum erfuhr Luxemburg, gefolgt von Dänemark, Tschechien, Polen und den Niederlanden. In Deutschland fiel der relative Anstieg des Grenzpendelns am niedrigsten aus, da sich die Anzahl der Grenzgänger nur im Westen erhöht hat.

Das höchste Aufkommen an Einpendlern aus dem Ausland hatte im Jahr 2016 die Schweiz (300.000). In das viel kleinere Luxemburg pendelten 180.000 Grenzgänger ein, das waren 42 Prozent der dort Beschäftigten. In Deutschland (164.000) und Österreich (148.000) blieb die Anzahl der Einpendler aus dem Ausland geringer.

Für Grenzgänger aus dem Ausland bietet Deutschland einen attraktiven Arbeitsmarkt. Bei niedriger Arbeitslosigkeit besteht ein zunehmender Bedarf an Arbeitskräften in Lehrberufen, etwa in der Alten- und Krankenpflege, im Gastronomie- und Beherbergungsgewerbe oder im Bauhandwerk. In

Abbildung 11.2: Nach Deutschland einpendelnde Grenzgänger nach Herkunftsländern in den Kreisen im Jahr 2016



Einpender nach Herkunftsländ im Jahr 2016



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit, nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, nur Werte > 9
© GeoBasis-DE/BKG 2017 bezüglich der Verwaltungsgrenzen



den östlichen Nachbarregionen in Polen und Tschechien, wo zudem die durchschnittlichen Löhne deutlich niedriger sind, nahm die Zahl der Grenzgänger nach Deutschland und deren Anteil an allen Erwerbstätigen spürbar zu.

Die größte Gruppe nach Deutschland einpendelnder Grenzgänger kommt aus Frankreich (Abbildung 11.2). Im Jahr 2016 wohnten 46.400 Grenzgänger in Frankreich und arbeiteten in Deutschland, unter ihnen etwa 13.000 deutsche Staatsbürger. Polen und Tschechien sind die nächstwichtigen Herkunftsländer; sie stellten im selben Jahr 39.900 bzw. 21.900 Grenzgänger. Aus diesen drei Nachbarländern zusammen kamen damit zwei Drittel der nach Deutschland einpendelnden Grenzgänger. Es folgten Österreich (11.300), die Niederlande (10.200) und Belgien (5.600). Aus der Schweiz (ca. 1.500), Dänemark (ca. 500) und Luxemburg (ca. 200) pendelte eine sehr geringe Anzahl von Grenzgängern nach Deutschland. Der Anteil von deutschen Staatsbürgern unter ihnen, die im Ausland leben und in Deutschland arbeiten, ist nicht bestimmbar. Es ist zu erwarten, dass fast überall ausländische Grenzgänger überwiegen; in einzelnen Nach-

barregionen (z.B. in Belgien) sind aber auch hohe Anteile dort wohnender Grenzgänger mit deutscher Staatsangehörigkeit zu vermuten.

Mit Ausnahme der Grenzgänger aus Polen konzentrieren sich die Arbeitsorte der Grenzgänger in Deutschland auf die grenznahen Gebiete. Die Zahl der aus dem Ausland in die grenzferneren wirtschaftsstarke Metropolregionen Hamburg, Berlin, Rhein-Ruhr, Frankfurt a.M. und München Einpendelnden ist verhältnismäßig gering. Das Pendlermuster der Grenzgänger aus Polen ist räumlich disperser: Einerseits lässt sich auch für sie eine Konzentration auf den grenznahen Raum einschließlich Berlin feststellen, andererseits pendelt ein nicht unerheblicher Teil der Grenzgänger aus Polen über lange Distanzen nahezu flächendeckend auch in andere Gebiete Deutschlands.

12 Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt im deutsch-niederländischen Grenzraum

Der deutsch-niederländische Arbeitsmarkt kann bei regionaler Betrachtung noch nicht als integriert bezeichnet werden. Dies trifft sowohl auf den Grenzraum zwischen Niedersachsen und den Niederlanden zu als auch auf den Grenzraum zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden. Im Folgenden wird dies beispielhaft am Ausbildungsgrad und an den Pendlerverflechtungen diskutiert.

Auf beiden Seiten der Grenze ist das Ausbildungsniveau jeweils niedriger als im Landesdurchschnitt (Abbildung 12.2). Insbesondere der Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften liegt unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Während in den Niederlanden 35,3 Prozent aller Arbeitskräfte hochqualifiziert sind, sind es auf niederländischer Seite in der Grenzregion zu Niedersachsen 28,1 Prozent und in der zu Nordrhein-Westfalen 32,5 Prozent. Auf deutscher Seite liegt der Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte in ganz Niedersachsen bei 23,8 Prozent, in der niedersächsisch-niederländischen Grenzregion aber nur bei 17,9 Prozent bzw. in Nordrhein-Westfalen bei 24,6 Prozent und in der nordrhein-westfälischen Grenzregion zu den Niederlanden bei 21,6 Prozent.

In den deutsch-niederländischen Grenzregionen besitzen vergleichsweise viele Arbeitskräfte eine mittlere Qualifizierung: In den Niederlanden sind es im Landesschnitt 41,1 Prozent und auf niederländischer Seite in der Grenzregion zu Niedersachsen 46,5 Prozent bzw. 43,3 Prozent zu Nordrhein-Westfalen. Auf deutscher Seite haben Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifizierung im niedersächsischen Landesdurchschnitt einen Anteil von 62,4 Prozent und von 67,9 Prozent in der Grenzregion zu den Niederlanden. Für Nordrhein-Westfalen lauten die Zahlen 57,3 Prozent für das Land und 60,3 Prozent in der Grenzregion zu den Niederlanden. Ähnlich verhält es sich bei den Geringqualifizierten, deren Anteil ebenfalls in den Grenzregionen tendenziell höher als im jeweiligen Landesmittel ausfällt.

Auf beiden Seiten der Grenze liegen in den Grenzregionen die relativen Ausbildungsniveaus unterhalb der jeweiligen Landesdurchschnitte. Dies entspricht der vergleichbaren räumlichen Struktur in diesen Regionen, welche größtenteils durch ländliche Räume mit vereinzelt Ballungszentren geprägt ist. An den Fachhochschul- und Universitätsstandorten liegen die Anteile der Hochqualifizierten auch über dem jeweiligen regionalen Schnitt.

Die Zahl der Personen, die in den Niederlanden wohnen und in der niedersächsischen Grenzregion arbeiten, ist äußerst gering (Abbildung 12.1): Im Jahr 2014 waren es weniger als 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. 0,3 Prozent. Umgekehrt arbeiteten rund 10.000 Arbeitnehmer aus Deutschland in der niederländischen Grenzregion, was 1,7 Prozent der dort tätigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprach. Ursachen für das letztlich geringe Ausmaß der grenzüberschreitenden Arbeit sind schwierig festzustellen. Abgesehen von sprachlichen, juristischen und administrativen Hürden gilt für Niedersachsen, dass es im Westen keine großen grenznahen Ballungsgebiete hat, der Grenzraum eher dünn besiedelt ist und lange Anfahrtswege zu Arbeitsstellen weiter im Hinterland unattraktiv sind.

Abbildung 12.1: Grenzpendler am Arbeitsort an der deutsch-niederländischen Grenze im Jahr 2014

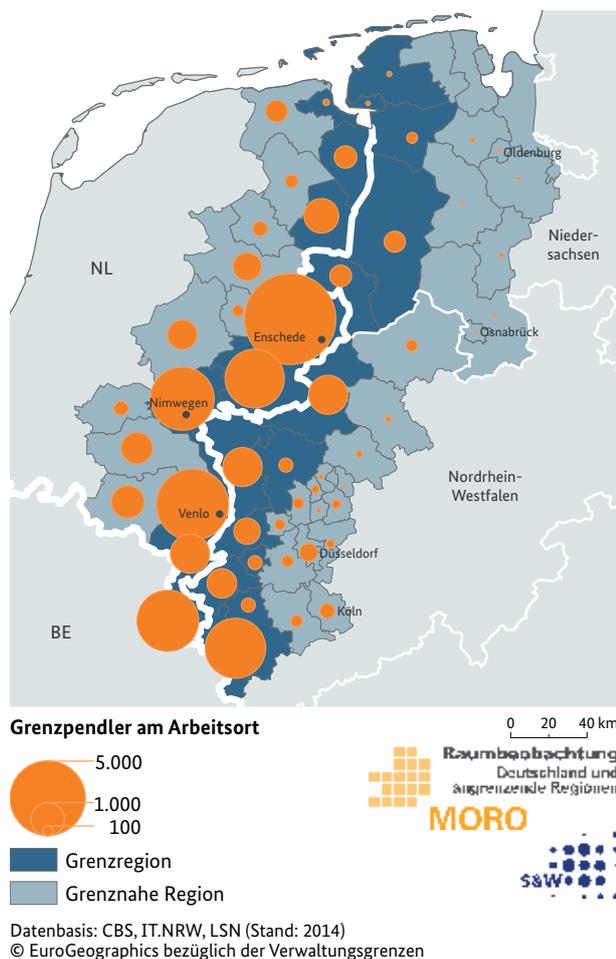
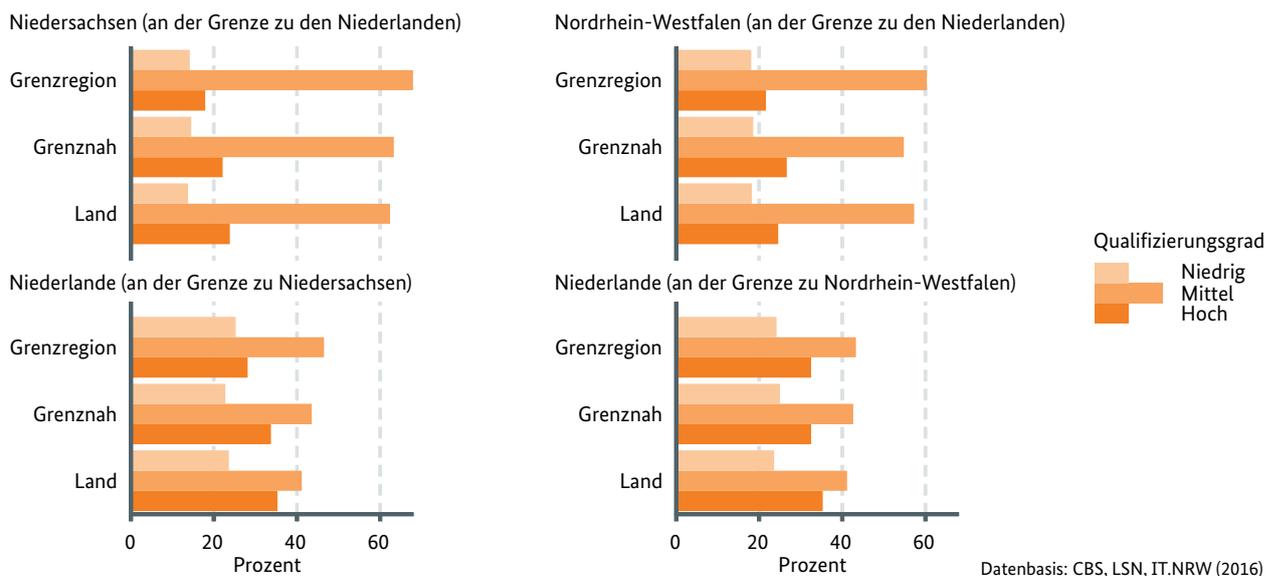


Abbildung 12.2: Qualifizierungsniveaus im Grenzraum zwischen Niedersachsen und den Niederlanden (links) und im Grenzraum zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden (rechts)



Ein weiterer Grund für die geringen Grenzpendlerzahlen könnte sein, dass Personen, die auf der anderen Seite der Grenze arbeiteten, auch ihren Wohnsitz dorthin verlegt hatten. Tatsächlich gilt dies aber nur für wenige Personen. So lag der Anteil der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in der niederländischen Grenzregion wohnten und arbeiteten, 2014 bei lediglich 0,3 Prozent der Beschäftigten. Der Anteil der Personen mit niederländischer Staatsangehörigkeit, die in der niedersächsischen Grenzregion wohnten und arbeiteten, lag ebenfalls bei nur 0,5 Prozent.

Grenzgänger aus Deutschland in die Niederlande haben hauptsächlich die niederländische Staatsangehörigkeit. Ihr Anteil an allen Grenzpendelnden beträgt in der niedersächsischen Grenzregion mehr als 60 Prozent. Dies sind wahrscheinlich im hohen Maße Personen, die aus den Niederlanden nach Deutschland eingewandert sind, ihre Arbeitsstelle in den Niederlanden jedoch behalten haben. Umgekehrt gibt es nur verschwindend wenige deutsche Arbeitnehmer, die in den Niederlanden wohnen und in ihrem Heimatland arbeiten.

Die Zahl der Grenzpendler aus den Niederlanden nach Nordrhein-Westfalen ist zwischen 2012 und 2014 um 3 Prozent leicht gestiegen. Im selben Zeitraum sank die Zahl von Personen, die in Nordrhein-Westfalen wohnten und in den Niederlanden arbeiteten, um 8 Prozent. Grenzpendler aus Nordrhein-Westfalen in die Niederlande bilden weiterhin das Gros: Im Jahr 2014 waren es knapp 27.000 Personen, in die entgegengesetzte Richtung hingegen nur ca. 9.350. Große Zuwächse an Einpendlern aus dem Nachbarland erfuhren jüngst die Kreise Borken (+16 %), Steinfurt (+35 %) sowie die Städte im Ruhrgebiet (+19 %). Die niederländische

Grenzregion zieht – abgesehen von den Städten Arnheim und Nimwegen sowie dem Teilgebiet Süd-Limburg der Provinz Limburg – inzwischen weniger Arbeitnehmer aus Deutschland an.

Bei näherer Betrachtung der Arbeitsregionen zeigt sich, dass auf niederländischer Seite die Regionen Twente und Achterhoek einen relativ hohen Anteil von Grenzpendlern aufweisen. Es ist zu vermuten, dass dies in den traditionell starken grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen und der grenznahen Ansiedlung von Unternehmen begründet liegt. Da beide Regionen sich in Nachbarschaft zu Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen befinden, sind Aussagen darüber, ob die dorthin Pendelnden in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen wohnen, unsicher.

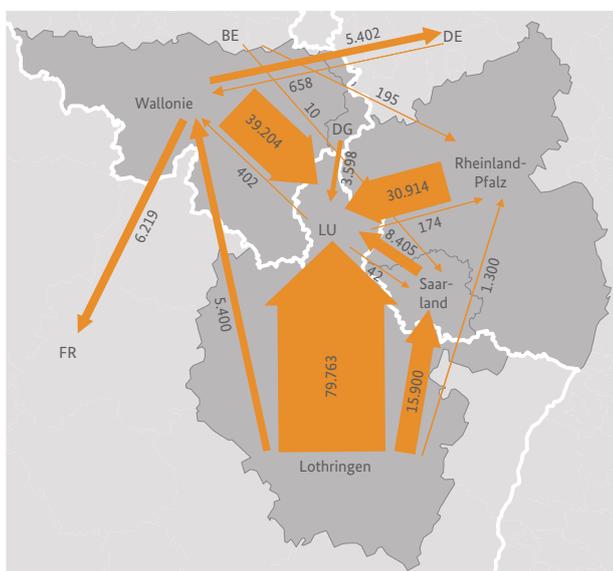
Die geringe Gesamtzahl der Grenzpendler an der deutsch-niederländischen Grenze lässt sich vor allem auf Unterschiede, zum Teil sogar Unvereinbarkeit, in sprachlichen, juristischen und administrativen Bereichen zurückführen.

13 Pendlerverflechtungen in der Großregion

Die Zahl der Berufspendler aus der Großregion, die täglich nationale Grenzen überschritten, belief sich im Jahr 2015 auf insgesamt 194.700 Personen. Von diesen pendelten ca. 80 Prozent ins Großherzogtum Luxemburg (158.300 Berufspendler), die vor allem aus Lothringen (79.800) sowie aus Rheinland-Pfalz (30.900), der Wallonie (39.200) und dem Saarland (8.400) kamen (Abbildung 13.1). Der attraktive Arbeitsmarkt des Großherzogtums Luxemburg ist die Ursache für dieses Mobilitätsverhalten.

Die gegengerichteten Grenzgängerströme aus Luxemburg heraus waren, soweit erfasst, äußerst gering: So pendelten im Jahr 2015 lediglich 40 Luxemburger ins Saarland. Lothringen kam mit 102.400 Personen auf die mit Abstand größte Anzahl an auspendelnden Grenzgängern, von denen 15.900 Personen ins Saarland zu ihrem Arbeitsplatz fahren, das somit nach Luxemburg das zweitwichtigste Ziel für Grenzpender in der Großregion ist.

Abbildung 13.1: Grenzpenderströme in der Großregion im Jahr 2015



Grenzpenderströme in der Großregion im Jahr 2015



Darstellung nach Berechnungen IBA/OIE
Datenbasis: BA, IGSS, INAMI, INSEE (Schätzungen)
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Das Obere Moseltal bildet den engeren Verflechtungsbe- reich der Berufspendler zwischen Deutschland und Luxem- burg. Die Städte Luxemburg mit ca. 150.000 Arbeitsplätzen und Trier mit knapp 54.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sind die Wirtschaftszentren. Bedeutende Arbeitsplatzstandorte finden sich zudem in den Mittelzen- tren Wittlich (13.280), Bitburg (10.460) und Merzig (10.120 Arbeitsplätze).

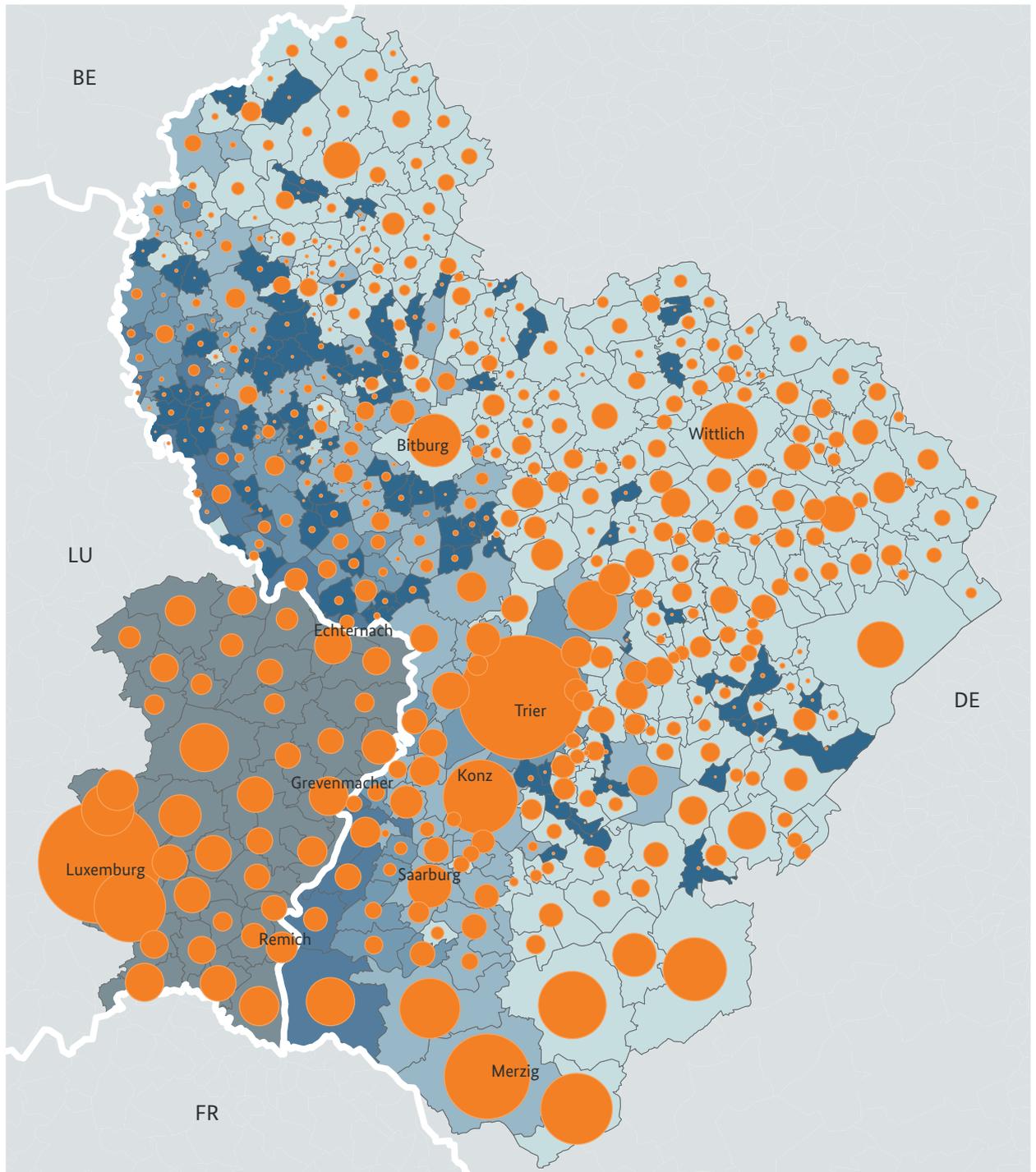
Abbildung 13.2 zeigt die absolute Zahl der Berufsauspendler pro Gemeinde sowie den jeweiligen Anteil der Grenzpendler von Deutschland nach Luxemburg. Berufsauspendler sind Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen. Die ab- soluten Berufsauspendlerzahlen enthalten auch die Grenz- pendler, im deutschen Teil jedoch nur die nach Luxemburg.

Als größte Gemeinde auf deutscher Seite verzeichnet Trier mit 15.300 Personen die meisten Berufsauspendler. Die Stadt Luxemburg liegt mit 14.700 Berufsauspendlern fast gleichauf. Beide Städte sind jedoch primär Einpendler- städte, da die Zahl der Einpendler die der Auspendler bei weitem übersteigt. Im Luxemburger Teilraum liegen die Auspendlerzahlen je Gemeinde zwischen 271 und 14.700, wobei die Grenzpenderler daran nur einen unbedeutenden Anteil haben, im deutschen Teilraum zwischen Null und 15.300. Die Gemeinden mit geringen Auspendlerzahlen be- finden sich vor allem im nördlichen deutschen Teilgebiet, im Hunsrück und im Mosel-Saargau.

Im Prinzip sind die räumlichen Verflechtungen ins Großher- zogtum Luxemburg umso höher, je näher eine Gemeinde an der Grenze zu Luxemburg liegt. Der prozentuale Anteil der Berufsauspendler nach Luxemburg an der Gesamtzahl der Auspendler beträgt gerade in kleinen Gemeinden in der Eifel und im Hunsrück weit über 80 Prozent. Liegen Ge- meinden weiter als 20 Kilometer von der Grenze entfernt, kommen sie nur noch selten auf Auspendleranteile nach Luxemburg von mehr als 20 Prozent.

Die größten Pendlerströme fließen aus den saarländischen Gemeinden und aus Trier nach Luxemburg. In absoluten Zahlen sind es von Trier aus 6.830 Einwohner, das heißt fast die Hälfte aller Auspendler, die ins Großherzogtum Luxem- burg zur Arbeit pendeln. Vom Grenzort Perl fahren mit etwa 1.600 von 2.340 Auspendlern deutlich mehr Berufstä- tige ins Ausland nach Luxemburg als in andere Gemeinden im deutschen Inland.

Abbildung 13.2: Auspendler über Gemeindegrenzen und Grenzpendler im oberen Moseltal



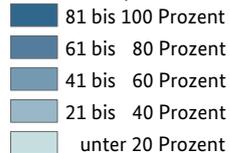
Auspendler über Gemeindegrenzen

DE: nur innerhalb DE und nach LU



Grenzpendler nach LU

Anteil an Auspendlern



0 5 10 km

Raumbewachung
Deutschland und
angrenzende Regionen

MORO

agl | agl Hartz • Saad • Wendt
Landschafts-, Stadt- und Raumplanung

Datenbasis: STATEC, IGSS, Bundesagentur für Arbeit
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

14 Pendlerverflechtungen in der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA

Die Euroregion PRO EUROPA VIADRINA ist eine der vier Euroregionen entlang der deutsch-polnischen Grenze. Auf deutscher Seite befindet sie sich im Osten des Bundeslandes Brandenburg, auf polnischer Seite im nördlichen Teil der Woiwodschaft Lubuskie. Die Euroregion liegt geografisch zwischen den Metropolen Berlin im Westen, Stettin im Norden und Posen im Osten.

Abbildung 14.2 zeigt die innerstaatlichen Pendlerverflechtungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf beiden Seiten der Grenze im Jahr 2011 für Pendlerströme ab 75 Personen. Die Pendlerverflechtungen bilden die Arbeitsplatzzentralität der Kommunen und die Einzugsgebiete der Ober- und Mittelzentren ab. Auffällig ist die Dominanz Berlins. In den vergangenen Jahren nahmen die Pendlerbeziehungen mit Berlin in beide Richtungen sogar noch zu. Die Zahl der Auspendler aus dem deutschen Teil der Euroregion nach Berlin liegt nun bei ca. 39.400, die Zahl der Pendler aus Berlin in die Region bei ca. 12.750 Personen. Innerhalb der Euroregion treten die Achsen zwischen Frankfurt (Oder), Fürstenwalde/Spree und Berlin sowie zwischen Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt als wichtige Pendlerkorridore hervor.

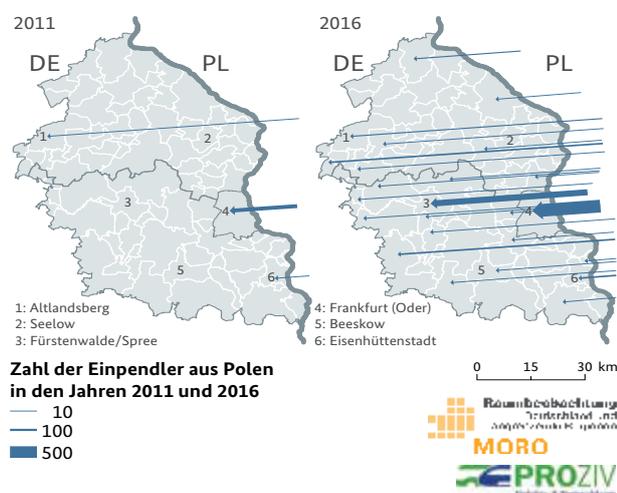
Im polnischen Teil der Euroregion hat Gorzów Wielkopolski die höchste Zentralität. Umfangreiche Pendlerbeziehungen bestehen mit Zielona Góra, neben Gorzów Wielkopolski eine der beiden Hauptstädte der Woiwodschaft Lubuskie. Tangentiale innerregionale Verflechtungen auf beiden Seiten der Grenze existieren zwar auch, sind jedoch schwächer ausgeprägt. Trotz annähernd gleicher Einwohnerzahlen auf deutscher und polnischer Seite ist im deutschen Teil der Euroregion die Zahl der Personen größer, die zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Allerdings ist eine direkte Vergleichbarkeit aufgrund der methodischen Besonderheiten bei der Erfassung der Pendlerdaten in Deutschland (über die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit) und in Polen (über den Polnischen Mikrozensus) nur eingeschränkt gegeben.

Mit dem Beitritt Polens in die Europäische Union im Jahr 2004, der Aufnahme in den Schengenraum im Jahr 2007 und der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem Jahr 2011 wurden auch die politischen Weichen für eine rasante Entwicklung wechselseitiger grenzübergreifender Ver-

kehrsverflechtungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet gestellt. Die Entwicklung der Einpendlerzahlen aus Polen in den deutschen Teil der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA veranschaulicht Abbildung 14.1. Dargestellt sind Pendlerströme ab 10 Personen, wobei die derzeit vorliegenden Datenquellen noch keine Zuordnung des polnischen Wohnorts ermöglichen. Daten zu Grenzgängern in Gegenrichtung, also aus Deutschland nach Polen, lagen ebenfalls noch nicht vor. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die aus Polen in den deutschen Teil der Euroregion einpendelten, stieg zwischen den Jahren 2011 und 2016 von 198 auf 1.576 und damit um fast 800 Prozent. Während im Jahr 2011 in nur drei Kommunen mehr als zehn Arbeitnehmer aus Polen beschäftigt waren, gilt dies nunmehr für 24 Gemeinden und damit für große Gebiete im deutschen Teil der Euroregion. Hauptarbeitsorte sind Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde/Spree.

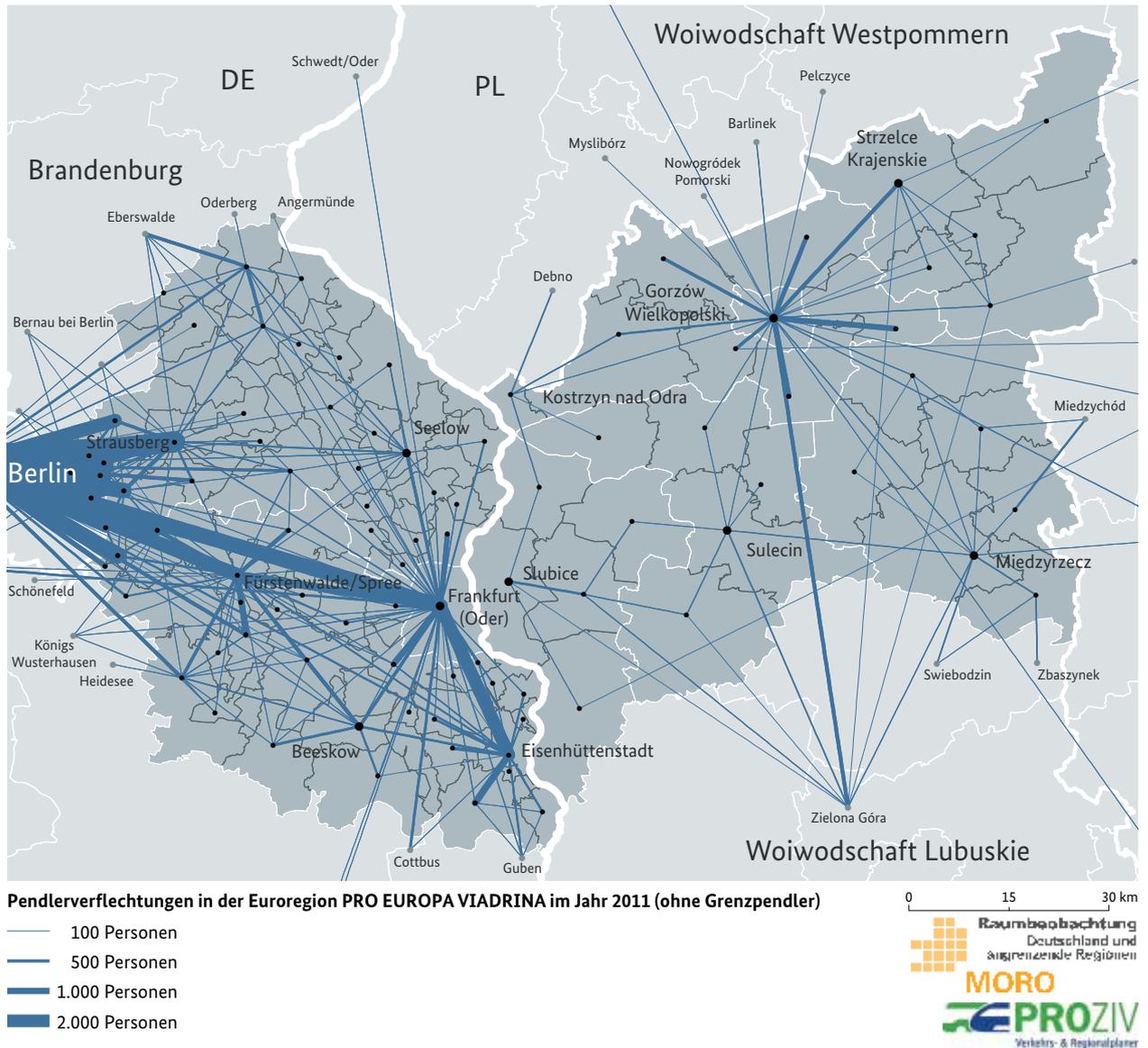
Zudem wirken sich deutlich steigende Zahlen von Transitzugspendlern spürbar auf die Nutzungsintensität der verkehrlichen Infrastrukturen in der Region aus. Die Zahl stieg beispielsweise zwischen Polen und Berlin von 65 im Jahr 2011 auf 2.132 im Jahr 2016. Hierbei zeigt bereits der Anstieg um 50 Prozent, der von 2015 auf 2016 registriert wurde, den großen Handlungsdruck im Verkehrsbereich. Auch der

Abbildung 14.1: Entwicklung der Einpendlerzahlen aus Polen in den deutschen Teil der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA 2011-2016



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit 2011-2016, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, ab 10 Personen
Verwaltungsgrenzen: Euroregion PRO EUROPA VIADRINA

Abbildung 14.2: Pendlerverflechtungen in der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA auf deutscher und polnischer Seite (ohne grenzüberschreitende Pendlerverflechtungen) im Jahr 2011



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit 2011 (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte), Główny Urząd Statystyczny, NSP 2011, Darstellung ab 75 Personen in beiden Richtungen
Verwaltungsgrenzen: Euroregion PRO EUROPA VIADRINA

Schwerlastverkehr von Gütern auf der Autobahn A2/A12 nahm in den Jahren von 2010 bis 2015 um 25 Prozent zu. Zudem reisen jährlich etwa 2 Millionen Fluggäste der Berliner Flughäfen aus Polen an, insbesondere aus den direkt benachbarten Woiwodschaften.

Staus auf der Autobahn A2/A12 und der Überlastung von Zugverbindungen auf den Linien Berlin – Frankfurt (Oder) – Rzepin (– Zielona Góra – Wrocław) – Poznań – Warszawa bzw. Berlin – Kostrzyn nad Odrą – Gorzów Wielkopolski und der Suche nach möglichen verkehrspolitischen Lösungen.

Die Entwicklung der Zahl und Verteilung der Arbeitsorte sowie der Transitpendler bewirkt, dass alle grenzübergreifenden Verkehrsverbindungen (Straßen, Schiene, Bus nur Frankfurt (Oder) und Słubice) zunehmend genutzt werden. Angesichts dieser Veränderungen stehen die regionalen bis nationalen Baulastträger für alle Verkehrswege vor großen Herausforderungen. In der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA befasst man sich in einem grenz- und verkehrsträgerübergreifenden Ansatz intensiv mit der Häufung von



15 Nationale und internationale Erreichbarkeit

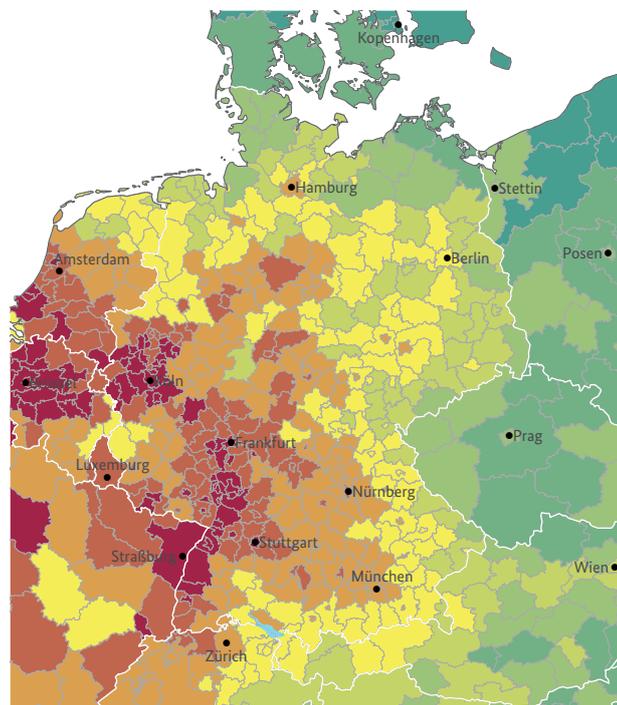
Erreichbarkeit ist ein multidimensionales Konzept mit vielen Facetten, Konzepten und Definitionen. „Die“ Erreichbarkeit gibt es nicht. Vielmehr sind für jede Fragestellung kontextbezogene Erreichbarkeitsindikatoren zu definieren, die den jeweiligen Kontext widerspiegeln.

Erreichbarkeit ist auch ein ökonomischer Standortfaktor. Solche wettbewerbsbezogenen Erreichbarkeiten in den Regionen Deutschlands und den angrenzenden Ländern zeigt Abbildung 15.1 für den Eisenbahnverkehr. Die Erreichbarkeitsmuster werden maßgeblich vom europäischen Hochgeschwindigkeitsverkehr der Eisenbahn bestimmt. Städte und Regionen entlang der Rheinschiene in Deutschland sowie die Metropolen in Belgien und Frankreich haben die höchsten europäischen Erreichbarkeitspotenziale. Hohe Potenziale erreichen auch Regionen in der Schweiz und den Niederlanden. Alle deutschen Regionen (außer im Norden

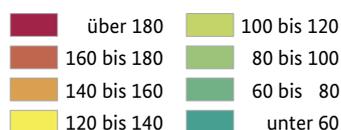
und Nordosten des Landes) erzielen Erreichbarkeitswerte oberhalb des europäischen Durchschnitts. Darunter liegen alle Regionen der nördlichen und östlichen Nachbarländer Deutschlands. Die Erreichbarkeit von Grenzregionen ergibt sich aus ihrer Lage im Eisenbahnnetz, insbesondere in Relation zu den Hochgeschwindigkeitsstrecken. Die Grenzregionen im Westen und Südwesten Deutschlands haben Erreichbarkeitswerte, die zu den höchsten in ganz Europa zählen.

Anders sieht es aus, wenn die zu erreichenden Gelegenheiten auf Regionen im jeweils eigenen Land beschränkt sind (Abbildung 15.2). Die nationale Erreichbarkeit strukturiert den Raum ganz anders. Nahezu alle Grenzregionen sind als peripher zu betrachten; Ausnahmen bilden wegen ihres hohen Eigenpotenzials die Grenzregionen im Westen von Nordrhein-Westfalen und am Oberrhein.

Abbildung 15.1 Erreichbarkeitspotenzial europäisch im Jahr 2014

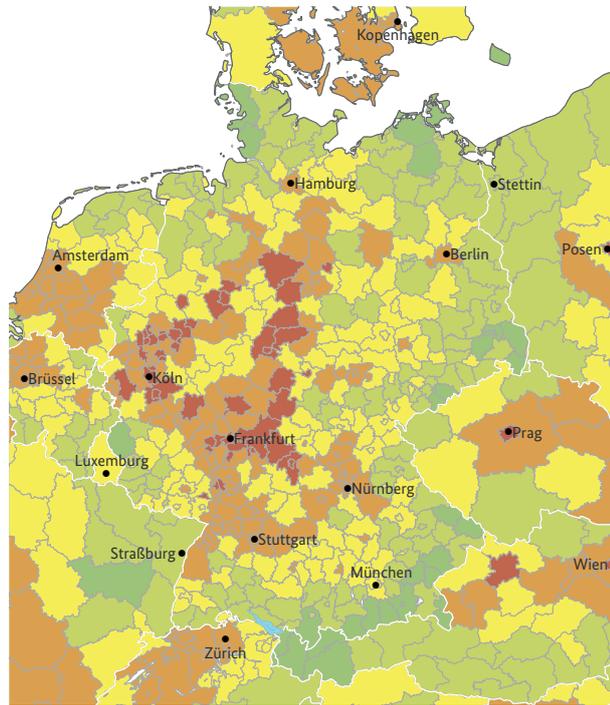


**Europäisches Erreichbarkeitspotenzial
Schienenverkehr im Jahr 2014
(ESPN = 100)**

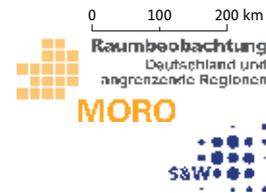
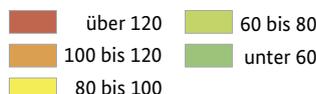


Datenbasis: S&W Erreichbarkeitsmodell
auf der Grundlage von RRG GIS Database, 2014
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Abbildung 15.2 Erreichbarkeitspotenzial national im Jahr 2014



**Nationales Erreichbarkeitspotenzial
Schienenverkehr im Jahr 2014
(Länder = 100)**



Datenbasis: S&W Erreichbarkeitsmodell
auf der Grundlage von RRG GIS Database, 2014
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Abbildung 15.3 Pkw-Fahrzeit zum nächsten Flughafen im Jahr 2017

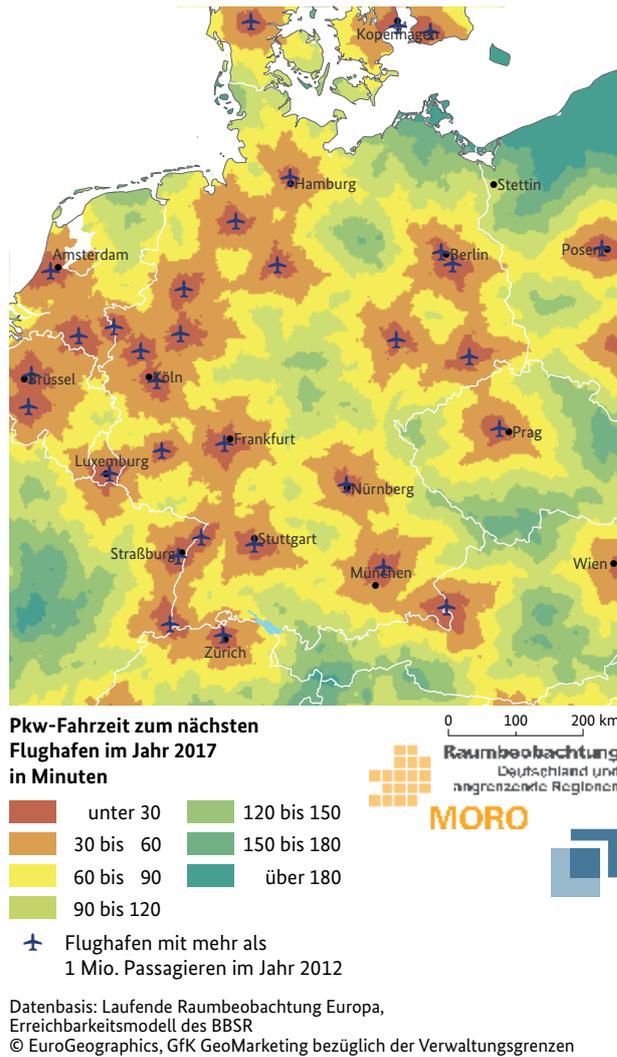
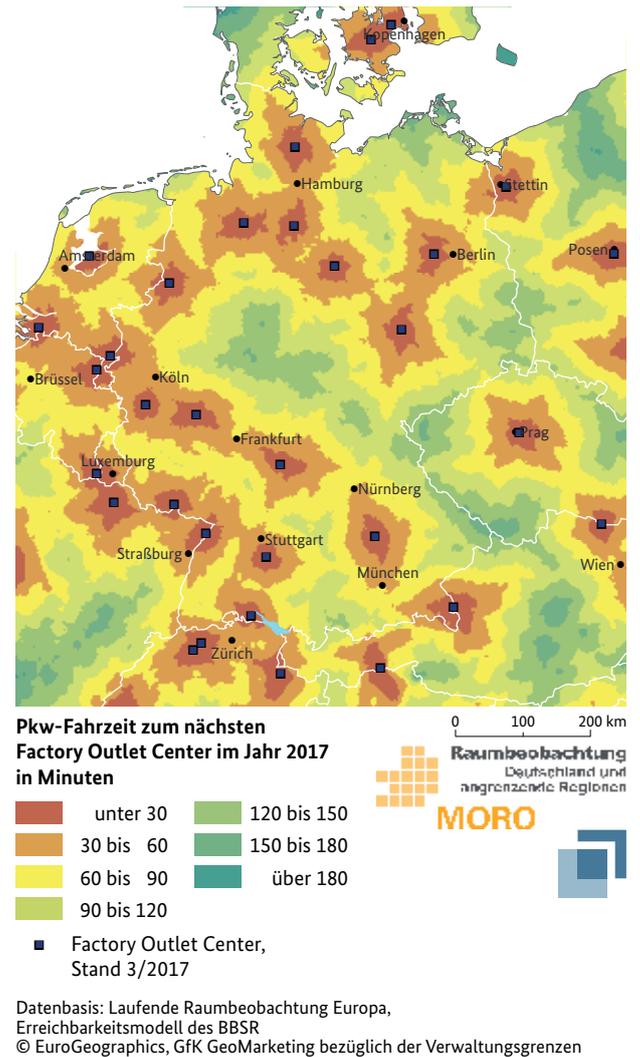


Abbildung 15.4 Pkw-Fahrzeit zum nächsten Factory Outlet Center im Jahr 2017



Eine andere Form der Erreichbarkeit ist die Reisezeit zum nächsten Flughafen mit attraktivem Flugangebot (Abbildung 15.3). Von den allermeisten Regionen aus ist ein Flughafen mit einem Passagieraufkommen von über 1 Mio. Fluggästen in weniger als 90 Minuten Pkw-Fahrzeit zu erreichen. Regionen, die bezogen auf die Flughafenzugänglichkeit als peripher zu werten sind, sind in Deutschland auch in der Mitte des Landes (entlang der früheren innerdeutschen Grenze) sowie insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern sichtbar. Grenzregionen im Westen und Süden Deutschlands verfügen über eine gute Zugänglichkeit zu Flughäfen. In vielen dieser Grenzregionen liegt der am besten erreichbare Flughafen nicht im eigenen Staatsgebiet, sondern im Nachbarland. Dagegen sind einige Grenzregionen im deutsch-österreichischen, bayrisch-tschechischen und insbesondere im deutsch-polnischen Bereich deutlich weiter von Flughäfen entfernt. In diesen Gebieten beträgt vor allem die Reisezeit auf der Seite der Nachbarländer Deutschlands häufig zwei Stunden und mehr.

Factory Outlet Center sind eine besondere Angebotsform im Einzelhandel, die sich häufig bewusst Standorte in Grenzgebieten suchen, um den Markt im jeweils anderen Land mit bedienen zu können. So ergibt sich in den meisten Grenzregionen im Norden, Westen und Süden Deutschlands eine relativ geringe Reisezeit zu diesen Einrichtungen, während ein breiter Korridor in der Mitte Deutschlands viel weiter entfernt liegt (Abbildung 15.4). Dies gilt auch für Grenzregionen mit Tschechien und Polen, von denen aus häufig zwei oder sogar über drei Stunden Pkw-Fahrzeit zu einem Factory Outlet Center anzusetzen sind.

16 Tourismus in der Vierländerregion Bodensee

Die internationale Bodenseeregion zählt zu den bekanntesten Tourismusdestinationen im deutschsprachigen Raum. Aktuelle Erhebungen zeigen, dass der Bodensee regelmäßig unter den Top Ten der bekanntesten Ferienziele in Deutschland ist. Der Bodensee ist auch als touristische Marke überregional bekannt und zahlreiche Personen waren bereits in der Region zu Gast: Fast 90 Prozent der Deutschen kennen den Bodensee oder haben sich bereits einmal in der Bodenseeregion aufgehalten.

Der Tourismus in der Bodenseeregion kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte der Bodenseetourismus eine erste Blüte und bereits damals wurde in Tourismusfragen über Grenzen hinweg zusammengearbeitet. Seinerzeit entstanden die ersten gemeinsamen Vermarktungsorganisationen für den Bodenseetourismus, die – wenn auch in neuer Form – heute noch Bestand haben. Ebenfalls damals wurde bereits eine Abstimmung der touristischen Angebote über die Grenzen hinweg vorgenommen. So wurde im Jahr 1857 die sogenannte „Weiße Flotte“ gegründet, in der die nationalen Schifffahrtsgesellschaften auf dem Bodensee ihre Linien und Preise über die Grenzen hinweg miteinander abstimmen und einen gemeinsamen Fahrplan aufstellen. Diese Zusammenarbeit funktioniert immer noch, auch wenn die früher öffentlichen Schifffahrtsgesellschaften heute privatisiert sind. Aktuell werden mit den Schiffen der „Weißen Flotte“ auf dem Bodensee jährlich rund vier Millionen Passagiere transportiert.

Die internationale Bodenseeregion wird jedes Jahr von mehreren Millionen Gästen besucht, von denen rund zwei Drittel aus Deutschland kommen. Allein im Jahr 2015 wurden von diesen Personen über elf Millionen Logiernächte generiert^[1]. Die Region ist aber nicht nur für die „klassischen“ Feriengäste attraktiv, sondern wird jährlich auch von 20 bis 25 Millionen Tagesgästen besucht, und auch die rund vier Millionen Menschen, die in dem Raum leben, nutzen den Bodensee zu Erholungszwecken und für Freizeitaktivitäten. Die Tagesgäste, die Einheimischen und auch die Übernachtungsgäste konzentrieren ihre Aktivitäten vor allem an

[1] Die statistischen Daten aus den einzelnen Nationalstaaten wurden hier entsprechend den Vorgaben der Statistikplattform Bodensee harmonisiert, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. Die tatsächlichen Übernachtungszahlen sind höher, da beispielsweise die Übernachtungen in Privatquartieren oder privaten Ferienwohnungen hier nicht eingerechnet wurden.

Attraktionsorten in unmittelbarer Nähe des Sees. Hierzu zählen zum Beispiel die Insel Mainau, die Pfahlbauten in Unteruhldingen oder die Insel Reichenau und natürlich die städtischen Gemeinden wie Konstanz, Lindau, Meersburg oder Überlingen. Allein für die Stadt Konstanz wird von rund sechs Millionen Tagesbesuchern pro Jahr ausgegangen.

Der Tourismus am Bodensee findet bislang vor allem auf der deutschen Uferseite statt (Abbildung 16.1). Dort wurden im Jahr 2015 ca. 55 Prozent aller Übernachtungen generiert. Auch die Tourismusintensität, das heißt die Anzahl an Übernachtungen je Einwohner, liegt hier weit über dem Durchschnitt. Die schweizerische Südseite des Bodensees ist hingegen touristisch bislang wenig intensiv genutzt. Die ausgeprägten niedrigen Gästezahlen zeigen dies deutlich, aber auch die bisher nur begrenzt vorhandenen Übernachtungskapa-

Abbildung 16.1: Anzahl der Logiernächte in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben in den Gemeinden im Jahr 2015

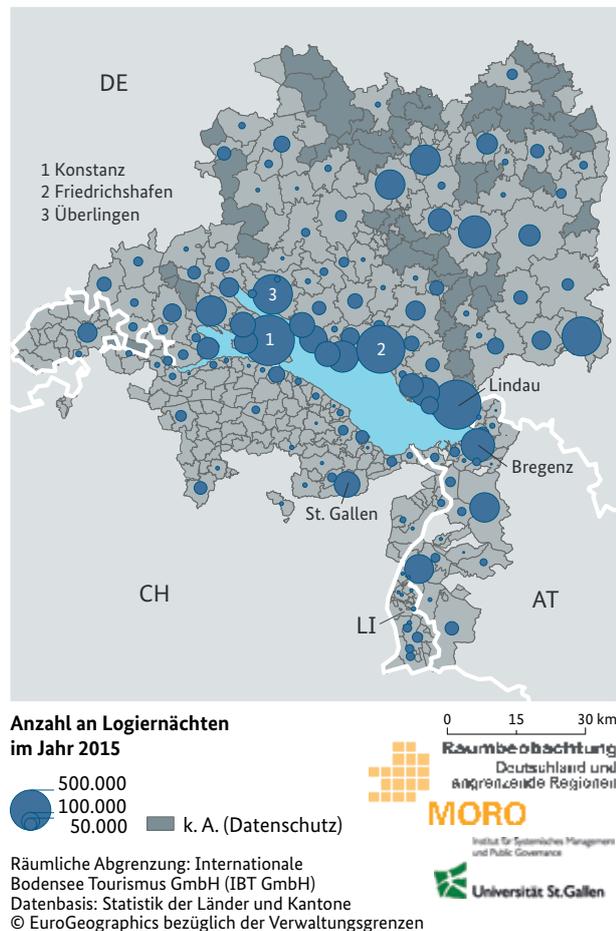
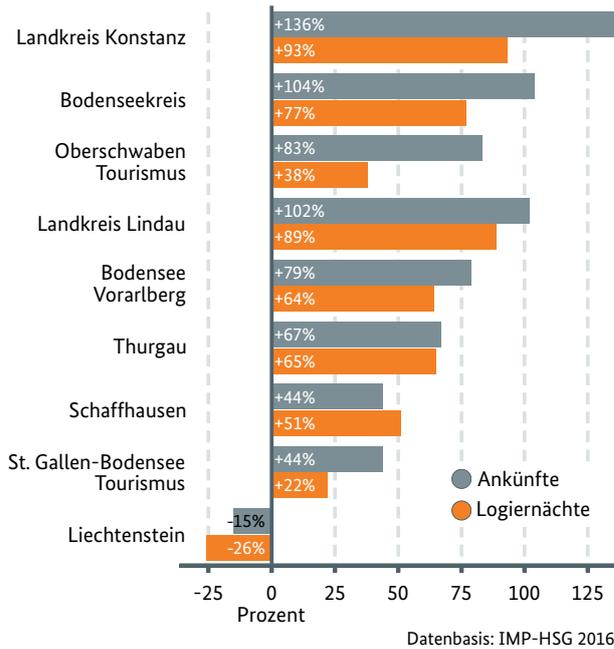


Abbildung 16.2: Entwicklung der Gästeankünfte und Logiernächte zwischen 1997 und 2015 nach Destinationen



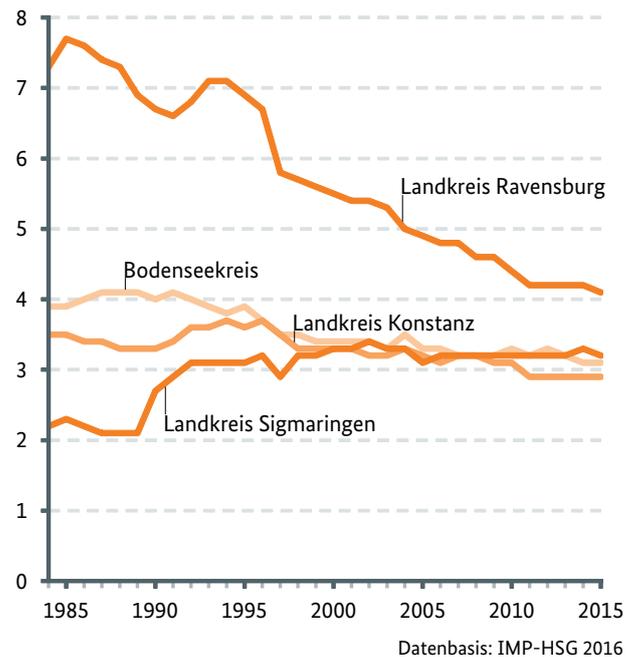
zitäten sprechen dafür, dass der Tourismus dort eher eine kleine Rolle spielt.

Die Übernachtungszahlen sind in den vergangenen Jahren in der gesamten Bodenseeregion kontinuierlich gestiegen (Abbildung 16.2). So hat seit 1997 die Zahl der Gästeankünfte um fast 90 Prozent, die der Logiernächte um 63 Prozent zugenommen. Allein im Jahr 2015 ist die Gesamtzahl der Übernachtungen in der Bodenseeregion um 275.000 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die Entwicklung der Gästezahlen verläuft in den einzelnen Teilräumen sehr unterschiedlich. Nicht alle Städte und Gemeinden können vom feststellbaren Wachstum des Tourismus profitieren. Auffallend hoch ist die Bedeutung, die die größeren Städte am Bodensee für den Bodenseetourismus haben. Vor allem ihnen ist es zu verdanken, dass sich die Entwicklung in der Region derart positiv gestaltet. Mit ihren hohen Anteilen an Ankünften und Übernachtungszahlen beeinflussen sie die Gesamtentwicklung entscheidend. Mittlerweile entfällt rund ein Viertel aller Übernachtungen in der Bodenseeregion allein auf die deutschen Städte Konstanz, Lindau, Friedrichshafen und Überlingen. Dagegen stagnieren viele der übrigen Städte und Gemeinden in ihrer Entwicklung bzw. verlieren sogar teilweise an Marktanteilen; dies trifft auch für solche Gemeinden zu, die direkt am Bodenseeufer gelegen sind.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist über einen längeren Zeitraum hinweg relativ konstant geblieben oder nur leicht zurückgegangen (Abbildung 16.3). Die einzige Ausnahme stellt der Landkreis Ravensburg dar, bei dem aufgrund

Abbildung 16.3: Entwicklung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer seit 1984 am baden-württembergischen Bodensee



der großen Bedeutung des dortigen Kur- und Bädertourismus der Rückgang deutlich stärker ausgefallen ist.

Aufgrund der hohen Gästezahlen spielt der Tourismus für die Bodenseeregion auch regionalwirtschaftlich eine wichtige Rolle. Dabei generieren die Übernachtungsgäste in etwa die gleichen Umsätze wie die Tages- und Freizeittouristen. Der Beitrag des Tourismus zur regionalen Wertschöpfung darf jedoch nicht überschätzt werden, denn selbst im touristisch stärksten Teilraum, dem baden-württembergischen Bodenseekreis, liegt der Anteil des Tourismus an der gesamten Wertschöpfung bei nur 5 Prozent. Sehr hoch ist aber sein Beitrag zur regionalen Standort- und Lebensqualität. Aktuelle Umfragen, die im Rahmen der regionalen „Foresight-Studie Bodensee 2030“ durchgeführt wurden, zeigen deutlich, dass insbesondere für das deutsche Bodenseeufer auch für die Zukunft ein weiteres Wachstum des Tourismus erwartet wird.



17 Wohnverhältnisse in den Regionen

Wohnen ist ein zentrales menschliches Grundbedürfnis und zugleich ein Grundrecht. Die Wohnung als persönlicher Lebensbereich des Einzelnen und der familiären Lebensgemeinschaft bietet Schutz und gewährt Rückzugs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Mit Blick auf diese Funktionen wird deutlich, wie wichtig zum einen die Beschaffenheit der Wohnungsbestände ist und was dies zum anderen für die daraus resultierenden Möglichkeiten des Wohnens bedeutet. Hierbei zeigen sich Unterschiede zwischen Deutschland und den angrenzenden Regionen.

In Deutschland und den Nachbarländern lebt ein großer Teil der Bevölkerung im Wohneigentum. In Polen (83 %), Tschechien (78 %) und den Benelux-Ländern (69-73 %) waren diese Anteile im Jahr 2016 am höchsten. Die niedrigsten Eigentumsquoten wurden in Österreich (55 %), Deutschland (52 %) und der Schweiz (43 %) erzielt. In der Schweiz, den Niederlanden und Dänemark bezahlte ein großer Teil der im Eigentum wohnenden Bevölkerung für ihre Wohnimmobilie noch Darlehen oder Hypotheken ab. In Polen (72 %) und Tschechien (59 %) dagegen lebte die Bevölkerungsmehrheit in einer unbelasteten eigenen Wohnimmobilie.

Der Anteil der Bevölkerung, die in zu Marktpreisen angemieteten Wohnungen lebte, war im Jahr 2016 in der Schweiz (50 %), in Deutschland (40 %), Dänemark (38 %), den Niederlanden (30 %) und Österreich (30 %) hoch. Verhältnismäßig viele Menschen in Frankreich (16 %), Österreich (15 %) und Polen (12 %) lebten hingegen in einer Mietwohnung zu ermäßigten Mietzinsen oder unentgeltlich.

In der Schweiz, in Deutschland und in Tschechien lebt die Mehrheit der Bevölkerung in einer Etagenwohnung. In Deutschland wohnten im Jahr 2016 nur 42 Prozent der Bevölkerung in Einfamilienhäusern, das heißt in einem Einzelhaus (26 %) oder Doppelhaus/Reihenhaus (16 %). Nur in der Schweiz (34 %) lag diese Quote niedriger, in den übrigen Nachbarstaaten hingegen zum Teil erheblich höher, mit Spitzenwerten in Belgien (78 %) und den Niederlanden (76 %). Hierbei haben in diesen urban geprägten Ländern, vor allem in den Niederlanden, Doppelhäuser/Reihenhäuser eine größere Bedeutung als anderswo.

Bautätigkeit hat den Wohnungsbestand in den vergangenen Jahren vor allem im Umland prosperierender Metropolen und Großstädte verjüngt, zum Beispiel im Einzugsgebiet von Berlin, München, Posen, Breslau, Prag, Wien, Innsbruck,

Zürich, Luxemburg oder Amsterdam (Abbildung 17.1). Darüber hinaus kam es in vielen Grenzregionen zu Verjüngungen im Wohnungsbestand. So lag zum Beispiel im Jahr 2011 im Umland von Stettin, aber auch entlang der südlichen Außengrenze Deutschlands auf österreichischer und schweizerischer Seite sowie im Elsass und im Emsland der Anteil an Wohnungen, die nach dem Jahr 2000 errichtet wurden, bei über elf Prozent.

Die Eigentumsform und insbesondere die räumliche Lage nehmen indirekt Einfluss auf die Größe einer Wohnung, denn Wohnraum ist in ländlichen Regionen preiswerter bereitzustellen als in urbanen Räumen. So ist die durchschnittliche Wohnfläche in Städten erheblich kleiner als „auf dem Land“. Die größte durchschnittliche Wohnfläche hatten im Jahr 2016 Wohnungen in Luxemburg (131 m²). Es folgten Belgien (124 m²), Dänemark (118 m²), die Schweiz (117 m²) und die Niederlande (107 m²). In Österreich (100 m²), Deutschland und Frankreich (je 94 m²) waren Wohnungen im Durchschnitt noch deutlich größer als in Tschechien (78 m²) und Polen (75 m²). Dort fiel die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung trotz hoher Eigentumsquoten für alle Urbanisierungstypen am niedrigsten aus.

Der Anteil der Wohnungen, die ihren Bewohnern eine große Pro-Kopf-Wohnfläche bieten, unterscheidet sich regional erheblich (Abbildung 17.2). Zum einen ist dieser Anteil in Großstädten und urbanen Regionen geringer als im Umland und in ländlichen Räumen, zum anderen im Osten kleiner als im Westen. So wurden im Jahr 2011 in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich und Teilen Westdeutschlands Anteile von über 40 Prozent erzielt. Wesentlich geringere Anteile fanden sich in Ostdeutschland, Tschechien und Polen. In Polen wurden regional Werte unterhalb von zehn Prozent gemessen.

Umgekehrt war der Anteil der Personen, die im Jahr 2016 in Wohnungen lebten, die nach Eurostat als rechnerisch überbelegt gelten, in Polen (41 %) ausgesprochen hoch. Von beengten Wohnverhältnissen besonders betroffen sind arme und armutsgefährdete Menschen. Wesentlich besser stellte sich die Wohnsituation in Deutschland (7 %) und den anderen Nachbarländern dar. Mit Ausnahme von Polen, Tschechien (18 %) und Österreich (15 %) lagen im Jahr 2016 die Überbelegungsquoten in den übrigen Ländern unterhalb von zehn Prozent. Am niedrigsten fielen sie in den Niederlanden und Belgien (je 4 %) aus. Dort wiederum war

Abbildung 17.1: Anteil der Wohnungen in den Regionen im Jahr 2011, die nach dem Jahr 2000 errichtet wurden

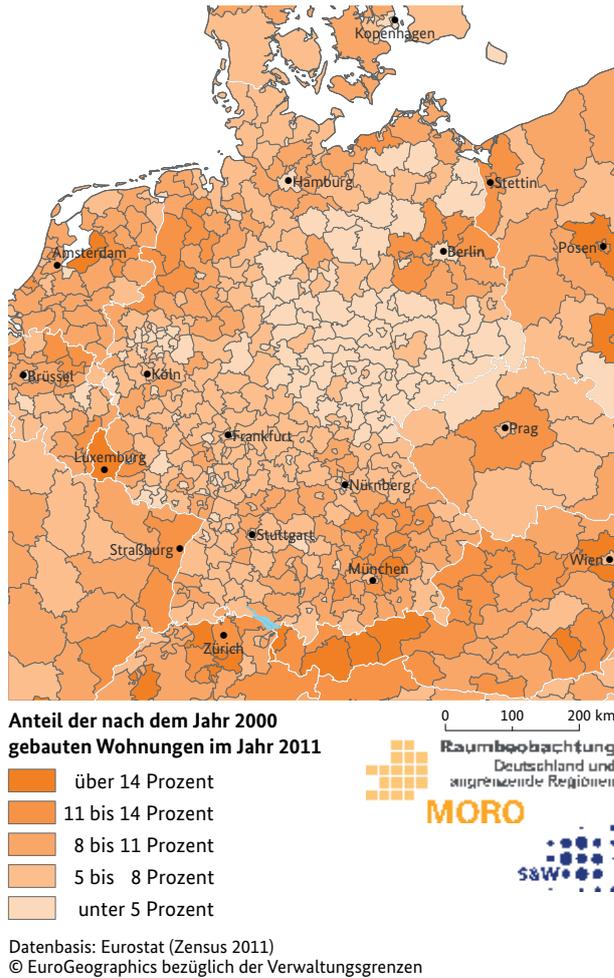
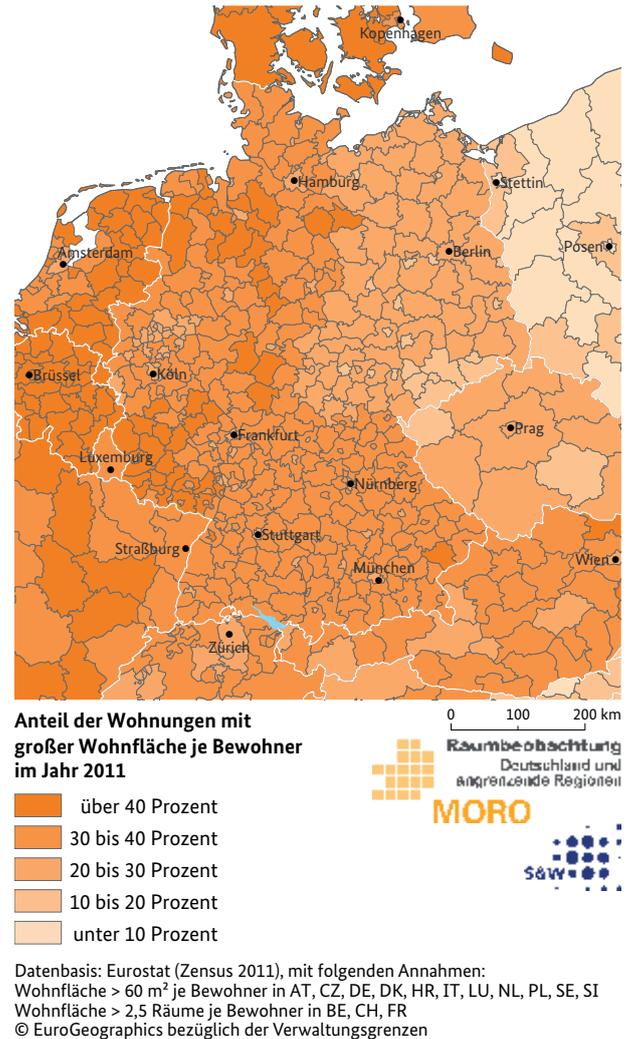


Abbildung 17.2: Anteil der Wohnungen mit großer Wohnfläche in den Regionen im Jahr 2011



der Anteil der Bevölkerung, die in als unterbelegt klassifizierten Wohnungen lebte, am höchsten (67 % in Belgien, 51 % in den Niederlanden). Die rechnerische Unterbelegungsquote betrug in Deutschland im selben Jahr 35 Prozent.

Wohnkosten sind in den meisten Haushaltbudgets der größte Ausgabenposten. Überdurchschnittlich hoch ist dabei die Belastung für Einpersonenhaushalte und Geringverdiener. Im Durchschnitt werden in Deutschland 27 Prozent vom verfügbaren Einkommen für das Wohnen aufgebracht. Ähnlich hoch bzw. nur geringfügig niedriger liegt dieser Anteil in Dänemark (27 %), in den Niederlanden, in der Schweiz (je 25 %) und in Tschechien (23 %).

In Deutschland (15,8 %) war der Anteil der Bevölkerung, bei dem die Wohnkosten 40 Prozent des verfügbaren Äquivalenzeinkommens überstiegen, im Jahr 2016 am höchsten. Es folgten Dänemark (14,8 %), die Schweiz (12 %) und die Niederlande (10,7 %). In Polen (7,7 %), Österreich (7,2 %), Luxemburg (6,0 %) und Frankreich (5,2 %) war der Anteil der Bevölkerung, der für Wohnen mehr als 40 Prozent des

verfügbaren Einkommens ausgibt, wesentlich geringer. Am stärksten belastet waren Mieter, die Wohnraum zu marktüblichen Mietzinsen angemietet haben. Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum waren seltener betroffen. Einzig in Polen und Deutschland gaben über zehn Prozent der Bevölkerung mit kreditfinanziertem Wohneigentum an, mehr als 40 Prozent des verfügbaren Einkommens für Kredite und Wohnnebenkosten auszugeben.

18 Wohnungsmarkt in der Charlemagne Grenzregion

Im besonderen Interesse der Akteure in der Charlemagne Grenzregion steht der grenzüberschreitende Wohnungsmarkt im Drei-Länder-Eck; dies einerseits aufgrund der bestehenden Verflechtungen und andererseits wegen der unterschiedlichen Entwicklung in den Teilregionen und Ländern.

Im Jahr 2013 wurde ein erster grenzüberschreitender Wohnungsmarktbericht für die deutschen und die niederländischen Gemeinden sowie für die belgische Gemeinde Raeren veröffentlicht (Provincie Limburg u.a. 2014). Anlass war die Erkenntnis, dass der Wohnungsmarkt grenzüberschreitend immer mehr zusammenwächst und eine transnationale Verständigung und Konzeption für eine verträgliche Entwicklung sinnvoll ist. Angenommen wurde dabei, dass die Bevölkerungszahlen im Grenzraum bis 2030 tendenziell abnehmen und gleichzeitig mit einer Überalterung zu rechnen ist.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Wohnungsbestände in der Grenzregion strukturell angepasst, modernisiert und insbesondere Wohnungsangebote für junge Familien mit Kindern aktiviert und erschlossen werden müssen. Im Hinblick auf den Wohnungsmonitor wurde überdies festgehalten, dass die erhobenen Indikatoren zur fundierten Einschätzung der (teilräumlichen) Entwicklung ergänzt werden müssen, wozu unter anderem die kontinuierliche Abstimmung der transnationalen Partner erforderlich ist.

Insgesamt stehen in der Charlemagne Grenzregion rund 444.000 Wohnungen zur Verfügung. Die Gemeinden mit den größten Wohnungsbeständen befinden sich im Norden der Grenzregion (Abbildung 18.2, links). Die Wohnungsdichte je Hektar Fläche für Wohnen und Freizeit reicht von einer sehr intensiven (Heerlen, Aachen) über eine verdünnte (mittlere Region) bis zu einer sehr dispersen Flächennutzung (südlicher Bereich / südliches Ostbelgien) (Abbildung 18.2, Mitte). Im Durchschnitt wurden die Wohnungen in den Jahren 2011/2012 von 1,99 Personen bewohnt. In Nuth, Baesweiler, Lontzen, Raeren und Amel waren es sogar über 2,2 Personen, während in der Stadt Aachen und in der Gemeinde Vaals sich lediglich 1,8 Personen eine Wohnung teilten (Abbildung 18.2, rechts). Die Zahlen geben einerseits einen Hinweis auf die Haushaltsgröße, die zwischen den Gemeinden deutlich variiert; andererseits können sie auch einen Indikator für Leerstände darstellen, was im Fall Vaals zutreffen dürfte, wie die folgenden Zusammenhänge nahelegen.

Im näher untersuchten Teilraum der deutschen und niederländischen Gemeinden der Charlemagne Grenzregion ist grundsätzlich eine positive Wohnungsentwicklung zu beobachten, von der allerdings der ehemalige Kern des Limburger Steinkohlenreviers – die Parkstad Limburg und Kerkrade – ausgenommen sind. Dies korrespondiert mit der ebenfalls weitgehend negativen Einwohnerentwicklung in diesem

Abbildung 18.1: Einwohnerbezogene Entwicklungstendenzen im Wohnungsmarkt der Gemeinden der Charlemagne Grenzregion

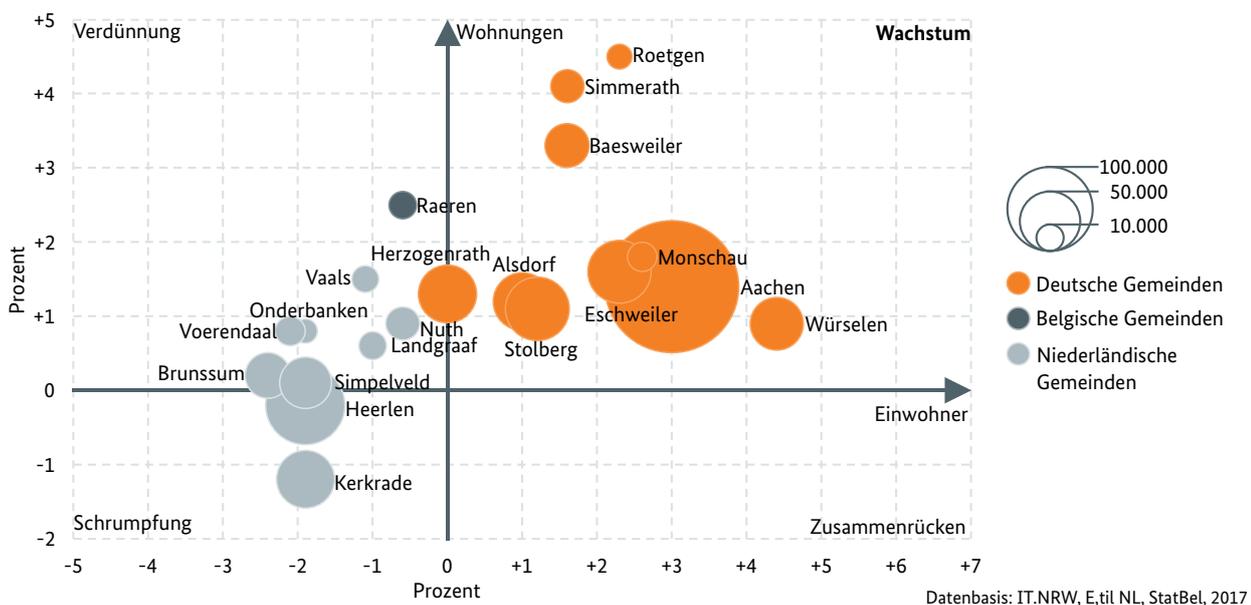
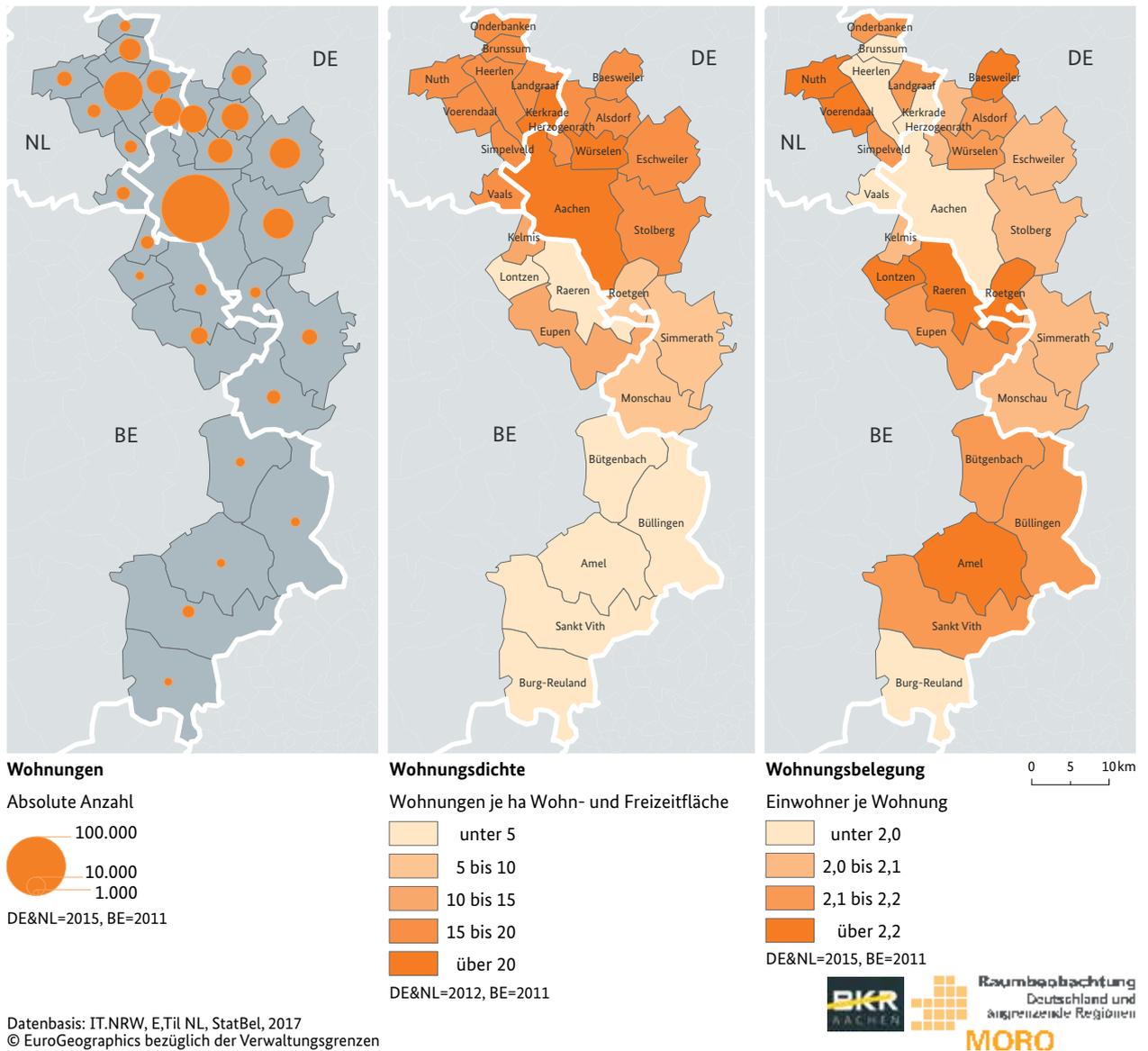


Abbildung 18.2: Wohnungsmarkt in der Charlemagne Grenzregion



Bereich und lässt zwei grundsätzlich unterschiedliche Entwicklungsmuster erkennen: Während in den Gemeinden der StädteRegion Aachen die Einwohnerzahl und die Wohnungszahl wachsen, schrumpft in den niederländischen Gemeinden die Einwohnerzahl – und dies auch dort, wo die Wohnungsbestände zunehmen. In der Folge steht der Aachener Wohnungsmarkt unter einem erheblichen Nachfragedruck mit kontinuierlich steigenden Preisen, während in den niederländischen Gemeinden sich zunehmend Leerstände abzeichnen, Finanzierungsprobleme auftreten und in Teilbereichen bereits Wohnungsbestände zurückgebaut werden.

Abbildung 18.1 zeigt diese Entwicklungen und die beiden grundsätzlichen Entwicklungsmuster:

- In den deutschen Gemeinden ist durchgehend eine positive Einwohner- und Wohnungsentwicklung zu verzeichnen, es handelt sich um Wachstumsgemeinden.

Dabei lässt sich jedoch feststellen, dass die Einwohnerentwicklung in Eschweiler, Monschau, Würselen und Aachen den Wohnungszuwachs übersteigt, was auf eine zunehmende Wohnungsknappheit hinweist. In Alsdorf, Herzogenrath und Stolberg kann von einer relativ ausgeglichenen Entwicklung gesprochen werden, während in Baesweiler, Roetgen und Simmerath ein übermäßiger Wohnungszugang zu beobachten ist, der sich nicht aus der Einwohnerentwicklung erklärt.

- Unter den niederländischen Gemeinden weisen Heerlen und Kerkrade deutliche Schrumpfungstendenzen auf, sowohl die Einwohnerzahl als auch die Anzahl der Wohnungen sinken. Die übrigen Gemeinden verzeichnen zwar durchgehend eine rückläufige Einwohnerzahl, gleichzeitig steigt aber die Anzahl der Wohnungen. Hier liegt eine Art Verdünnungstendenz vor, bei der immer weniger Menschen ein immer größer werdendes Wohnungsangebot gegenübersteht.

19 Fazit und Schlussfolgerungen

Dieser Bericht „Raumbeobachtung Deutschland und angrenzende Regionen. Räumliche Strukturen und Verflechtungen“ hat aufgezeigt, welche räumlichen Informationen zurzeit für eine grenzübergreifende Analyse zur Verfügung stehen. In dem Bericht sind zudem Wege beschrieben worden, diese Informationen grafisch so aufzubereiten, dass Strukturen und Entwicklungen Deutschlands insgesamt sowie der deutschen Regionen und Städte im Kontext der Nachbarländer und ihrer Regionen vergleichend sichtbar werden. So zeigt der Bericht viele Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den aktuellen Gegebenheiten und den Entwicklungen der letzten Jahre zwischen Deutschland und seinen Regionen sowie den Nachbarländern und ihren Regionen auf. Hierbei sind jedoch keine klaren Muster zu erkennen; vielmehr ist es stark vom betrachteten Themenfeld abhängig, wie Strukturen und Prozesse sich räumlich niederschlagen.

Wie zu erwarten war, liegen viele Informationen nicht mit vergleichbarem Raumbezug und regional untergliedert für Deutschland und seine Nachbarländer vor. Dies mag einerseits als Mangel beklagt werden, andererseits zeigen häufig die auf nationaler Ebene räumlich stark aggregierten Indikatoren bereits die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Deutschland und den angrenzenden Regionen auf. Die regionale Betrachtung des Bundesgebietes und der angrenzenden Regionen ist für die Raumbeobachtung des Bundes die wichtigste Ebene, da nur sie eine flächendeckende und gleichzeitig räumlich differenzierende Analyse erlaubt. Die in diesem Bericht von den Modellregionen beigesteuerten regionalen Vertiefungen zeigen aber zusätzlich auf, dass neben der bundesweiten Perspektive eine regional, kleinräumig fokussierte Analyseebene integraler Bestandteil einer Raumbeobachtung für Deutschland und seine angrenzenden Regionen sein sollte.

In den einzelnen thematischen Kapiteln des Berichts sind für die grenzübergreifende Raumbeobachtung relevante Indikatoren – insbesondere im Bereich der Raumstruktur, der Demografie, der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes – aufbereitet worden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um allgemein verbreitete Basisindikatoren, die räumliche Strukturen abbilden. Diese Daten werden zumeist von den nationalen und regionalen Statistikstellen oder von Eurostat standardmäßig bereitgestellt. Geeignete Daten zu räumlichen Verflechtungen sind, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht verfügbar. Um auch die räumlichen

grenzüberschreitenden Interaktionen analysieren und verstehen zu können, ist eine diesbezüglich deutliche Verbesserung der Datenerfassung und -bereitstellung auf regionaler und kleinräumiger Ebene vonnöten. Es bedarf innovativer, international vergleichbarer Datenerfassungsmethoden mit hohem Detaillierungsgrad. Als das wichtigste Themenfeld ist in diesem Zusammenhang insbesondere von den Modellregionen der grenzübergreifende Arbeitsmarkt benannt worden, für den Verflechtungsdaten nicht in einer geeigneten Form verfügbar sind. Die Abbildung von Verflechtungen der Grenzgänger durch einheitlich und grenzübergreifend erfasste Wohn- und Arbeitsortdaten wird für eine dauerhafte grenzübergreifende Raumbeobachtung einen Kernindikator darstellen. Weitere wichtige Themen mit einem hohen Bedarf an Verflechtungsdaten sind Handel, Einkauf und Nutzung von Dienstleistungen, Tourismus und Freizeit, Daseinsvorsorge und übergreifend der gesamte Verkehrsbereich.

Dieser Bericht macht deutlich, dass die Informationsgrundlagen für eine systematische und umfassende grenzübergreifende Raumbeobachtung in vielen Bereichen noch sehr lückenhaft oder gar nicht vorhanden sind – insbesondere nicht unterhalb der nationalen Ebene. Bei vielen Akteuren ist in den letzten Jahren das Bewusstsein für diese Defizite gewachsen. Es wurden entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht, beispielsweise von der Europäischen Kommission, von einigen statistischen Ämtern verschiedener europäischer Staaten, von ESPON, von transnationalen Zusammenschlüssen, von der MOT (Mission Opérationnelle Transfrontalière) in Frankreich, mit diesem MORO „Raumbeobachtung Deutschland und angrenzende Regionen“ – und nicht zuletzt durch dessen Modellregionen, die sicherlich eine Vorreiterrolle für weitere Regionen haben.

Eine dauerhafte grenzübergreifende Raumbeobachtung benötigt sicherlich diese Pluralität an Aktivitäten, bedarf aber auch der systematisierten und zu verstetigenden Zusammenführung der Akteure aus Planungspolitik und -verwaltung, Statistik und Raumforschung in entsprechenden Netzwerken mit verbindlichen Absprachen. Ein Beispiel für eine derartige Erklärung ist die im Jahr 2017 verabschiedete Hambacher Erklärung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Grenzregionen, in der die Notwendigkeit einer grenzübergreifenden Raumbeobachtung festgehalten wird: „Wir wollen die Voraussetzungen für den grenzüberschreitenden Datenaustausch und die freie und kostenlose

Bereitstellung von harmonisierten Datensätzen in geeigneten Formaten für die Arbeit in den Grenzregionen schaffen. Wir werden dabei insbesondere auch die Zusammenarbeit im Bereich der geografischen Informationssysteme (kartografische Umsetzung statistischer und anderer, vor allem raumbezogener Daten) weiter ausbauen und vertiefen. (...) Zu einer kohärenten Raumentwicklung trägt auch die Kooperation der Statistischen Ämter bei. Durch die kontinuierliche Bereitstellung von grenzüberschreitenden Strukturdaten für Politik, Wirtschaft und Bevölkerung sorgt sie auch für Transparenz und Bürgernähe in einem zusammenwachsenden Grenzraum.“ (Hambacher Erklärung 2017, S. 17f).

Raumbeobachtung ist kein Selbstzweck, sondern ist als Handeln vorbereitende Informationsgewinnung, -verdichtung und analytische Aufbereitung zu verstehen. Politik und Entscheidungsträgern liefert sie frühzeitig Informationen über planungsrelevante räumliche Entwicklungen sowie über die Wirksamkeit von Maßnahmen. Dies gilt insbesondere für grenzübergreifende Raumbeobachtung, wo bestimmte Entwicklungen ohne Kenntnis der Situation in den benachbarten Regionen kaum erklärbar, geschweige denn koordiniert zu steuern sind. Grenzübergreifende Raumbeobachtung kann als ein Mehr-Ebenen-Prozess verstanden werden. Die Modellregionen dieses MORO haben gezeigt, dass – neben der Verbesserung des Wissens und damit des Verstehens über die Prozesse jenseits der Grenze – die gemeinsame Entwicklung regionaler Strategien die wesentliche Rechtfertigungsgrundlage für ihre grenzübergreifenden Raumbeobachtungssysteme ist. Die Praxis zeigt einerseits die Schwierigkeiten auf und andererseits, dass sich gemeinsame Herausforderungen schneller erkennen, Synergien in nahezu allen Themenfeldern einfacher nutzbar machen und regionalökonomische Potenziale besser erschließen lassen. Zugleich können Maßnahmen der europäischen Regional- und Strukturpolitik durch aussagekräftige grenzübergreifende Indikatoren besser evaluiert und gemeinsame Entwicklungspotenziale gezielter herausgearbeitet werden.

Auf der Bundesebene ist eine räumliche Handlungsorientierung aufgrund des föderalen Planungssystems in Deutschland weniger deutlich ausgeprägt. Die grenzübergreifende Raumbeobachtung legitimiert sich insbesondere aus dem Raumordnungsgesetz und weniger aus grenzübergreifenden Raumentwicklungsstrategien mit den Nachbarländern. Hier sind aber in jüngster Zeit erste Entwicklungen gestartet worden, die es ggf. auszubauen gilt, um – vergleichbar den

regionalen Aktivitäten – zusätzlich auch aus einer Handlungsorientierung heraus eine grenzübergreifende Raumbeobachtung auf der Bundesebene zu rechtfertigen.

Hierzu zählt zum einen die aktualisierte Fassung der räumlichen Leitbilder (MKRO 2016), bei denen insbesondere das Leitbild Wettbewerbsfähigkeit grenzübergreifende Bezüge aufweist. Die Einbindung der Leitbilder in konkretes räumliches Handeln benötigt entsprechende räumliche Informationen, die über das Gebiet der Bundesrepublik hinausgehen. Zum anderen ist das Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum (Ausschuss für Raumordnung 2016) ein Ansatz, eine grenzübergreifende Raumstrategie unter Beteiligung der nationalen Ebenen zu entwickeln; hier bedarf es sowohl in der Erarbeitungsphase als auch in der Umsetzung räumlicher Informationen zur Analyse und zum Monitoring der Entwicklung. Darüber hinaus existieren Fachplanungen anderer Ressorts – die Entwicklung der trans-europäischen Verkehrsnetze mag vielleicht das bedeutendste Politikfeld sein –, die eine internationale und damit grenzübergreifende Handlungsebene und gleichzeitig deutliche räumliche Implikationen haben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die grenzübergreifende Raumbeobachtung in einem weiter zusammenwachsenden Europa eine immer höhere Bedeutung bekommen wird, wie es von vielen Akteuren bereits erkannt wird. Deren intensiviertere und systematisierte Zusammenarbeit ist für eine deutliche Verbesserung der grenzübergreifenden Raumbeobachtung erforderlich. Dies schließt sowohl raumanalytisch und planerisch Tätige ein als auch (potenziell) datenbereitstellende Akteure. Deutschland als dem Land in Europa mit den meisten Nachbarländern kann hier eine zentrale aktivierende und koordinierende Rolle zukommen: „Grenzen überwinden“ – auch in der Raumbeobachtung.



Quelle:
stockpics
/ Fotolia

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1: Modellregionen	7
Abbildung 2.1: Grenzen als Barrieren	8
Abbildung 2.2: Grenzübergreifende Mobilität.....	9
Abbildung 2.3: Grenzübergreifendes Vertrauen.....	9
Abbildung 3.1: Bestehende Kooperationen im deutsch-dänischen Grenzraum	11
Abbildung 3.2: Entwicklungskorridore und bestehende Kooperationen im deutsch-dänischen Grenzraum	11
Abbildung 4.1: Unterschiede an den Grenzen im Urbanisierungsgrad im Jahr 2015	12
Abbildung 4.2: Regionales Bevölkerungspotenzial der Gemeinden im Jahr 2015	13
Abbildung 4.3: Potenzial der Bevölkerung aus den Nachbarländern am regionalen Bevölkerungspotenzial der Gemeinden im Jahr 2015	13
Abbildung 5.1: Naturschutzflächen im Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz im Jahr 2016.....	15
Abbildung 6.1: Unterschiede an den Grenzen in der Einwohnerentwicklung zwischen 2011 und 2015	16
Abbildung 6.2: Einwohnerentwicklung in den Gemeinden zwischen 2011 und 2015	17
Abbildung 7.1: Ausländeranteil in den Regionen im Jahr 2015.....	18
Abbildung 7.2: Ausländer nach Staatsangehörigkeit in den Kreisen in Deutschland im Jahr 2015	19
Abbildung 8.1: Pro-Kopf-BIP nach KKS in den Regionen im Jahr 2014	20
Abbildung 8.2: Pro-Kopf-BIP an den Grenzen im Jahr 2014	21
Abbildung 8.3: Pro-Kopf-BIP nach KKS an den Grenzen im Jahr 2014.....	21
Abbildung 9.1: Beschäftigtenstrukturen an den Grenzen im Jahr 2014.....	22
Abbildung 9.2: Anteil der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren in den Regionen im Jahr 2014	23
Abbildung 10.1: Erwerbslosigkeit in den Regionen im Jahr 2016.....	24
Abbildung 10.2: Unterschiede in der Erwerbslosigkeit an den Grenzen im Jahr 2016.....	25
Abbildung 10.3: Entwicklung der Erwerbslosigkeit in den Regionen zwischen 2011 und 2016	25
Abbildung 11.1: Grenzgänger in den Jahren 2006, 2011 sowie 2016 und Anteil an den Erwerbstätigen in den Regionen im Jahr 2016.....	26
Abbildung 11.2: Nach Deutschland einpendelnde Grenzgänger nach Herkunftsländern in den Kreisen im Jahr 2016.....	27
Abbildung 12.1: Grenzpendler am Arbeitsort an der deutsch-niederländischen Grenze im Jahr 2014	28
Abbildung 12.2: Qualifizierungsniveaus im Grenzraum zwischen Niedersachsen und den Niederlanden (links) und im Grenzraum zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden (rechts).....	29
Abbildung 13.1: Grenzpendlerströme in der Großregion im Jahr 2015	30
Abbildung 13.2: Auspendler über Gemeindegrenzen und Grenzpendler im oberen Moseltal.....	31
Abbildung 14.1: Entwicklung der Einpendlerzahlen aus Polen in den deutschen Teil der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA 2011-2016.....	32
Abbildung 14.2: Pendlerverflechtungen in der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA auf deutscher und polnischer Seite (ohne grenzüberschreitende Pendlerverflechtungen) im Jahr 2011.....	33
Abbildung 15.1: Erreichbarkeitspotenzial europäisch im Jahr 2014	34
Abbildung 15.2: Erreichbarkeitspotenzial national im Jahr 2014.....	34
Abbildung 15.3: Pkw-Fahrzeit zum nächsten Flughafen im Jahr 2017.....	35
Abbildung 15.4: Pkw-Fahrzeit zum nächsten Factory Outlet Center im Jahr 2017	35
Abbildung 16.1: Anzahl der Logiernächte in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben in den Gemeinden im Jahr 2015..	36
Abbildung 16.2: Entwicklung der Gästeankünfte und Logiernächte zwischen 1997 und 2015 nach Destinationen.....	37
Abbildung 16.3: Entwicklung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer seit 1984 am baden-württembergischen Bodensee...	37
Abbildung 17.1: Anteil der Wohnungen in den Regionen im Jahr 2011, die nach dem Jahr 2000 errichtet wurden.....	39
Abbildung 17.2: Anteil der Wohnungen mit großer Wohnfläche in den Regionen im Jahr 2011	39
Abbildung 18.1: Einwohnerbezogene Entwicklungstendenzen im Wohnungsmarkt der Gemeinden der Charlemagne Grenzregion	40
Abbildung 18.2: Wohnungsmarkt in der Charlemagne Grenzregion	41

Mitwirkende

Der Bericht „Raumbeobachtung Deutschland und angrenzende Regionen. Räumliche Strukturen und Verflechtungen“ ist von den im Impressum auf der folgenden Seite genannten Autoren Lina Kluge, Björn Schwarze und Klaus Spiekermann in enger Kooperation mit dem BMVI und dem BBSR hauptverantwortlich erstellt worden. Darüber hinaus haben weitere Personen zu dem Bericht in der Langfassung beigetragen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Antonia Milbert (Regionales Bevölkerungspotenzial)
Thomas Pütz (Erreichbarkeit Flughäfen und Factory Outlet Center)
Volker Schmidt-Seiwert (Typisierung der Raum- und Siedlungsstruktur)

Modellregionen

Von den sieben Modellregionen sind die regionalen Vertiefungen des Berichts erstellt worden. Im Einzelnen haben hier nachfolgend genannte Personen mitgewirkt:

Schleswig-Holstein/Syddanmark/Sjælland

Dr.-Ing. Carsten Schürmann (Büro f. Raumforschung, Raumplanung u. Geoinformation - RRG), Christian Lürer (Spatial Foresight GmbH), Anja Schmid (Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein)

Euroregion PRO EUROPA VIADRINA

Toralf Schiwietz (Euroregion PRO EUROPA VIADRINA Mittlere Oder e.V.), Armand Adamczyk (Euroregion PRO EUROPA VIADRINA Mittlere Oder e.V.), Krzysztof Szydlak (Verein der polnischen Gemeinden der Euroregion „Pro Europa Viadrina“), Piotr Boboryk (Verein der polnischen Gemeinden der Euroregion „Pro Europa Viadrina“), Adriana Sarnecka (Marschallamt der Wojewodschaft Lubuskie), Sylwia Babijczuk (Marschallamt der Wojewodschaft Lubuskie), Dr. Ralf Günzel (PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner GmbH & Co. KG), Martin Reents (INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner), Sven Friedrich (INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner)

Internationale Bodenseeregion

Dr. Roland Scherer (Universität St.Gallen, Institut für Systemisches Management und Public Governance), Felix Reichert (Regionalverband Hochrhein-Bodensee), Harald Winkelhausen (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben)

Trinationale Metropolregion Oberrhein

Sascha Saad (agl Hartz • Saad• Wendl, Landschafts- Stadt- und Raumplanung, Saarbrücken), Christian Blum (Région Grand-Est), Paul Imbeck (Kanton Basel-Landschaft, Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain), Norbert Höll (Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg), Boris Stern (Département du Haut-Rhin, GIS-Abteilung), Yasmine Soulaïmani-Hartmann (Département du Haut-Rhin, Direction Europe, Attractivité et Aménagement), Dr. Sebastian Wilske (Regionalverband Mittlerer Oberrhein)

Großregion

Arbeitsmarkt und Grenzgänger: Sascha Saad (agl Hartz • Saad• Wendl, Landschafts- Stadt- und Raumplanung, Saarbrücken), Lydia Schniedermeier (agl Hartz • Saad• Wendl, Landschafts- Stadt- und Raumplanung, Saarbrücken), Thierry Hengen (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen, Großherzogtum Luxemburg), Thomas Geib (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz), Petra Schelkmann (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz), Sonja Rüenauf (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz), Katja Meder (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Koblenz)
Verkehr und Erreichbarkeit: Prof. Dr. Tobias Chilla (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg), Anna Heugel (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg), Thierry Hengen (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen, Großherzogtum Luxemburg), Thomas Geib (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz), Petra Schelkmann (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz), Sonja Rüenauf (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz), Katja Meder (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Koblenz)

Charlemagne Grenzregion

Einwohnerentwicklung: Stefan Frerichs (Büro BKR Aachen), André Simon (Büro BKR Aachen), Johan van der Valk (CBS NL), Alexander Krings (Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgien, Referent für Regionalentwicklung), Ralph van der Straten (Parkstad Limburg), Rivka Valkenberg (Gemeinde Vaals, NL), Yvonne Debal (Stadt Aachen, Fachbereich Wirtschaftsförderung), Luise Clemens (Charlemagne Grenzregion), Ruth Roelen (StädteRegion Aachen)

Wohnungsmarkt: Stefan Frerichs (Büro BKR Aachen), André Simon (Büro BKR Aachen), Susanne Heinen (Öffentlicher Dienst der Wallonie, Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe, Energie), Ralph van der Straten (Parkstad Limburg), Peter Wackers (StädteRegion Aachen), Luise Clemens (Charlemagne Grenzregion), Ruth Roelen (StädteRegion Aachen)

Deutsch-Niederländische Euregios

Johan van der Valk (CBS NL), Dr. Wolfgang Seifert (IT.NRW), Rita Skorka (LSN), Andy Drippy (euregio rhein-maas-noord), Sjaak Kamps (Euregio Rhein-Waal), Karel Groen (Ems Dollart Region), Dr. Elisabeth Schwenzow (EUREGIO), Stefan Michel (EUREGIO)



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Referat G 31 „Europäische Raumentwicklungspolitik / Territorialer Zusammenhalt“
Kontakt: Dr. Katharina Erdmenger, Romana Mynaříková
katharina.erdmenger@bmvi.bund.de, romana.mynarikova@bmvi.bund.de

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
Referat I 3 „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“
Volker Schmidt-Seiwert
volker.schmidt-seiwert@bbr.bund.de

Auftragnehmer und Autoren

Spiekermann & Wegener, Stadt- und Regionalforschung (S&W)
Dortmund
Lina Kluge, Dr. Björn Schwarze, Dr. Klaus Spiekermann
unter Mitarbeit von Tim Thomé
bs@spiekermann-wegener.de, ks@spiekermann-wegener.de

Lektorat

Lutz Meltzer, stadttext

Satz und Grafik

Spiekermann & Wegener, Stadt- und Regionalforschung (S&W)

Stand

Dezember 2017

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
1. Auflage, 400 Exemplare

Bezugsquelle

beatrice.thul@bbr.bund.de
Stichwort: MORO Praxis Heft 11.1/2017

Bildnachweis (Auflistung der Fotografen in alphabetischer Reihenfolge)

Spiekermann, Klaus: Titel
stockpics / Fotolia: Seite 43

Nachdruck und Vervielfältigung

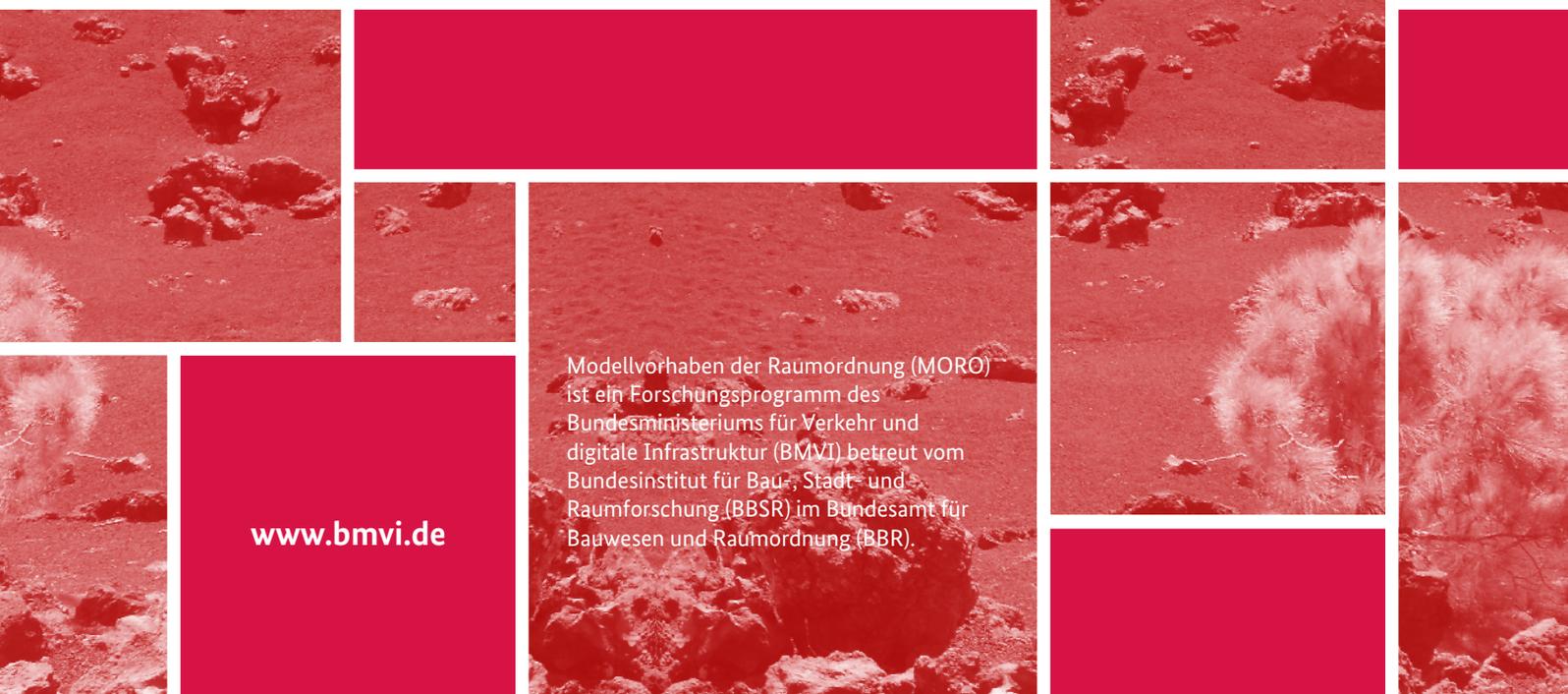
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers oder der wissenschaftlichen Begleitung identisch.

Das Forschungsvorhaben wurde aus Mitteln der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) finanziert.

Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn 2017

ISSN 2365-2349
ISBN 978-3-87994-996-0



www.bmvi.de

Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).